

Thüringen

SPD

Lust auf Zukunft. Lust auf Thüringen.

Landesparteitag der SPD Thüringen
Arnstadt, 10. bis 11. November 2018

Anträge an den Landesparteitag
der SPD Thüringen

www.spd-thueringen.de

Inhaltsverzeichnis

Leitantrag

- L Konsequent sozial. Lust auf Zukunft. 3

Europa

- E 1 Europa: Einig, stark und weltoffen 17
E 2 Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit in
einem solidarischen Europa 26

Kommunales

- K 1 Ein Zuhause in Thüringen haben..... 27
K 2 Ländlicher Raum - Nicht aussterben
lassen! 30
K 3 Thüringer Masterplan für
Schulsanierungen 35

Bildung

- B 1 Gerechte Entlohnung in unseren Kitas..... 36
B 2 „Gute-Kita-Gesetz“ sinnvoll umsetzen..... 37
B 3 Thüringer Gemeinschaftsschule stärken... 38
B 4 Reiche Eltern für alle oder endlich echte
Lernmittelfreiheit in Thüringen 39
B5 Lehrer*innen in die Schulen! 40
B 6 Einstellung von zusätzlichen Lehrer*innen
sowie Initiierung eines Dialogprozesses zur
Verbesserung der Arbeitssituation an
Thüringer Schulen” 41
B 7 Berufsausbildung stärken..... 42
B 8 Stiftungshochschulen sind keine
Alternativen! 43

Soziales

- S 1 Zeit- und Leiharbeit einschränken..... 46

Gesundheit

- G 1 Buchbare Kurzzeitpflegeplätze zur
Entlastung pflegender Angehöriger..... 47
G 2 Tarifbindung von Pflegeeinrichtungen..... 48
G 3 Vollkasko Pflege-Bürgerversicherung 49
G 4 Arzneimittelpreise stärker regulieren und
Versandhandel erlauben 50

Recht/Justiz

- RJ 1 Verbandsklagerecht für Gewerkschaften... 51
RJ 2 Reißverschluss bei Wahlen 52

Wohnen/Verkehr/Infrastruktur

- WVI 1 Alternative Wohnformen in Thüringen
ermöglichen 53
WVI 1 Einführung einer Fehlbelegungsabgabe.... 54

Digitales

- DIG 1 Digitalisierung in der Arbeit..... 55
DIG 2 Unterstützung der europäischen
Internet-Charta..... 58

Jugend

- J 1 Mehr Mobilität. Für ein echtes
Azubi-Ticket!..... 59
J 2 Wirksame Maßnahme des Kinder- und
Jugendschutzes 60
J 3 Kinder schützen und stärken! 61

Migration

- MIG 1 Refugio e.V. fördern..... 64
MIG 2 Durch eine Berufsqualifikationsprüfung
schnellere Integration von Geflüchteten in
den Arbeitsmarkt ermöglichen 65

Demokratie

- D 1 Demokratie erlernen und erleben -
Partizipationsgesetz für Thüringen..... 66
D 2 Gegen jeden Antisemitismus! 67

Gleichstellung

- GS 1 Bekenntnis zum Landesprogramm für
Akzeptanz und Vielfalt..... 68

Partei/Organisation

- PO 1 SPD Thüringen erneuern – konkrete Schritte
einleiten 69
PO 2 Mehr Gleichstellung in der SPD..... 71
PO 3 Barrieren einreißen! Auch bei der SPD
Thüringen 73



Antragsteller: Landesvorstand

1 **Konsequent sozial. Lust auf Zukunft.**

2 **A. Wo wir stehen. Was anders werden muss. Die SPD Thüringen im Aufbruch.**

3 **Thüringen geht es gut.** Wir können stolz sein auf die Leistung der letzten Jahrzehnte: Die Wirtschaft
4 floriert, die Arbeitslosigkeit ist niedrig, Wissenschaft und Kultur haben internationalen Rang,
5 Investitionen in Städte und Gemeinden haben deren Gesicht positiv verändert. Es lebt sich gut in
6 Thüringen. Thüringen ist stark. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf allen politischen
7 Ebenen haben dazu einen wichtigen Beitrag geleistet. Wir können stolz sein auf diese überaus positive
8 Entwicklung. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben mit Überzeugung, Sachverstand
9 und Durchsetzungskraft an den entscheidenden Stellen in Kommunen, im Land und Bund unseren
10 Beitrag geleistet, dass Deutschland, dass Thüringen so stark ist.

11 **Zu viele schauen dennoch voller Sorge in die Zukunft.** Es geht unserem Land besser als je zuvor,
12 doch zu viele sind zutiefst verunsichert. Vielen Menschen geht es gut, aber zu wenige haben teil an
13 diesem Wohlstand. Steuereinnahmen erreichen immer neue Rekordhöhen, gleichzeitig sind Menschen
14 gezwungen, bei den Tafeln um Essen anzustehen. Die Zahl der Einkommensmillionäre wächst,
15 während viele zu sehr niedrigen Löhnen oder in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen arbeiten
16 müssen, die das Risiko der Altersarmut steigen lassen. Das sozialdemokratische Versprechen der
17 Chancengleichheit ist nicht eingelöst: Elternhäuser entscheiden über Bildungswege mehr denn je. Zu
18 viele Jugendliche verlassen die Schulen ohne Abschluss und mit schlechten Berufsperspektiven.
19 Steigende Mieten und Bodenspekulationen sorgen dafür, dass ein großer Teil des Einkommens für
20 Wohnen ausgegeben werden muss. Trotz erheblicher Ausgaben für Familienförderung lebt eine hohe
21 Zahl von Kindern in Armut. Die Polarisierung der Gesellschaft schreitet immer weiter voran. Die
22 ungleiche Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, die Ohnmacht, sich den gesellschaftlichen
23 Entwicklungen entgegenzustemmen, schürt Ängste und Konflikte und hinterlässt Zweifel am politischen
24 System, an unserer Demokratie. Das aufzulösen sind wir aufgerufen.

25 **Es gibt eine Kluft in unserer Gesellschaft** und die Sozialdemokratie spürt sie mehr als jede andere
26 Partei. Da sind die jungen und international ausgebildeten Menschen, die keine Angst vor der Zukunft
27 haben, ihnen steht die Welt offen. Und es gibt die sorgenvoll in die Zukunft blickenden Bürgerinnen und
28 Bürger, in großen Teilen aus unserer klassischen Wählerschaft. Sie haben Angst vor der Globalisierung,
29 dem Verlust des Arbeitsplatzes und vor einer sich immer schneller verändernden Welt. Wir haben als
30 Sozialdemokratie einen Anteil an dieser Situation in Deutschland. Wir haben Ungerechtigkeiten
31 zugelassen, zum Teil mit unserer Politik befördert.

32 **Wir Ostdeutsche** haben in den vergangenen Jahrzehnten eine enorme Aufbauleistung vollbracht.
33 Trotzdem sind in Wirtschaft und Verwaltungen, aber auch in den Medien viele Schlüsselfunktionen in
34 der Hand von Menschen, die im Westen der Republik aufgewachsen sind. Noch immer sind in vielen
35 Bereichen die Löhne im Osten niedriger als im Westen. Das führt dazu, dass nicht wenige das Gefühl
36 haben, ihre Lebensleistung werde nicht anerkannt. Es bleibt deshalb eine zentrale Aufgabe für uns,
37 diese Unterschiede weiter abzubauen und selbstbewusst ostdeutsche Erfahrungen und Positionen
38 geltend zu machen.

39 **Das politische Parteiensystem** ist in Bewegung gekommen. Die Wählerbindung sinkt und der Anteil
40 der Wechselwähler steigt. Zur Wahrheit gehört auch, im Stammland der Arbeiterbewegung vertrauen
41 immer weniger Menschen der Sozialdemokratie. Immer weniger Wählerinnen und Wähler geben uns
42 ihre Stimme. Wir haben unsere Verbindung zur Arbeitnehmerschaft verloren. Trotz mancher
43 Fortschritte, wie zum Beispiel die Einführung des Mindestlohnes oder verbesserte Rentenansprüche,
44 haben wir es nicht geschafft, die wachsende Ungleichheit in unserer Gesellschaft zu verringern. Unsere
45 Wahlergebnisse sind dafür ein Beleg: Sie waren enttäuschend, auch die aktuellen Umfragen sind
46 unbefriedigend.

47 **Wir müssen die ausgetretenen Pfade verlassen.** Wir wollen uns den Lebenswirklichkeiten stellen,
48 uns auf unsere gesellschaftliche Verantwortung besinnen und nach neuen Wegen suchen. Unsere SPD
49 ist offen für andere Sichtweisen, für neue Wege, offen für Gleichgesinnte, die mit uns Zukunft neu
50 denken. Unsere SPD will Aufbruch. Zu jedem Aufbruch gehört zunächst eine ehrliche Analyse: Wo

51 stehen wir in Deutschland, wo in Thüringen? Wie ist es um die Sozialdemokratie in unserem Land
52 bestellt?

53 **Die SPD Thüringen** muss sich wieder stärker als Mitgliederpartei aufstellen und ihre Organisation
54 verbessern. Wir müssen ein Ort der politischen Begegnung und des Austausches um die besten Ideen
55 für unser Land sein. Nur wenn wir uns als eine Partei mit einer breiten und aktiven Mitgliederbasis
56 etablieren, öffentlich in Erscheinung treten und für unsere Werte streiten, können wir Vertrauen
57 zurückgewinnen. Wir brauchen einen Prozess der Stabilisierung und Neuorientierung, einen Aufbruch
58 und frischen Wind. Wir müssen es ab jetzt besser machen. Zeit, umzudenken. Zeit für einen Aufbruch.

59 Wie kann dieser **Aufbruch** gelingen? Wenn wir Thüringen bewegen wollen, müssen wir uns bewegen.
60 Die Thüringer Sozialdemokratie muss wieder stärker die Alltagssorgen der Bürgerinnen und Bürger
61 verstehen und ihre Probleme lösen. Denn offenkundig haben immer weniger Menschen genau darin
62 Zutrauen. Indem ihre Alltagsthemen für uns handlungsleitend sind, können wir Vertrauen
63 zurückgewinnen. Sozialdemokratische Politik bedeutet, aufmerksam zuzuhören, Stimmungen zu
64 erspüren und mit unserer sozialdemokratischen Haltung konkrete Handlungen abzuleiten. Weniger
65 versprechen, mehr tatsächlich umsetzen. Wir müssen Glaubwürdigkeit zurückgewinnen.

66 Wir haben eine lange Tradition, wissen um unsere Mission und haben den Mut eine Vision zu
67 entwickeln. Wir stehen seit mehr als 150 Jahren für Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit. Diesen
68 Anspruch muss unsere Politik auch zukünftig verkörpern: Den sozialen Zusammenhalt in diesem Land
69 zu sichern. Die zunehmende Individualisierung, den Rückzug ins Private nehmen wir nicht einfach als
70 unveränderbar hin. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Mitmenschlichkeit einen höheren Wert hat als
71 Egoismus und Ausgrenzung. Wir wollen eine offene Gesellschaft, die Teilhabe auf allen Ebenen
72 ermöglicht und die Menschen positiv in die Zukunft blicken lässt. **Konsequent solidarisch.**
73 **Konsequent sozial.**

74 **Die SPD will unser Land aktiv gestalten** und mit frischen Ideen ins nächste Jahrzehnt führen. Allein
75 schaffen wir das nicht. Wir verbünden uns mit den Partnern aus der Zivilgesellschaft, aus Wirtschaft und
76 Kultur, denn diese aktive Beteiligung trägt unsere Gemeinschaft.

77 Wir brauchen deshalb auch als SPD-Thüringen **Leit- und Orientierungslinien**, die über eine Legislatur
78 hinausreichen. Wir brauchen diese Linien insbesondere dort, wo unsere traditionellen Stärken liegen.
79 Langfristige Ziele lassen sich in der praktischen Politik nicht im Handumdrehen erreichen. Wir sind nicht
80 allein deshalb wortbrüchig, weil wir zunächst praktisch mögliche Schritte gehen und das große Ziel nicht
81 sofort erreichen. Wir haben den Mut, zu unseren Zielen zu stehen, auch wenn nicht alles gleich und
82 nicht vollständig gelingt. Uns leitet ein hoher Anspruch: Wir wollen Thüringen gerechter und sicherer für
83 alle machen, die hier leben. Ein reiches Land, wie unseres bietet dafür gute Voraussetzungen. Die
84 Aufgabe ist trotz allem gewaltig. Wir wollen sie anpacken, gemeinsam mit allen, die sich dafür begeistern
85 lassen.

86 **Unsere Politik** zielt darauf, dieses Land für alle gleichermaßen lebenswert zu machen. Wir wollen ein
87 Land, in dem Menschen gern leben und arbeiten, Familien gründen und sich darauf verlassen können,
88 dass ihre Kinder und Enkel die besten Bildungs-, Ausbildungs- und Entwicklungschancen erhalten. Ein
89 Land, das von einer starken innovativen Wissenschaft und Wirtschaft geprägt ist und zugleich seine
90 Ressourcen für spätere Generationen sichert. Ein Land, das die Vorteile von urbanen Zentren und
91 kleinteiligen Strukturen im ländlichen Raum erkennt und nicht gegeneinander ausspielt. Ein weltoffenes
92 und zugleich sicheres Land, in dem es keine Angsträume gibt und sich Menschen – ganz gleich, ob sie
93 hier geboren oder zugewandert sind – sicher bewegen können und zuhause fühlen. Wir stellen uns
94 rechtsextremen Positionen mit allen Mitteln des Rechtsstaats entgegen.

95 Wir gehen mit Optimismus an diese Aufgabe, weil wir **Lust auf Thüringen, Lust auf die Zukunft** haben.

96 **B. Unsere Ziele. Was wir tun werden. Sicher und gut leben in Thüringen.**

97 Uns leitet ein hoher Anspruch: In den nächsten Jahren setzen wir uns dafür ein, dass Schritt für Schritt
98 jeder und jede hierzulande ein sicheres und gutes Leben führen kann. Wir sind davon überzeugt: In
99 unserem reichen Land sollte sich jede und jeder auf soziale und innere Sicherheit verlassen können. In
100 unserem reichen Land hat jede und jeder einen Anspruch darauf, würdevoll leben zu können. Die
101 Voraussetzungen dafür schaffen wir gemeinsam mit allen, die sich dafür begeistern lassen.

102 **Bildung**

103 Es ist vor allem Bildung, die den Menschen zu dem macht, was er ist. Bildung ist Sprache, Wissen und
104 Können. Bildung formt den Umgang der Menschen miteinander. Sie bestimmt unsere Grundwerte und
105 ermöglicht ein Verständnis für die Welt. Sie bietet Orientierung. Sie sichert die Teilhabe am

106 gesellschaftlichen Leben. Bildung öffnet die Möglichkeit auf ein gutes und erfülltes Leben. Sie ermöglicht
107 sozialen Aufstieg. Aus diesem Grund gehört Bildung von jeher zu den Schwerpunkten
108 sozialdemokratischer Programmatik. Bildung muss jedem Menschen zugänglich gemacht werden. Sie
109 darf nicht von der sozialen oder ethnischen Herkunft abhängen. Der Geldbeutel oder der Bildungsstand
110 der Eltern darf keinen Einfluss haben. Jeder Mensch soll die Chancen und die Unterstützung erhalten,
111 sich durch eigene Anstrengungen und Fähigkeiten seine Position in der Gesellschaft zu erarbeiten.
112 Dafür braucht es ein offenes und gerechtes Bildungssystem. Eltern, Erzieherinnen und Erzieher,
113 Lehrerinnen und Lehrer müssen mehr Unterstützung erfahren.

114 **Gut und sicher leben für Eltern, für Kinder, Jugendliche und Erwachsene.**

115 Das steht im Mittelpunkt unserer Bildungspolitik:

- 116 ▪ Schulen brauchen eine auskömmliche Personalausstattung, eine solide materielle Ausstattung
117 und eine funktionierende Gebäudeinfrastruktur. Diese Voraussetzungen für eine gute Bildung
118 müssen überall im Land gegeben sein.
- 119 ▪ Schulen brauchen eine verlässliche Entwicklungsperspektive. Im ländlichen Raum sind Schulen
120 unverzichtbarer Bestandteil der regionalen Infrastruktur. Mit der Gemeinschaftsschule und der
121 Bildung von Schulsprengeln eröffnen wir kleinen Schulstandorten die Möglichkeit zum Erhalt
122 und zur konzeptionell-inhaltlichen Weiterentwicklung.
- 123 ▪ Schulen brauchen verlässliche Rahmenbedingungen. Sie brauchen Schulämter und eine
124 Bildungsadministration, die sie bei ihrer Arbeit unterstützen und nicht bevormunden. Es braucht
125 einen verbindlichen aber auch dauerhaften Bildungsauftrag, der eigenverantwortliches Handeln
126 in den Schulen ermöglicht.
- 127 ▪ Schulen stehen vor unterschiedlichen Aufgaben. Dort, wo die sozialen und pädagogischen
128 Herausforderungen größer sind, müssen gezielt mehr Lehrkräfte und Sozialpädagogen
129 eingesetzt werden.
- 130 ▪ Lernen braucht Zeit und ein stabiles Umfeld. Längeres gemeinsames Lernen kann in
131 Gemeinschafts- und Ganztagschulen am besten gelingen, darum wollen wir sie besonders
132 fördern.
- 133 ▪ Nur mit funktionierenden, gut erreichbaren Berufsschulen hat die duale Ausbildung in Thüringen
134 eine Zukunft.
- 135 ▪ Auch Hochschulen brauchen verlässliche Rahmenbedingungen und langfristige
136 Entwicklungsperspektiven. Hierzu wollen wir uns weiter für gute Infrastruktur, moderne Lehr-
137 und Forschungsumgebungen und den Ausbau des studentischen Wohnens einsetzen. Wir
138 fordern eine Hochschulfinanzierung durch den Bund, wir werden uns dafür im Bundesrat
139 einsetzen.
- 140 ▪ Wir setzen uns für ein sicheres und gutes Leben ein, indem
- 141 ▪ alle Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft besondere Unterstützung erhalten,
142 um ihre persönlichen Bildungsziele zu erreichen – mindestens aber den Hauptschulabschluss.
- 143 ▪ die kostenfreie Bildung von der Kita bis zum Meister, von der Kita bis zum Master unser Ziel ist.

144 **Familie**

145 Das Zusammenleben in Familien ist in den zurückliegenden Jahrzehnten vielseitiger geworden. Neben
146 das klassische Familienmodell sind alleinerziehende Eltern und Patchwork-Familien getreten. Es gibt
147 eheliche, nichteheliche und gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Sozialdemokratische Familienpolitik
148 nimmt alle diese Familienformen in den Blick. Familienmitglieder wollen eigenverantwortlich leben, Zeit
149 füreinander haben, wirtschaftlich unabhängig sein und gute Bedingungen für das Aufwachsen ihrer
150 Kinder bieten. Im Mittelpunkt sozialdemokratischer Familienpolitik steht, dass diese Ziele unabhängig
151 von der gelebten Familienform verwirklicht werden können. Die Pflege von Angehörigen gehört genauso
152 zur Familie, wie die Erziehung der Kinder und die gemeinsame Freizeitgestaltung.

153 **Gut und sicher leben für Familien.**

154 Das steht im Mittelpunkt unserer Familienpolitik:

- 155 ▪ Alle Familienformen müssen anerkannt und rechtlich gleichgestellt werden. Rechtliche
156 Privilegien dürfen nicht für traditionelle Familienformen reserviert bleiben.

- 157 ▪ Familien brauchen Zeit und Rückzugsräume. Es muss die gesicherte Möglichkeit geben, die
- 158 Arbeitszeit den Anforderungen des Familienlebens bedarfsgerecht anzupassen.
- 159 ▪ Familien mit Kindern benötigen strukturelle Unterstützung in Form von guten
- 160 Kinderbetreuungsangeboten und Ganztagschulen.
- 161 ▪ Kinder dürfen kein Hemmnis beim Streben nach beruflichem Erfolg sein. Die Vereinbarkeit von
- 162 Familie und Beruf muss gezielt ermöglicht werden.
- 163 ▪ Wir setzen uns für ein sicheres und gutes Leben ein, indem
- 164 ▪ Familien in schwierigen Situationen besondere Unterstützung von Jugendämtern und
- 165 Beratungsstellen erhalten.
- 166 ▪ Alleinerziehende besondere Unterstützung bei der Kindererziehung und für die Vereinbarkeit
- 167 von Familie/Pflege und Beruf/Studium bekommen.

168 **Jugend**

169 Jugend ist eine eigenständige Lebensphase. Kindheit und Jugend haben sich in den vergangenen
 170 Jahren verändert. Mehr Freizeit und ein Fülle von Angeboten zur Berufsausbildung gehören genauso
 171 zur Jugendphase wie Leistungsdruck und Orientierungslosigkeit. Die Welt erscheint heute unsicher und
 172 dynamisch zugleich. Im jugendlichen Alter entwickeln junge Menschen eine eigene Sicht auf die Welt.
 173 Aufgabe sozialdemokratischer Jugendpolitik ist es, junge Menschen bei der kritischen
 174 Auseinandersetzung mit der Welt zu unterstützen. Eine eigenständige Jugendpolitik zu etablieren
 175 gehört genauso dazu, wie der Abbau von Ungleichheit und Benachteiligung. Es ist das Ziel
 176 sozialdemokratischer Jugendpolitik, die Selbstbestimmtheit und Teilhabe junger Menschen unabhängig
 177 vom sozialen Status, Geschlecht, sexueller Orientierung, Herkunft oder Wohnort nicht nur
 178 sicherzustellen, sondern auszubauen.

179 Aktuelle Studien dokumentieren, dass wichtige Teile der Jugendämter personell und sächlich
 180 ungenügend ausgestattet sind: Viele Aufgaben, wie Prävention, die Familienhilfe, die Kinder- und
 181 Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit können so nur unzureichend wahrgenommen werden. Das
 182 müssen wir ändern.

183 **Gut und sicher leben für Jugendliche.**

184 Das steht im Mittelpunkt unserer Jugendpolitik:

- 185 ▪ Jugendliche brauchen Freiräume, die sie eigenständig gestalten können genauso, wie sie ein
- 186 flächendeckendes und bedarfsorientiertes Angebot an außerschulischen Bildungs-, Freizeit-
- 187 und Sportangeboten benötigen.
- 188 ▪ Jugendliche müssen mobil sein können, um die bestehenden Angebote wahrnehmen oder
- 189 eigene Angebote aufbauen zu können. Ein kostenfreier ÖPNV ist hierfür der Schlüssel.
- 190 ▪ Jugendliche müssen mitbestimmen können, wenn es um ihre Belange geht.
- 191 ▪ Jugendliche brauchen Unterstützung. Leistungsfähige Jugendämter mit einer verlässlichen
- 192 Personalausstattung sind die entscheidende Voraussetzung für die landesweite Umsetzung
- 193 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes.

194 Wir setzen uns für ein sicheres und gutes Leben ein, indem

- 195 ▪ Jugendliche eine Mindestausbildungsvergütung erhalten, die eine Staffelung nach Branchen
- 196 vorsieht und sich an den Berechnungen des DGB anlehnt.
- 197 ▪ Jugendliche besondere Unterstützung für ihre Mobilität zwischen Wohnort und Ausbildungs-
- 198 bzw. Schulstandort erhalten. Eine Ausweitung des Azubi-Tickets auf Freiwilligendienste und
- 199 das BVJ wird geprüft.
- 200 ▪ wir auf der Basis der Landesstrategie Mitbestimmung jugendgerechte Beteiligungsformen in
- 201 Kommunen, Bildungseinrichtungen und Betrieben weiter vorantreiben.
- 202 ▪ wir das Wahlrecht ab 16 für die Thüringer Landtagswahl einführen und eine Bundesratsinitiative
- 203 zur Einführung des Bundestagswahlrechts ab 16 Jahren starten.

204 **Gesundheit und Pflege**

205 Eine gute medizinische Versorgung gehört ebenso wie eine gute, bezahlbare Pflege zu den
 206 Grundpfeilern des vorsorgenden Sozialstaats. Bei der Ausgestaltung des Gesundheits- und

207 Pflegesystems muss der Mensch im Mittelpunkt stehen und nicht die Renditeerzielung.
208 Sozialdemokratische Gesundheits- und Pflegepolitik bedeutet, diese Grundbedürfnisse unabhängig von
209 Einkommen, dem Wohnort oder dem Alter Geltung zu verschaffen. Der uneingeschränkte Zugang zu
210 medizinischer Versorgung und zu Pflegeleistung ist ein elementarer Bestandteil der öffentlichen
211 Daseinsvorsorge und von existenzieller Bedeutung für die Stärkung des ländlichen Raumes.

212 **Gut und sicher leben für Kranke und Pflegebedürftige.**

213 Das steht im Mittelpunkt unserer Gesundheitspolitik:

- 214 ▪ Sowohl die ambulante, als auch die stationäre Versorgung müssen flächendeckend in
215 Thüringen gegeben sein.
- 216 ▪ Die Einführung eines Personalschlüssels für die Alten- und Krankenpflege; der Ansatz eine
217 Pflegekraft für zwei Betreuende, ist zu prüfen.
- 218 ▪ Die SPD wird dafür sorgen, dass zukünftige Bedarfsplanungen den Gegebenheiten der
219 jeweiligen Region besser angepasst werden. Es muss ein System gefunden werden, nach dem
220 der Einsatz ärztlichen und nichtärztlichen Personals aus Sicht der Menschen optimal gestaltet
221 wird. Im Spannungsfeld zwischen Patienten und Ökonomie stehen wir auf der Seite der
222 Patienten.
- 223 ▪ Kommunen und Landkreise müssen in die Lage versetzt werden, Sorge für eine
224 bedarfsgerechte Versorgung in eigener Regie zu tragen.
- 225 ▪ Die bundesweit einmalig hohe Privatisierungsquote in der Thüringer Krankenhauslandschaft
226 führt zu erheblichen Problemen bei der notwendigen strukturellen Weiterentwicklung. Wir
227 bekennen uns zu einer Rekommunalisierung von Krankenhäusern, wenn sich dafür die
228 Gelegenheit bietet und sie finanziell vertretbar ist.
- 229 ▪ Die Finanzierung der Gesundheitsvorsorge – und dazu gehört ausdrücklich auch die Pflege –
230 muss solidarisch erfolgen.
- 231 ▪ Wir sehen in der Generalisierung der Ausbildung für Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege
232 als Chance, aber auch als Risiko. Solange ein erhebliches Einkommensgefälle die drei Berufe
233 voneinander unterscheidet, droht ein Ausbluten des Altenpflegebereichs. Daher sollten wir die
234 Generalisierung als Chance begreifen, einen Impuls für einen Flächentarifvertrag und eine
235 erhebliche Gehaltsanhebung in der Altenpflege zu setzen.
- 236 ▪ Die Nachwuchsgewinnung im Ärzte- und Pflegebereich muss durch das Land unterstützt
237 werden. Dabei müssen sowohl finanzielle, als auch bürokratische Hürden in den Blick
238 genommen werden.
- 239 ▪ Wir fordern eine bedarfsgerechte Ausweitung der qualifizierungsbegleitenden Hilfen sowohl für
240 Erstauszubildende als auch für Weiterbildung und Umschulung unter Nutzung des bewährten
241 Thüringer Modells der Jugendberufshilfe.

242 Wir setzen uns für ein sicheres und gutes Leben ein, indem

- 243 ▪ Jede und Jeder innerhalb einer angemessenen Zeit einen Hausarzt oder Facharzt erreichen
244 kann.
- 245 ▪ wir die Sozial- und Tarifpartner dabei unterstützen, die unübersichtliche Tariflandschaft in
246 Thüringen mithilfe von Branchentarifverträgen in der Altenpflege zu beenden.

247 **Arbeit und Digitalisierung**

248 Der Thüringer Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahren dynamisch entwickelt. Die Arbeitslosenquote
249 im Freistaat ist die niedrigste der ostdeutschen Länder und liegt mittlerweile unter dem Niveau von
250 einigen westdeutschen Flächenländern. Bis zum Jahr 2030 werden in Thüringen voraussichtlich rund
251 350.000 Fachkräfte benötigt, um neue bzw. freiwerdende Stellen zu besetzen. Die gute Lage am
252 Arbeitsmarkt zwingt die Thüringer Unternehmerschaft, die Niedriglohnpolitik vergangener Jahre zu
253 überdenken. So verzeichnet Thüringern die höchste Lohnsteigerungsrate bundesweit.

254 Diese positiven Kennziffern dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Jahre als
255 Niedriglohnland - von der CDU gern als Standortvorteil propagiert - noch lange nicht vorbei sind. Geringe
256 Tarifbindung, weniger betriebliche Mitbestimmung, ein überdurchschnittlicher Anteil prekärer
257 Beschäftigung, schlechte Arbeitsbedingungen und Überstunden sind für viele Beschäftigte die Regel.
258 Das muss sich ändern. Gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne, eine gelebte Sozialpartnerschaft,

259 Mitbestimmung und demokratische Teilhabe sind die Basis der sozialen Marktwirtschaft. Sie sorgen in
260 Krisen für Stabilität und sind Erfolgsfaktoren im internationalen Wettbewerb. Sie sind die wirksamsten
261 Maßnahmen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs der Zukunft.

262 Arbeit ist mehr als Einkommen. Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit. Sie ist Teil des Selbstverständnisses
263 von Menschen. Sie sichert gesellschaftliche Teilhabe. Arbeit kann sinnstiftend sein und ist
264 Ausgangspunkt für Anerkennung. Arbeit gehört zum Menschen. Die Arbeitswelt ist dynamisch, die
265 Arbeitsanforderungen ändern sich. Die Digitalisierung führt zu großen Veränderungen in der
266 Arbeitswelt. Sie birgt Chancen und Risiken. Sie hat massive Auswirkungen auf den Charakter der Arbeit.
267 Digitalisierung beschleunigt die Möglichkeiten zur Kommunikation, der Produktion und des Handelns
268 enorm. Wir wollen, dass alle von der Digitalisierung profitieren. Arbeit wird nicht ausgehen, wie manche
269 behaupten. Es geht darum, für eine neue Arbeitszeitpolitik und mehr Tarifbindung zu sorgen. Es geht
270 um politische Gestaltung mit einer positiven Vision einer Gesellschaft der Guten Arbeit.

271 Wir werden den Wandel der Arbeitswelt aktiv gestalten, indem wir gemeinsam mit dem Bund die
272 erforderlichen Rahmenbedingungen gesetzlich regeln und Standards setzen, die im gesellschaftlichen
273 Interesse Grundrechte gewährleisten. Es ist unser Anspruch, dass in der digitalisierten Welt der Mensch
274 im Mittelpunkt steht.

275 **Gut und sicher leben für Arbeitende.**

276 Das steht im Mittelpunkt unserer Arbeitsmarktpolitik:

- 277 ▪ Arbeit kann dort am besten gelingen, wo planbare, gute und sichere Arbeitsverhältnisse
278 bestehen.
- 279 ▪ Arbeit ist kein Selbstzweck. Sie muss den Erfordernissen der jeweiligen Lebensumstände
280 anpassbar sein. Wir brauchen eine neue Arbeitszeitpolitik, die mittelfristig eine schrittweise
281 Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich einschließt. Ehrenamtliche Arbeit,
282 erzieherische und pflegerische Arbeit in Familie und Gesellschaft brauchen Wertschätzung und
283 angemessene Vergütung.
- 284 ▪ Der mit der Digitalisierung verbundene Wandel der Arbeitswelt darf nicht zu Lasten der
285 Beschäftigten gehen. Das gilt insbesondere für die neuen Flexibilitätsanforderungen und -
286 möglichkeiten.
- 287 ▪ Eine moderne Personalpolitik, Stärkung und Weiterentwicklung der betrieblichen
288 Mitbestimmung, um sich in der digitalen Welt sowohl beruflich wie als Persönlichkeit
289 weiterzuentwickeln. Das wollen wir aktiv gestalten.
- 290 ▪ Arbeit ist fordernd. Eine sich wandelnde Arbeitswelt muss durch entsprechende Möglichkeiten
291 zur Aus- und Weiterbildung flankiert werden.
- 292 ▪ Menschen, die über einen längeren Zeitraum nicht Teil der Arbeitswelt waren, brauchen
293 individuelle Angebote, um den Übergang zur Erwerbsarbeit zu finden.

294 Wir setzen uns für ein sicheres und gutes Leben ein, indem

- 295 ▪ wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihrem Kampf um gerechte und auskömmliche
296 Löhne unterstützen.
- 297 ▪ ein Mindestlohn vereinbart wird, der ein würdevolles Arbeiten und später eine armutsfeste
298 Rente und ein würdevolles Leben im Alter ermöglicht. Die Ausnahmeregelungen gehören auf
299 den Prüfstand.
- 300 ▪ Tarifbindung und innerbetriebliche Mitbestimmung ausgeweitet werden, z.B. durch die
301 Forderung nach Tarifbindung in Förderrichtlinien und Vergaben.
- 302 ▪ prekäre Beschäftigungsverhältnisse stärker reguliert, besser noch deutlich eingedämmt werden
303 und die sachgrundlose Befristung abgeschafft wird. Bei der Leiharbeit fordern wir das Prinzip
304 gleicher Lohn für gleiche Arbeit plus Flexibilitätsaufschlag von 10%. An den Regelungen zur
305 Sonn- und Feiertagsarbeit sowie bei der Ladenöffnung halten wir fest.
- 306 ▪ der Schutz der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere den Schutz der Arbeitnehmerinnen und
307 Arbeitnehmer für uns oberste Priorität hat. Der zunehmende Einfluss von Algorithmen, von
308 künstlicher Intelligenz und vernetzten Maschinen auf nahezu alle öffentlichen und privaten
309 Lebensbereiche bedarf regulatorischer Leitplanken, damit auch zukünftig die
310 Selbstbestimmung des Menschen in vollem Umfang erhalten bleibt.

311 **Arbeitsmarktreform**

312 Der Sozialstaat gehört zu den großen Errungenschaften sozialdemokratischer Politik. Er setzt soziale
313 Standards, reguliert ungehemmten Wettbewerb und zieht Grenzen dort, wo Grundrechte gefährdet sind.
314 Der Sozialstaat sichert den Ausgleich zwischen Starken und Schwachen. Er hat sozialen Aufstieg
315 ermöglicht und Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben eröffnet. Er ist eine entscheidende Grundlage
316 für den Wohlstand in unserem Land. Ziel sozialdemokratischer Sozialpolitik ist der Schutz vor
317 existenzieller Not, ist Teilhabe und Emanzipation der Bürgerinnen und Bürger. Dies erfordert, den
318 Sozialstaat ständig den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen.

319 Wir werden uns mit der Agenda 2010 und ihren positiven, aber insbesondere auch negativen Folgen
320 auseinandersetzen. Wir sind überzeugt, dass Arbeitslosigkeit mehr gesellschaftliche als individuelle
321 Ursachen hat. Daher gehört der Grundansatz der Agenda 2010 auf den Prüfstand. Veränderungen
322 müssen dort ansetzen, wo die Regularien die Ursachen von Arbeitslosigkeit verkennen und
323 Arbeitssuchende stigmatisiert und demotiviert werden. Wir wollen Hartz IV überflüssig machen.

324 Neben der gezielten Unterstützung der Arbeitssuchenden treten wir für eine gerechte Verteilung von
325 Arbeit ein, für den Abbau von Zugangshürden in Betrieben und für ein ausreichendes Arbeitsangebot
326 für Geringqualifizierte.

327 Aus den Erfahrungen der letzten Jahre ziehen wir die Lehren und gehen die notwendigen
328 Veränderungen an. Dies gilt insbesondere für die Frage der Grundsicherung für Arbeitssuchende, die
329 Anrechnungsfragen bei Kindern und Jugendlichen und die Sanktionsmechanismen.

330 In Thüringen ist die Arbeitslosenquote in den vergangenen Jahren kontinuierlich rückläufig, der Anteil
331 der Langzeitarbeitslosen bleibt jedoch beinahe konstant. Offensichtlich profitieren nicht alle
332 Erwerbslosen im gleichen Umfang von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung. Das müssen wir
333 ändern.

334 **Gut und sicher leben für Arbeitssuchende.**

335 Das steht im Mittelpunkt unserer Arbeitsmarktpolitik:

- 336 ▪ Wir machen uns für eine Reform der Grundsicherung stark und nehmen die Arbeitgeberseite in
337 die Pflicht, Hürden bei der Arbeitsaufnahme abzubauen.
- 338 ▪ Wir wollen Erwerbslose individuell bei der Suche nach Erwerbsarbeit und der Integration ins
339 Arbeitsleben unterstützen, orientiert an ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten.
- 340 ▪ Die Förderpraxis muss individuellere und passgenauere Maßnahmen zur Vermittlung und
341 Befähigung von Erwerbslosen ermöglichen, statt mit dem abstrakten Prinzip des Forderns und
342 Förderns Druck auf Erwerbslose aufzubauen.
- 343 ▪ Für einen Teil der Erwerbslosen werden sich trotz intensiver Bemühungen kurz- und mittelfristig
344 keine Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt ergeben. Für sie muss der öffentliche
345 Beschäftigungssektor ausgebaut werden.

346 Wir setzen uns für ein sicheres und gutes Leben ein, indem

- 347 ▪ Arbeitssuchende sich auf ihre eigenständige Arbeitssuche konzentrieren können und sie nur in
348 begründeten Ausnahmefällen mit Sanktionen rechnen müssen.
- 349 ▪ Langzeitarbeitslose maximale Unterstützung bei der Wiedereingliederung in den ersten
350 Arbeitsmarkt erhalten.
- 351 ▪ die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen des Landes, wie z.B. das
352 Landesarbeitsmarktprogramm, gestärkt werden.
- 353 ▪ allen Beschäftigten ein Rückkehranspruch aus der Teilzeit- in die Vollzeitbeschäftigung
354 ermöglicht wird.
- 355 ▪ eine Mobilisierungsstrategie 55+ erarbeitet und umgesetzt wird, die den Beschäftigten einen
356 unmittelbaren Übergang in die Rente sichert bzw. ihr Wissen und Know How in der Arbeitswelt
357 zu erhalten hilft.
- 358 ▪ wir Maßnahmen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz fördern, die psychische und physische
359 Belastungen von Beschäftigten minimieren.

360 **Wirtschaft**

361 In den Mittelpunkt sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik muss wieder der Mensch treten.
362 Wirtschaftspolitik hat sich in den letzten Jahren zu sehr der Finanz- und Haushaltspolitik untergeordnet.
363 Erfolgreiche Wirtschaftspolitik muss sich an den Kernzielen stabile Vollbeschäftigung, hohe
364 Einkommen, Mitbestimmung, eine faire Machtbalance auf dem Arbeitsmarkt, Nachhaltigkeit und den
365 Auswirkungen auf die Umwelt messen lassen.

366 Der bestehende Wohlstand, den Globalisierung und Digitalisierung mit sich führen, muss gerecht verteilt
367 werden. Hierfür muss das Wirtschaftsleben gestaltet und reguliert werden. Das geht nicht mehr allein
368 über den Nationalstaat, sondern nur über ein starkes Europa.

369 **Gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft**

370 Das steht im Mittelpunkt unserer Wirtschaftspolitik:

- 371 ▪ Die Thüringer Wirtschaft entwickelt sich und stellt sich für das 21. Jahrhundert auf. Sowohl die
372 Globalisierung als auch die Digitalisierung bringen neue Herausforderungen mit sich. Um
373 weiterhin an der Spitze zu stehen, sollten wir die Chancen nutzen, um Thüringen optimal
374 aufzustellen. Hierzu wollen wir eine moderne Wirtschaftspolitik, die neue Branchen bewusst
375 integriert.
- 376 ▪ Wir erkennen das Potenzial von Künstlicher Intelligenz und Robotik für die thüringische
377 Wirtschaft.
- 378 ▪ Wir sind auf dem Weg in eine digitale Gesellschaft – und dieser Weg ist nicht hürdenlos. Wir
379 wollen, dass Thüringen zu der technologischen Modellregion in Deutschland wird. Um neue
380 Technologien zu testen und diese zu optimieren. Ob Smart Citizens, Kultur in der digitalen Welt
381 oder intelligente Mobilität. Wir wollen dadurch zum Vorreiter werden und den Freistaat attraktiv
382 und zukunftsfähig ausbauen.

383 Wir setzen uns für ein sicheres und gutes Leben ein, indem

- 384 ▪ wir insbesondere die KMU bei der Finanzierung von Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen
385 unterstützen.
- 386 ▪ wir aktive Tourismusverbände in Gemeinden und Städten bei der Ausweitung und
387 Qualitätsverbesserung ihrer Angebote finanziell stärken.
- 388 ▪ wir Startups über die gesamte Entwicklungsphase beratend und finanziell flankieren.
- 389 ▪ die Rahmenbedingungen für Soloselbständige und Kreative besonders in den Fokus
390 genommen werden.

391 **Wohnen**

392 Die alte Faustformel von einem Drittel des Einkommens bzw. der Rente für die Miete ist in den Städten
393 Thüringens mittlerweile zu einem Traum geworden. Die Anzahl der belegungsgebundenen Wohnungen
394 geht stetig zurück, der Neubau von Sozialwohnungen findet aktuell praktisch nicht statt. Während die
395 Nachfrage in den großen Städten das Angebot weit übersteigt, fühlen sich viele im ländlichen Raum
396 abgehängt.

397 Wie sich Quartiere sozial mischen, zeichnet auch unser zukünftiges Zusammenleben vor. Während in
398 den Innenstädten und ausgewählten Vierteln einkommensstarke Mieter und Eigentümer die Mehrheit
399 stellen, steigt die Zahl der Haushalte mit staatlichen Transferleistungen an den Randgebieten unserer
400 großen Städte. Auch das ist eine soziale Frage: Wir dürfen die Spaltung unserer Wohnquartiere nicht
401 hinnehmen. Eine Wohnanschrift darf keine Auskunft über die soziale Herkunft geben. Wohnen muss
402 auch für Menschen mit geringem Einkommen bezahlbar sein. Dafür werden wir neuen Wohnraum
403 schaffen und Wohnungen erhalten, die Mietpreis- und Belegungsbindungen unterliegen.

404 **Gut und sicher leben für Mieterinnen und Mieter.**

405 Das steht im Mittelpunkt unserer Wohnungspolitik:

- 406 ▪ Wir werden ein Bündnis schmieden aus Kommunen, der organisierten Wohnungswirtschaft und
407 dem Mieterbund, um gemeinsam die besten Lösungen für die Mieterschaft, für gemeinnützige
408 Wohnungsbaugesellschaften und die Eigentümer von privat genutztem Wohnraum in Thüringen
409 zu finden.

- 410 ▪ Das werden wir erreichen, indem wir den sozialen Wohnungsbau wieder attraktiv machen. Das
411 bedeutet auch, dass die Baukosten und Baunebenkosten gesenkt werden müssen.
- 412 ▪ Spekulation mit Bauland muss ein Ende gesetzt werden und
- 413 ▪ Kommunen müssen beim Wohnungsbau stärker vom Land unterstützt werden. Das heißt auch,
414 dass wir Standards und Wohnungsbau-Richtlinien überprüfen müssen, um schneller und
415 effizienter bauen zu können.

416 Wir setzen uns für ein sicheres und gutes Leben ein, indem

- 417 ▪ niemand mehr als ein Drittel seines Einkommens bzw. der Rente für die Miete ausgeben muss.
- 418 ▪ genügend Sozialwohnungen überall, besonders in den großen Städten zur Verfügung stehen.
- 419 ▪ Studierende, Auszubildende, im BVJ und im Freiwilligendienst beschäftigte genügend
420 Wohnraum zu guten und günstigen Bedingungen vorfinden. Für Studierende sollte der Mietzins
421 dem BAföG-Anteil für Wohnen entsprechen.

422 **Ländlicher Raum**

423 Rund 90 Prozent der Fläche Thüringens zählt zum ländlichen Raum. Für die Menschen hier bietet er
424 eine besondere Form von Lebensqualität. Mit seinen Lebens- und Erholungsräumen, seiner vielfältigen
425 Kulturlandschaft und der diversifizierten Unternehmenslandschaft hat der ländliche Raum
426 maßgeblichen Anteil an der Identität Thüringens und bietet Heimat für viele Thüringerinnen und
427 Thüringer. Die Thüringer Bevölkerung wird bis 2035 um rund 10 % sinken. Während Städte wie Erfurt,
428 Eisenach, Nordhausen und Jena mit konstanten bzw. leicht steigenden Einwohnerzahlen planen
429 können, müssen sich ländlich geprägte Gebiete wie der Kyffhäuserkreis, Sonneberg oder das
430 Altenburger Land auf negative Wachstumsraten von 20 % und mehr einstellen. Gleichzeitig sind es
431 gerade diese Regionen, die sich mit den Anforderungen einer alternden Gesellschaft konfrontiert sehen.

432 Die demografische Entwicklung, geprägt von stetigem Bevölkerungsrückgang und einer alternden
433 Gesellschaft, stellt viele ländliche Regionen vor große Herausforderungen. Hier fehlt es häufig an
434 sozialer Infrastruktur, an öffentlichem Nahverkehr und einer digitalen Infrastruktur. Durch die
435 demographische Entwicklung werden die Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Regionen
436 weiter zunehmen. Die Lebensqualität insbesondere im ländlichen Raum zu erhalten und zu verbessern,
437 um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse herzustellen, ist eine der zentralen Herausforderungen
438 der kommenden Jahre. Einschränkungen in sozialen und kulturellen Angeboten oder im öffentlichen
439 Personennahverkehr führen dazu, dass der ländliche Raum für alle Generationen unattraktiver wird.
440 Wenn Schulen, Begegnungs- und Jugendzentren, Freibäder und Bibliotheken schließen, wenn der
441 öffentliche Nahverkehr nicht mehr die Möglichkeit bietet, in die nächste größere Stadt zu gelangen, sinkt
442 die Lebensqualität erheblich. Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bedeutet für uns, den besonderen
443 Verhältnissen im ländlichen Raum Rechnung zu tragen. Nur wenn wir es schaffen, vor Ort Strukturen
444 zu etablieren, die auch für junge Menschen und Familien attraktiv sind, wird der ländliche Raum nicht
445 mehr in Frage gestellt.

446 **Gut und sicher leben für Menschen im ländlichen Raum.**

447 Das steht im Mittelpunkt unserer Politik für den ländlichen Raum:

- 448 ▪ Wir werden verhindern, dass sich Lebensbedingungen zwischen Stadt und Land weiter
449 auseinanderentwickeln. Wir wollen mit den kommunalen Spitzenverbänden ein Vorhalteprinzip
450 für Kernbereiche öffentlicher Daseinsvorsorge entwickeln.
- 451 ▪ Infrastruktur soll auch dann erhalten werden, wenn bestimmte Nutzungszahlen nicht erreicht
452 werden.
- 453 ▪ Wir wollen die Finanzkraft der Kommunen stärken und so Gestaltungs- und
454 Entscheidungsspielräume für die Menschen vor Ort schaffen. Kommunen in der
455 Haushaltsicherung führen wir zu finanzieller Stabilität. Die Kommunen, die trotz größter
456 Anstrengungen in Haushaltsicherung verbleiben, versetzen wir in die Lage, die
457 Daseinsvorsorge aufrechtzuerhalten.
- 458 ▪ Wir setzen auf Breitbandversorgung als Zugang zu flächendeckender gesellschaftlicher
459 Teilhabe und als wirtschaftlicher Standortvorteil. Um von den Chancen der Digitalisierung
460 profitieren zu können, müssen Unternehmen, touristische Einrichtungen und Betriebe sowie
461 private Haushalte in ganz Thüringen auf eine leistungsfähige Breitbandinfrastruktur

462 zurückgreifen können. Wir werden den Breitbandausbau mit modernsten Technologien weiter
463 vorantreiben.

- 464 ▪ Wir werden die interkommunale Zusammenarbeit ausbauen.
- 465 ▪ Wir werden die regionale Wirtschaftsentwicklung vorantreiben.

466 Wir setzen uns für ein sicheres und gutes Leben ein, indem

- 467 ▪ kostengünstige Nahverkehrsangebote im ganzen Land verfügbar sind.
- 468 ▪ Modellvorhaben für Ruftaxis und Rufbusse finanziell unterstützt werden.
- 469 ▪ kleine Schulstandorte über Kooperationsmodelle erhalten werden.
- 470 ▪ Arztpraxen über die Ausweitung Medizinischer Versorgungszentren erhalten bleiben.
- 471 ▪ der Breitbandausbau forciert wird, so dass jeder Haushalt bis 2020 über mindestens 50 Mbit/s
472 verfügt.
- 473 ▪ kleine Gewerbegebiete bis 2020 mit mindestens 100 Mbit/s versorgt sind und der Ausbau von
474 flächendeckenden Glasfasernetzen FTTB bzw. FTTH bis 2025 erfolgt.

475 **Rente / Härtefallfonds**

476 Eine gute und sichere Versorgung im Alter ist eine zentrale Lebensfrage. Ob und wie diese Frage
477 beantwortet ist entscheidend dafür, ob die Menschen dem Sozialstaat und der Handlungsfähigkeit von
478 Politik vertrauen. Wir suchen den Schulterchluss mit den Gewerkschaften und den Sozialverbänden.
479 Wir werden uns in der Bundespolitik für die jetzige und kommende Generation der Rentnerinnen und
480 Rentner stark machen. Das ist die Voraussetzung für eine dauerhafte Akzeptanz der gesetzlichen
481 Rente.

482 190.000 Thüringerinnen und Thüringer gehen in den nächsten 10 Jahren in den Ruhestand. Nicht
483 wenige von ihnen haben in den vergangenen Jahren über ein sehr geringes Arbeitseinkommen verfügt.
484 Wir werden alles tun, dass in einem reichen Land wie Deutschland Altersarmut verhindert wird. Dazu
485 werden Änderungen der Rentenpolitik im Bund einfordern.

486 Es gibt bis heute teilungs- und transformationsbedingte Härtefälle bei der Rente, für die abschließende
487 Regelung gefunden werden müssen. Etwa für Reichsbahner, Beschäftigte in der Braunkohle oder vor
488 1992 Geschiedene muss endlich eine Lösung gefunden werden. Wir setzen uns dafür ein.

489 **Gut und sicher leben für Seniorinnen und Senioren.**

490 Das steht im Mittelpunkt unserer Rentenpolitik:

- 491 ▪ Eine starke gesetzliche Rente, die armutsfest ist und einen möglichst hohen Lebensstandard
492 ermöglicht.
- 493 ▪ Renten- und Versorgungsfragen im Alter müssen wieder stärker zu einer solidarischen Frage
494 der gesamten Gesellschaft gemacht werden. Der private Sektor bietet keine umfänglichen
495 Lösungen.
- 496 ▪ Eine durch Beiträge und Steuern finanzierte Erwerbstätigenversicherung für alle - also auch
497 eine Öffnung der gesetzlichen Rente für Beamte und Selbständige.
- 498 ▪ Es braucht eine Erhöhung des Rentenniveaus und die Stabilisierung der Beitragssätze. So
499 verhindern wir Altersarmut und belasten die arbeitende Bevölkerung nicht übermäßig.
- 500 ▪ Die verbliebenen Ungleichheiten im gesamtdeutschen Rentensystem zwischen West und Ost
501 müssen abgeschafft werden. Ausgleichsfonds bieten hier eine Lösung.
- 502 ▪ Renten müssen Phasen der Krankheit, unterbrochener Erwerbsbiografie, Zwangsteilzeit oder
503 niedrigen Löhnen Rechnung tragen, damit diese nicht zur Armutsursache im Alter werden.
- 504 ▪ Wir setzen uns für ein sicheres und gutes Leben ein, indem
- 505 ▪ Seniorinnen und Senioren besondere Unterstützung zur Teilhabe an der Gesellschaft und zur
506 Vermeidung von Einsamkeit und Isolation erhalten.
- 507 ▪ auch im Alter Teilhabe an der Gesellschaft durch entsprechende Mobilitätsangebote
508 gewährleistet ist.

509 **Innere Sicherheit in einer starken Demokratie**

510 Die Welt ist in den letzten Jahren und Jahrzehnten unübersichtlicher geworden, die Bundesrepublik
511 sieht sich mit einer verschärften Sicherheitslage konfrontiert. Daraus ergeben sich reale Bedrohungen
512 und Ängste der Menschen in unserem Land, die wir ernst nehmen müssen. Wir wollen dem Recht auf
513 öffentlich garantierte Sicherheit Rechnung tragen. Der Wunsch nach mehr Gerechtigkeit darf nicht zur
514 Einschränkung von Freiheitsrechten oder der Stigmatisierung von Minderheitenrechten führen. Das
515 sozialdemokratische Verständnis von innerer Sicherheit zielt auf das Zusammenspiel von Prävention,
516 Stärkung des inneren Zusammenhalts der Gesellschaft und der Arbeit der Sicherheits- und
517 Strafverfolgungsbehörden. Wir nehmen die Ursachen und Wirkungen von Kriminalität in den Blick.

518 Die Fakten sprechen für sich: Thüringen ist ein vergleichsweise sicheres Bundesland. Damit das
519 zukünftig so bleibt, müssen wir die Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden personell und sächlich
520 besser in die Lage versetzen, ihrer Arbeit nachzukommen. Unabhängig davon müssen wir auch die
521 Arbeitsbedingungen der Sicherheits- und Rettungskräfte in den Fokus nehmen und die Berufe
522 attraktiver machen: Wir wollen gute Bezahlung, gute Ausbildung und bessere Aufstiegsmöglichkeiten.
523 Auch Respektlosigkeit und Gewaltbereitschaft gegenüber Rettungskräften sagen wir den Kampf an mit
524 konsequenter Verfolgung und Bestrafung. Wir werden hierzu sensibilisieren und Maßnahmen fördern,
525 die die Akzeptanz für die Arbeit unserer Sicherheitsbehörden erhöhen.

526 Die freiwilligen Feuerwehren sichern mit ihrem ehrenamtlichen Engagement den flächendeckenden
527 Brand- und Katastrophenschutz. Hinzu kommt, dass sie vor Ort wichtige Kinder- und Jugendarbeit
528 leisten und das Fundament bürgerschaftlichen Engagements vor Ort sind. Deshalb wollen wir weiterhin
529 das Ehrenamt und die Nachwuchsarbeit in diesem Bereich stärken und fördern.

530 Eine größer werdende Zahl von Menschen fühlt sich nicht hinreichend durch die demokratisch
531 legitimierten Institutionen vertreten. Darunter leiden die Akzeptanz politischer Entscheidungen und das
532 Ansehen der Demokratie insgesamt. Dem werden wir uns stellen. Wir wollen die Bürgerschaft schon
533 während der Entstehung von Gesetzen stärker einbeziehen und die Transparenz staatlichen Handelns
534 verbessern. Wir wollen die Möglichkeiten der Einflussnahme von Bürgerinnen und Bürgern erweitern,
535 über wichtige Sachfragen direkt zu entscheiden.

536 Wir wollen ein weltoffenes Thüringen in einem humanen Europa. Menschen, die aus für uns
537 unvorstellbaren Verhältnissen fliehen und hier Asyl begehren, bieten wir unser Willkommen und gute
538 Nachbarschaft. Zum Asylverfahren gehört auch, dass bei Nicht-Gewährung des Schutzstatus' auch eine
539 Aufenthaltsbeendigung erfolgt. Dies ist Teil des rechtsstaatlichen Verfahrens. Bei abgelehnten
540 Asylanträgen verlassen heute im Übrigen die meisten Menschen Deutschland wieder durch
541 selbstständige Ausreise. Denen, die durch eine Straftat ihr Bleiberecht verwirkt haben, müssen wir die
542 Tür weisen. Allerdings gilt auch hier die Einzelfallprüfung: in der Regel steht die Verbüßung der Strafe
543 in einem deutschen Gefängnis vor der Abschiebung. Erst nach Verbüßung der Straftat ist bei schweren
544 Straftaten zu prüfen, ob unmittelbar danach eine Abschiebung erfolgt. Wir unterstützen und fordern
545 europäische Lösungen für Asylverfahren, Rückführung oder Integration von Asylbewerbern und
546 Kriegsflüchtlingen. Wir unterstützen diejenigen, die sich ehrenamtlich und täglich hundertfach um
547 Integration bemühen.

548 Feinden der Demokratie, der Verfassung und der Menschenrechte, dem Extremismus jeglicher Art
549 stellen wir uns entschieden entgegen. Dabei setzen wir zur frühzeitigen Erkennung und
550 Gefahrenabwehr sowohl auf den Thüringer Verfassungsschutz, die Sicherheits- und
551 Strafverfolgungsbehörden, als auch auf die zivilgesellschaftlichen Akteure. Nicht zuletzt die enge
552 Bindung zwischen der AfD und rechtsradikalen Gruppierungen dokumentiert die Notwendigkeit für ein
553 Überwachungsorgan, um die freiheitlich demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik und in
554 Thüringen gewährleisten zu können.

555 **Gut und sicher leben für die Bevölkerung.**

556 Prävention und Repression, Aufklärung und Kommunikation sind unverzichtbare Mittel, um das
557 Sicherheitsversprechen gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern einlösen zu können.

558 Das steht im Mittelpunkt unserer Politik für innere Sicherheit:

- 559 ▪ Wir werden die Polizei, Justiz und den Justizvollzug personell und technisch bestmöglich
560 ausgestatten.
- 561 ▪ Dazu gehört auch die konsequente Digitalisierung, um Strafverfahren zu vereinfachen und zu
562 beschleunigen.
- 563 ▪ Die IT-Systeme von Polizei und Justiz müssen besser vernetzt werden zum Austausch von
564 Informationen.

- 565 ▪ Wir setzen uns ein, für die Entlastung von Polizei und Justiz von sachfremden und
566 Verwaltungsaufgaben.
- 567 ▪ Wir setzen auf eine verstärkte Kommunikation über die Ursachen und
568 Präventionsmöglichkeiten in Bezug auf Gewalt und Kriminalität und unterstützen hierbei die
569 staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure.
- 570 Wir setzen uns für ein sicheres und gutes Leben ein, indem
- 571 ▪ die Polizei jeden Ort in Thüringen in einer angemessenen Zeit erreichen kann.
- 572 ▪ der Stellenabbau bei der Polizei beendet wird und demgegenüber die Stellen für Polizei und
573 Justiz deutlich aufgestockt werden.
- 574 ▪ die Feuerwehren und Rettungsdienste jeden Ort in einer angemessenen Zeit erreichen können.
- 575 ▪ wir die Polizei, den Verfassungsschutz, die Justiz und den Justizvollzug personell und technisch
576 bestmöglich ausstatten werden.
- 577 ▪ wir die Digitalisierung konsequent vorantreiben, um die Ermittlungsarbeit und die Strafverfahren
578 zu vereinfachen und zu beschleunigen.
- 579 ▪ die IT-Systeme von Polizei und Justiz zum Austausch von Informationen besser vernetzt
580 werden.

581 **Stark gegen Rechts**

582 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen überzeugt für die Demokratie. Wir stellen uns
583 Diskriminierungen von Menschen aufgrund ihres Geschlechts, Hautfarbe, Religion oder sexuellen
584 Orientierung entgegen. Wir setzen uns für ein weltoffenes und tolerantes Thüringen ein. Wir wollen,
585 dass jeder Mensch selbstbestimmt, frei und akzeptiert leben kann. Rassismus und Diskriminierung
586 dürfen in Thüringen keinen Platz haben.

587 Aus dem Thüringenmonitor wissen wir jedoch, dass ein hoher Prozentsatz an Menschen in Thüringen
588 rechtsextreme Einstellungen hat. Hinzu kommt eine seit vielen Jahren verfestigte Neonaziszene mit
589 einem hohen Aktionsniveau. Seit 2017 hat die Anzahl und Zahl der Teilnehmenden an rechten
590 Konzerten und Veranstaltungen dramatisch zugelegt. Parallel wird eine hohe Zahl rechter und
591 rassistischer Gewalttaten im Freistaat dokumentiert. Es braucht also dringend eine aktive und offene
592 Auseinandersetzung mit Rassismus und rechten Einstellungen, um unser Ziel eines demokratischen
593 und weltoffenen Thüringens zu realisieren.

594 Der Kern der Terrorgruppe des sogenannten NSU stammt aus Thüringen, war hier aufgewachsen und
595 hat sich auch hier radikalisiert. Auch nach dem Ende des NSU-Hauptprozesses und der Verurteilung
596 der Angeklagten muss die Aufarbeitung des NSU weitergehen. Deshalb setzen wir uns für die
597 Fortsetzung des NSU-Ausschusses auch in der nächsten Legislaturperiode ein.

598 Das steht im Mittelpunkt unserer Arbeit gegen Rechts:

- 599 ▪ Wir wollen das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit
600 verstetigen.
- 601 ▪ wir unterstützen die Initiative auf Bundesebene ein Demokratiefördergesetz zu verabschieden.
602 Neben wichtigen Angeboten für Kinder und Jugendliche liegen uns Projekte mit Erwachsenen
603 sehr am Herzen, denn Rechtsextremismus findet sich in allen Altersgruppen. Gleichzeitig
604 müssen wir weiterhin in die Forschung zum Thema Rechtsextremismus und in Maßnahmen zur
605 Bekämpfung von Antisemitismus investieren.
- 606 ▪ wir wollen weiterhin „mehr Demokratie wagen“ und die Mitbestimmung in allen
607 Lebensbereichen stärken: Vom Kindergarten bis zur Hochschule, im Betrieb und in der
608 Kommune. Dafür braucht es auch eine strukturelle Unterstützung, daher setzen wir uns für die
609 Einrichtung einer Servicestelle Mitbestimmung ein.
- 610 ▪ wir unterstützen insbesondere den Vorschlag eine unabhängige Antidiskriminierungsstelle auf
611 Landesebene zu schaffen und wollen die Enquetekommission des Thüringer Landtags zu
612 Ursachen und Formen des Rassismus und Diskriminierungen in Thüringen fortsetzen.
- 613 ▪ wir werden die Verbindlichkeit zur Auseinandersetzung mit Rassismus und Diskriminierung für
614 die Beschäftigten der Polizei, in Bildungseinrichtungen und Kindertagesstätten, Schulen,
615 Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit sowie für Beschäftigte der öffentlichen Verwaltung
616 erhöhen.

617 Wir setzen uns für ein sicheres und gutes Leben ein, indem

618 ▪ wir die Straf- und Sicherheitsbehörden stärker für Ursachen und Folgen von rechter Gewalt
619 sensibilisieren und

620 ▪ gleichzeitig alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um Nazi-Konzerten und -
621 veranstaltungen keine Freiräume zu ermöglichen.

622 **Umwelt, Energie und Mobilität**

623 Die Energiepolitik beeinflusst praktisch alle Lebensbereiche. Sie verändert die Struktur von Wirtschaft
624 und Arbeit, erzwingt neue Wege im Bereich Mobilität und Bauen und beeinflusst ganz konkret unsere
625 täglichen Konsumgewohnheiten. Die zentrale Aufgabe ist es, diese Bereiche im Rahmen einer
626 integrativen Energiewende sinnvoll miteinander zu verbinden.

627 Ökologische und nachhaltige Politik, muss dabei aber auch immer sozial und gerecht sein. Ökologische
628 Erneuerung, bezahlbare Energiepreise, Versorgungssicherheit und der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit
629 unserer Wirtschaft dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Es gilt den Dreiklang aus Ökologie,
630 Ökonomie und Sozialem zu wahren. Wir brauchen hierzu eine gut koordinierte und ambitionierte
631 Energiepolitik, mit gemeinsamen Zielen auf Landes- und Bundesebene, die aber Rücksicht nimmt auf
632 lokale und regionale Besonderheiten und vor allem die Bürgerinnen und Bürger vor Ort einbezieht.

633 Die vollständige Energiewende gelingt nur, wenn wir die erneuerbaren Energien in den Mittelpunkt der
634 Erzeugungsstrukturen stellen und die konventionellen Energieträger ergänzend dort einsetzen, wo es
635 nicht anders möglich bzw. aus Gründen der Versorgungssicherheit notwendig ist. Dezentrale, regionale
636 Erzeugungsstrukturen stehen dabei im Vordergrund. Eine dezentral gestaltete Energiewende bringt
637 nicht nur den Klimaschutz voran, sondern auch die regionale Wertschöpfung – gerade in den ländlichen
638 Regionen.

639 Angesichts der tiefgreifenden Veränderungen der Energieerzeugung im Zuge der Energiewende ist
640 allerdings der Aus- und Umbau der Übertragungs- und Verteilungsnetze unvermeidlich. Es gilt, den Um-
641 und Ausbau der Erneuerbaren Energien und den Um- und Ausbau der Netze miteinander zu
642 synchronisieren. Als Transitland zwischen den Stromproduzenten im Norden und den großen
643 Verbrauchern im Süden ist Thüringen aufgrund seiner zentralen Lage durch den Ausbau der
644 Übertragungsnetze, der sogenannten Stromautobahnen, besonders belastet. Das vorrangige Ziel muss
645 sein, einen Neubau von Trassen – wo immer möglich – zu vermeiden und vorhandene Leitungen
646 aufzurüsten.

647 Für uns ist Mobilität ein Schlüsselthema, das die Bereiche Wohnen, Arbeit, Kultur und Freizeit,
648 Raumplanung und Stadtgestaltung, Energie und Dienstangebote als weitgefassten Komplex verbindet.
649 Mobilität im weiten Sinne ist heute mehr denn je eine soziale Frage. Der Zugang zu attraktiven
650 Mobilitätsangeboten entscheidet zunehmend über die Frage der gleichberechtigten Teilhabe aller
651 Menschen am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben. Zugleich ist Mobilität in einer globalisierten
652 Welt für unsere Unternehmen essentiell.

653 Der Zugang zu attraktiven Mobilitätsangeboten entscheidet zunehmend über die gleichberechtigte
654 Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben. Diejenigen, für die ein
655 eigenes Auto unerschwinglich ist, können oftmals nicht auf die Alternative des Individualverkehrs
656 zurückgreifen.

657 Nachhaltige Politik umfasst für uns jedoch mehr als Energie- und Verkehrspolitik. Wir setzen auf einen
658 verantwortungsvollen Umgang mit unserer Umwelt und den natürlichen Ressourcen. Die Boden-, Luft-
659 und Wasserqualität in Thüringen sollen verbessert werden. Zudem wollen wir ein ökologisches
660 Flächenmanagement mit Aufforstung und Begrünung in Stadt und Land. Die industrielle
661 Massentierhaltung gilt es zugunsten moderner und ökologischer Landwirtschaft zurückzudrängen.
662 Außerdem ist ohne eine Stärkung der Recyclingwirtschaft und der Sharing Economy kein Umdenken in
663 der Nachhaltigkeits- und Umweltpolitik möglich.

664 **Gut und sicher leben für kommende Generationen.**

665 Das steht im Mittelpunkt unserer Energie-, Umwelt- und Verkehrspolitik:

666 ▪ wir wollen eine integrative Energiewende, die sich an den Zielen ökologischen Erneuerung,
667 bezahlbare Energiepreise und Versorgungssicherheit orientiert.

668 ▪ wir wollen, dass die Frage der Mobilität keine Frage des Geldbeutels ist. Wir setzen uns daher
669 für kostengünstiges einheitliches Thüringer Nahverkehrsticket ein mit Nahverkehrsangeboten
670 im ganzen Land. Wir sind uns zugleich bewusst, dass das Auto seine wichtige Rolle für die

671 individuelle Mobilität – gerade für Pendler – behält und daher bezahlbar bleiben muss. Eine
672 Privatisierung der Straßeninfrastruktur lehnen wir ab – Mobilität ist und bleibt eine
673 gesellschaftliche Aufgabe.

674 ▪ wir wollen den Umstieg hin zu einer umweltverträglicheren Mobilität weiter forcieren. Hier wollen
675 wir die Infrastruktur für den Fahrradverkehr - innerörtliche Fahrradspuren, sichere
676 Abstellmöglichkeiten oder Radschnellwege - und die Elektromobilität weiter fördern und
677 ausbauen. Neue Mobilitätsideen wie das Carsharing oder Park&Ride wollen wir weiter
678 unterstützen. Wir wollen, dass alle Menschen in Thüringen – gerade auch im ländlichen Raum
679 – von guten Verkehrsanbindungen profitieren können. Hierzu wollen wir das bestehende
680 Eisenbahnnetz erhalten und ausbauen und zusätzlich durch ein Busnetz im Taktverkehr
681 verstärken.

682 Wir setzen uns für ein sicheres und gutes Leben ein, indem

683 ▪ umweltbelastende Unternehmen durch Beratung und finanzielle Anreize unterstützt werden,
684 ihre Produktion umweltfreundlicher zu gestalten.

685 ▪ Modellvorhaben für umweltfreundliche Mobilitätsangebote wie z.B. das Projekt kostenloser
686 ÖPNV besser finanziell unterstützt werden.

687 ▪ der zusätzliche Flächenverbrauch minimiert wird.

688 ▪ Biosphärenreservate erhalten und die Akteure besser unterstützt werden.

689 ▪ Energiepolitik sich an den Zielen ökologische Erneuerung, Bezahlbare Energiepreise,
690 Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit orientiert

691 ▪ Landwirte unterstützt werden, die den Wandel von konventioneller zu moderner Landwirtschaft
692 mit ökologischem Anbau und verträglicher Tierzucht vorantreiben.

693 **Konsequent sozial. Lust auf Zukunft.**

E 1

Antragsteller: Landesvorstand

1 **Europa: Einig, stark und weltoffen**

2 Die SPD ist Europapartei. Wir sehen unsere Zukunft, unser Wohlergehen und unsere moralische
3 Verantwortung in einem demokratischen, einigen, starken und weltoffenen Europa.

4 Europa ist für uns ein Friedensgeschenk, das wir bewahren müssen. Der friedliche und demokratische
5 europäische Einigungsprozess in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhundert hat den Krieg und den kalten
6 Krieg in Europa überwunden. Deutschland hat Europa besonders viel zu verdanken. Europa hat uns
7 die Chance eines Neubeginns nach den Naziverbrechen eröffnet, die Aussöhnung mit unseren
8 Nachbarn ermöglicht und damit auch die Deutsche Einheit. Nur so konnte die Selbstverständlichkeit
9 des europäischen Miteinanders entstehen, die sich auf wunderbare Weise als Generation Erasmus
10 manifestiert und zunehmend zur Lebenswirklichkeit in Europa wird.

11 Europa ist im globalisierten 21. Jahrhundert darüber hinaus eine Notwendigkeit, weil der Nationalstaat
12 fast überall an seine Grenzen stößt. Kein europäisches Land alleine kann sich im Konzert der
13 Weltmächte Gehör verschaffen und sich erfolgreich für eine regelbasierte und multilaterale Weltordnung
14 einsetzen. Kein Land alleine kann die Flüchtlingskrise meistern oder erfolgreich eine gute wirtschaftliche
15 und politische Entwicklung in Afrika und Vorderasien befördern. Kein Land alleine kann sich schützen
16 in einer Zeit, da die USA, der wir unglaublich viel zu verdanken haben, mit Trump unzuverlässig
17 geworden sind. Kein Land alleine kann eine gedeihliche Nachbarschaft mit Russland oder eine gute
18 und tragfähige Partnerschaft mit China und Indien erfolgreich gestalten.

19 Kein Land alleine kann den globalen Kapitalismus zur sozialen Marktwirtschaft zähmen. Kein Land
20 alleine kann gerechte Steuern und einen starken Sozialstaat sichern, kann den globalen Finanzsektor
21 bändigen. Kein Land alleine kann in unserer europäischen Währungsunion erfolgreich sein. Kein Land
22 alleine kann so überzeugend offene und faire Handelspolitik betreiben, wie die Europäische Union
23 gemeinsam mit dem größten Binnenmarkt der Welt im Rücken. Keinem Land alleine werden
24 Klimaschutz und Energiewende gelingen. Kein Land alle kann die menschliche Ausgestaltung der
25 fortgesetzten digitalen Revolution schaffen.

26 Europa muss sich rasch weiterentwickeln, um den neuen Herausforderungen gerecht zu werden. Die
27 Rechtspopulisten lauern nur darauf, dass die Europäische Union als weltweit herausragendes soziales
28 Fortschrittsprojekt jenseits des Nationalstaats scheitert. Es ist kein Zufall, dass Donald Trump und
29 seinen nationalistischen Helfer in Europa und Deutschland die Europäische Union so gezielt
30 bekämpfen. Ein pro-europäischer Präsident Emmanuel Macron in Frankreich und eine pro-europäische
31 Regierung in Deutschland ist für Europa nach vielen Jahren der Zögerlichkeit und des Durchwurstelns
32 eine einmalige Gelegenheit, um die Herausforderung anzunehmen und die nächsten Schritte für Europa
33 zu wagen. Diese Chance gilt es zu nutzen.

34 „Der neue Aufbruch für Europa“ ist ein sozialdemokratisches Projekt im besten Sinne.
35 Zukunftsgewandt, aber nicht geschichtsvergessen. Kühn, aber nicht utopisch. Sozial und zugleich
36 weltoffen. Freiheitlich und demokratisch, aber mit und nicht gegen einen starken Staat. Angesichts der
37 europapolitischen Orientierungslosigkeit der Union in den letzten Monaten ist es höchste Zeit, dass der
38 neue Aufbruch für Europa im Sinne des geltenden Koalitionsvertrags und der pro-europäischen
39 Tradition von Konrad Adenauer und Helmut Kohl auch wieder ein christdemokratisches Projekt wird. Mit
40 Schönwettereuropäern, die bei Landtagswahlen dann lieber der AfD hinterherlaufen, kann der Aufbruch
41 kaum gelingen.

42 Die SPD Thüringen setzt sich für ein einiges und starkes, soziales und weltoffenes, demokratisches und
43 freiheitliches Europa mit einem starken gemeinsamen Menschenrechts- und Grundrechtsfundament
44 ein. Nur mit vereinten Kräften hat Europa die Chance, die globalen Herausforderungen des 21.
45 Jahrhunderts zu meistern, unserer Verantwortung gerecht zu werden und unseren Bürgerinnen und
46 Bürgern zu dienen.

47 **Probleme im Innern der Union angehen**

48 Die Handlungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit der Europäischen Union nach Außen hängt maßgeblich
49 von unserer Fähigkeit ab, die verschleppten Probleme im Innern endlich anzugehen. Dies gilt

50 insbesondere für die institutionellen Unzulänglichkeiten, die die Eurokrise und die Flüchtlingskrise
51 begünstigt haben. Der Euro als europäische Währungsunion und das Europa der offenen Grenzen im
52 Innern sind großartige und unverzichtbare europäische Errungenschaften. Aber seinerzeit wurde weder
53 der Vertrag von Maastricht, mit dem der Euro geschaffen wurde, noch das Schengener Abkommen,
54 mit dem die Grenzen im Innern der EU gefallen sind, wirklich krisenfest ausgestaltet. Das muss nun
55 dringend nachgeholt werden, und zwar möglichst im Konsens. Das darf aber nicht bedeuten, dass die
56 Zögerlichsten in der Koalition und die langsamsten europäischen Partner das Tempo bestimmen. Sonst
57 wird daraus schnell ein Programm zur Stärkung der Rechtspopulisten statt zur Lösung der Probleme
58 Europas.

59 Es ist ein gefährliches politisches Paradox, dass die kurzfristigen Risiken der Euro- und Flüchtlingskrise
60 überschätzt, die langfristigen jedoch unterschätzt werden. Tatsächlich hat sich der Zustand der
61 Währungsunion in den letzten 5 Jahren deutlich verbessert und die Flüchtlingszahlen sind rückläufig.
62 Dies ist auch eine Folge eines vergleichsweise erfolgreichen Krisenmanagements. Aber gleichzeitig
63 sind wir auf eine neuerliche Eurokrise oder auf eine neuerliche Flüchtlingskrise noch immer nicht gut
64 vorbereitet. Deshalb ist jetzt der richtige Moment, endlich vom Krisenmanagement, bei dem man auf
65 Sicht fährt, umzuschwenken auf eine längerfristig orientierte Politik, die die Probleme wirklich löst.

66 Bildhaft gesprochen heißt das, wir brauchen jetzt nicht immer mehr Eimer auf dem Dachboden, sondern
67 Dachdecker, die das Dach sanieren, während die Sonne scheint. In der Bundesregierung ist dabei die
68 Bundeskanzlerin besonders gefragt, die im letzten Jahrzehnt eher als taktische Krisenmanagerin denn
69 als Problemlöserin hervortrat. Auch deshalb kommt den zuständigen Fachministern ein hohes Maß an
70 Verantwortung zu. Dies gilt in besonderem Maße für die Großthemen Flüchtlingskrise und Zukunft des
71 Euros. Im Gegensatz zu Olaf Scholz wurde hier Horst Seehofer seiner Verantwortung erkennbar nicht
72 gerecht.

73 **Währungsunion vollenden**

74 Dem Bundesfinanzminister ist es gemeinsam mit Frankreich rasch gelungen, eine inhaltliche fundierte
75 Vertrauensbasis zur Lösung auch schwieriger Probleme in der Eurozone zu schaffen. Der
76 Grundgedanke, dass Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten und Investoren mit mehr europäischer
77 Solidarität im Krisenfall kombiniert werden muss, überzeugt. Dies Prinzip kommt beim geplanten
78 Ausbau der Bankenunion zur Anwendung, indem eine stärkere Verlustverantwortung der Gläubiger mit
79 einem robusteren Stabilisierungsinstrument kombiniert wird. Er prägt auch die Weiterentwicklung des
80 Europäischen Stabilitätsmechanismus zum europäischen Währungsfonds und die verbesserte
81 Möglichkeit zur Restrukturierung von Staatsanleihen überschuldeter Mitgliedstaaten, ohne dabei die
82 Finanzstabilität zu gefährden oder den Steuerzahler zu belasten.

83 Einen entscheidenden Akzent hat Olaf Scholz auch mit seinem Vorschlag für eine europäische
84 Arbeitslosenrückversicherung gesetzt. Dabei wird die nationale Selbstvorsorge in den
85 Arbeitslosenversicherungssystemen verbindlich eingefordert, so dass nur bei extremen wirtschaftlichen
86 Schocks eine europäische Rückversicherung aktiviert wird, die befristet zur Abfederung einspringt. So
87 wird das soziale Europa deutlich gestärkt und die Stabilität der Währungsunion ohne die Gefahr von
88 Dauertransfers deutlich verbessert.

89 Auf Basis dieser guten Zusammenarbeit wird man auch das heikle Problem der Wettbewerbsfähigkeit
90 angehen können. In einer Währungsunion kann das Problem sehr unterschiedlicher
91 Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr einfach über den Wechselkurs gelöst werden. Für Krisenländer
92 können anderthalb Jahrzehnt der Stagnation und Massenarbeitslosigkeit die Folge sein, mit
93 dramatischen gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen. Dagegen mit einer großen
94 Transferunion anzugehen, wäre für die stärkeren Länder extrem teuer und für die Krisenländer
95 erniedrigend. Deshalb lehnen wir dies ab. Stattdessen ist für die starken Länder und die Währungsunion
96 insgesamt eine zügige symmetrische Anpassung besser. Das heißt, die Krisenländer werden lediglich
97 temporär und gezielt im Rahmen eines klar umgrenzten Eurozonenbudgets bei
98 produktivitätssteigernden Investitionen und Reformen unterstützt. Gleichzeitig bauen die starken Länder
99 ihre hohen Leistungsbilanzüberschüsse durch Zukunftsinvestitionen im Inland und durch angemessene
100 Lohnsteigerungen ab. Kurzum: Zur Vollendung der Währungsunion ist noch viel zu leisten, aber die
101 Arbeit geht voran.

102 **Humanitären Umgang mit Flüchtlingen und Schutz der Außengrenzen europäisieren**

103 Was Horst Seehofer hat als Innenminister bisher zur Lösung der Flüchtlingskrise beigetragen hat, grenzt
104 dagegen an Arbeitsverweigerung. In den europäischen Ratssitzungen sucht er nicht nach tragfähigen
105 europäischen Regelungen, sondern glänzte lange durch Abwesenheit. Stattdessen hielt er Deutschland

106 über Wochen mit einem geheimen Masterplan in Atem, der nun dazu führt, dass an drei
107 Grenzübergängen in Deutschland täglich etwa fünf Flüchtlinge aufgehalten werden sollen. Von seinem
108 unsäglichen Vorgehen im Fall Maaßen ganz zu schweigen. Diese Simulation von Politik war ein
109 Trauerspiel, das sich in dieser Koalition nicht wiederholen darf.

110 In Europa müssen wir Flüchtlingspolitik endlich europäisch gestalten und nicht mehr so, als hätten wir
111 noch Grenzen im Innern. Der humanitäre Umgang mit Flüchtlingen und der Schutz der Außengrenzen
112 müssen endlich zur gesamteuropäischen Aufgabe werden. Das bedeutet, wir müssen beides
113 europäisch finanzieren und organisieren. Im Ergebnis kann Europa damit seiner humanitären
114 Verantwortung besser gerecht werden und zugleich wird der Kontrollverlust an den Außengrenzen
115 gestoppt. Statt Idomeni hätten wir gut ausgestattete Erstaufnahmestellen für Flüchtlinge, klare und
116 rasche Anerkennungsverfahren, und eine faire Beteiligung aller Mitgliedstaaten an der weiteren
117 Unterbringung der Flüchtlinge im Sinne unserer Gesetze.

118 Wenn alle Länder wissen, dass die Kosten für die Aufnahme von Flüchtlingen europäisch erstattet
119 werden, wird es leichter sicherzustellen, dass sich jeder Mitgliedstaat angemessen beteiligt. Gleichzeitig
120 entschärft man so die Sorge ärmerer Inländer, dass sie mit Flüchtlingen um knappe Mittel konkurrieren
121 müssen. Umgekehrt muss sichergestellt sein, dass die europäischen Außengrenzen überall nach den
122 gleichen Kontroll- und Menschenrechtsstandards geschützt werden. Auch wird man sich schrittweise
123 auf ein europäisches Asylrecht verständigen müssen.

124 Zusätzlich benötigt Deutschland dringend einen glaubwürdigen Masterplan für Integration und ein
125 modernes Einwanderungsgesetz. In allen integrationsrelevanten Bereichen benötigen wir ambitionierte
126 und zugleich realistische Ziele, an denen sich die Politik dann auch messen lassen muss. Dies gilt für
127 den Spracherwerb, für die Ausbildung und die Arbeitsmarktintegration. Wer zu uns kommt, muss die
128 Chance auf und die Unterstützung für Integration bekommen und zugleich müssen wir als Gesellschaft
129 diese Integration auch einfordern. Dabei bedeutet Integration nicht kulturelle Überanpassung, sondern
130 die notwendige sprachliche und kulturelle Integrationsleistung, die eine unabdingbare Voraussetzung
131 für ein gedeihliches Miteinander in einem modernen Einwanderungsland ist. Dazu gehört ein modernes
132 Einwanderungsgesetz, das für Deutschland eine Frage der Zukunftsfähigkeit ist. Damit auch wird
133 erreicht, dass sich Anträge für eine berufsbedingte Einwanderung nach Deutschland in Zukunft in
134 Herkunftsländern stellen lassen, statt dass gefährliche Fluchtwege und das für eine klassische
135 Einwanderung nicht gemacht Asylverfahren zum Zwecke der klassischen Einwanderung beschränkt
136 werden. Perspektivisch wird es auch hier europäische Standards geben müssen, zum Beispiel um die
137 heutige Praxis zu unterbinden, dass einzelne Mitgliedstaaten gegen viel Geld Staatsbürgerschaften zu
138 verkaufen, die dann allerdings Zugang zum gesamten europäischen Arbeitsmarkt bietet. Nur wer bereit
139 ist, sich dieser politischen Mammutaufgabe über die kommenden Jahre zu stellen, taugt zum
140 Bundesinnenminister.

141 **Soziales Europa stärken**

142 Die Europäische Union steht für einen starken Sozialstaat. Mit dem Wissen, dass ungleiches Vermögen
143 mit ungleichen Chancen einhergeht, versteht sich die SPD als starke Stimme für die Interessen und
144 Belange der europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Für uns ist die europäische Frage
145 insbesondere eine soziale Frage. Dabei müssen wir feststellen, dass der weiterhin überwiegend
146 national organisierte Sozialstaat zunehmend an seine Grenzen stößt. Dies liegt an der zunehmenden
147 grenzüberschreitenden Mobilität innerhalb der EU, die eine Erfolgsgeschichte sowohl aus Sicht der
148 Bürgerinnen und Bürger wie auch aus Sicht der Wirtschaft darstellt.

149 Aber es darf nicht sein, dass der Binnenmarkt die national organisierten Sozialstaaten in eine destruktive
150 Konkurrenzsituation miteinander bringt. Diese Form von sozialem Unterbietungswettbewerb, bei der am
151 Ende die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Leidtragenden sind, gefährden den sozialen
152 Frieden, befördern nationalistische und protektionistische Reflexe und bedrohen unseren Wohlstand
153 und den europäischen Zusammenhalt.

154 Deshalb fordern wir die Einführung eines europaweiten Systems von Mindestlöhnen. Sie müssen
155 jeweils einen angemessenen Mindestprozentsatz des jeweiligen nationalen medianen Stundenlohnes
156 betragen. Und deshalb setzen wir uns ein für die Stärkung der europäischen Zuständigkeit bei der
157 Zurückdrängung von Lohndumping und Sozialabbau, bei der Bekämpfung von Jugend- und
158 Massenarbeitslosigkeit. Die europäische Jugendgarantie, die in zahlreichen Gipfelerklärungen den
159 Jungendarbeitslose überall in Europa innerhalb von 4 Monaten ein Beschäftigungsangebot, einen
160 Ausbildungs- oder Praktikumsplatz oder eine Fortbildung in Aussicht gestellt hat, muss endlich
161 umgesetzt werden.

162 Wir fordern, die die heutige Generaldirektion Beschäftigung zu einer handlungsfähigen Europäischen
163 Arbeitsbehörde auszubauen, der ein europäischer Arbeitsminister vorsteht. Dabei geht es nicht darum,
164 das Subsidiaritätsprinzip auszuhebeln. Sondern es geht darum zu verhindern, dass der
165 Standortwettbewerb die Arbeitnehmerrechte aushebelt. Die Europäische Arbeitsbehörde müsste
166 folgerichtig überall dort ihre Zuständigkeit erhalten, wo die nationalen Regelungen offensichtlich
167 überfordert sind. Dies gilt natürlich insbesondere für den Schutz grenzüberschreitender
168 Beschäftigungsverhältnisse und die Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping.

169 Es muss in der EU gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Nur so kann können
170 Tarifverhandlungen vernünftig geführt, kann der Sozialstaat ordentlich funktionieren. Die Reform der
171 EU-Entsenderichtlinie ist ein wichtiger Schritt, um diesen Grundsatz in Europa endlich wirkungsvoll
172 durchzusetzen. Es darf nicht der einzige bleiben. Soziale Rechte und wirtschaftliche Freiheiten endlich
173 gleichrangig behandelt werden. Dafür müssen soziale Rechte im Primärrecht, also in den europäischen
174 Verträgen, verankert werden. Und ihre Einhaltung muss durch die Europäische Arbeitsbehörde
175 kontinuierlich überwacht werden. Nur so verhindert man Sozialdumping nachhaltig. Der auf dem Gipfel
176 von Göteborg beschlossene „Europäische Säule Sozialer Rechte“ müssen nun endlich Taten folgen.

177 **Steueroasen trockenlegen**

178 Der soziale Ausgleich braucht ein faires Steuersystem, sonst macht die entgrenzte Marktwirtschaft den
179 Sozialstaat kaputt. Derzeit ist unser Steuersystem durch immer neue grenzüberschreitende
180 Steuervermeidungs- oder gar Steuerhinterziehungsmodelle bedroht. Dies gilt sogar innerhalb der
181 Europäischen Union. Denn die heutigen Regeln des europäischen Binnenmarkts erschweren es,
182 unfairen Steuerpraktiken innerhalb der EU beizukommen.

183 Diese Steueroasen müssen wir endlich trockenlegen, durch mehr Transparenz, aber vor allem durch
184 bessere Regel. Wenn es offenbar nicht möglich ist, eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die
185 Körperschaftsteuer zusammen mit Mindeststeuersätzen auf europäischer Ebene zu vereinbaren,
186 müssen einige Länder vorangehen und gleichzeitig die Grenzen der Regeln des Binnenmarkts zur
187 Bekämpfung der Steuerflucht beherzt ausloten. Hierzu zeichnet sich zunehmend eine Bereitschaft
188 zwischen Paris und Berlin ab, genauso wie in der Frage der Besteuerung der Digitalen Plattformen.
189 Außerdem ist nun endlich, nach Jahren des Zauderns ein deutsch-französischer Konsens erreicht
190 worden zur Einführung der ersten Stufe einer echten Finanztransaktionssteuer. Weiterhin begrüßen wir
191 den Vorschlag, endliche eine globale Mindestbesteuerung für internationale agierende Unternehmen
192 durchzusetzen. Nun müssen den Worten Taten folgen.

193 **Infrastrukturen stärken und Kohäsion sichern**

194 Die Stärkung der grenzüberschreitenden Infrastrukturen und die Fortsetzung der Kohäsionspolitik ist
195 von entscheidender Bedeutung, damit Europa zusammenwächst und nicht einzelne Regionen
196 abgehängt werden. Um die Akzeptanz der klassischen Kohäsionspolitik zu stärken und sie nachhaltig
197 auszugestalten, sollte die Kosten-Nutzen-Analyse sowohl hinsichtlich ihrer unterschiedlichen
198 Instrumente wie auch hinsichtlich der unterschiedlichen regionalen Wirksamkeit systematisiert werden.
199 Gleichzeitig muss der Infrastrukturpolitik ein größerer Stellenwert zukommen. Die europäischen
200 Verkehrsachsen müssen vollendet werden, um alle bedeutenden Ballungsräume miteinander zu
201 verbinden und als grenzüberschreitende Entwicklungsachsen zur wirtschaftlichen Angleichung von
202 ländlichen Räumen beitragen.

203 Der europäische Binnenmarkt benötigt leistungsfähige Infrastrukturen. Dabei sind Straße, Schiene und
204 Digitalinfrastruktur gleichermaßen zu fördern, damit das grenzüberschreitende Zusammenwachsen
205 Europas umweltverträglich und zukunftssicher zu gestalten. Die Erfahrung zeigt, dass die Summe
206 nationaler Verkehrspolitiken regelmäßig nicht zu einem europäisch kohärenten Infrastrukturnetz führt,
207 so dass die europäische Kompetenz und Finanzierung hier weiter verstärkt werden muss. Dem
208 öffentlichen Fernverkehr und auch dem grenzüberschreitenden Nahverkehr kommt ihr eine besondere
209 Bedeutung zu.

210 **Europäische Grundrechte ausbauen**

211 Die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und insbesondere der Europäischen Grundrechte ist für die Zukunft
212 Europas von existenzieller Bedeutung. Zu einem gemeinsamen Verfassungsstaat Europa ist es noch
213 ein weiter Weg. Aber die aktuellen Entwicklungen in einigen Mitgliedstaaten zeigen, wie drängend es
214 ist, den Grundsätzen, die im Vertrag über eine Verfassung für Europa verhandelt worden waren, überall
215 in Europa zuverlässig Geltung zu verschaffen. Die seinerzeit vereinbarte Formulierung in Art. I -2 hat
216 an Dringlichkeit gewonnen: „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der

217 Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der
218 Menschenrechte einschließlich der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen
219 Mitgliedsstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung,
220 Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“

221 **Europäische Union nach außen stärken**

222 Von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der Europäischen Union wird ein verbesserter
223 Außenauftritt mit vereinten Kräften sein. Grundsätzlich ist in allen EU-Mitgliedstaaten die Einsicht schon
224 länger vorhanden, dass im globalisierten 21. Jahrhundert die europäischen Nationalstaaten in vielen
225 Bereichen an ihre Grenzen stoßen und nur noch gemeinsam handlungsfähig sein werden. Aber noch
226 vor einigen Jahren glaubten die meisten, dass es sich hierbei um eine Einsicht handelt, die eher
227 längerfristig ihre praktische Politikrelevanz entfalten würde. Dies hat sich in den letzten Jahren
228 dramatisch verändert, was vor allem an am US-Präsidenten Donald Trump liegt.

229 Die führende Weltmacht USA ist unter Donald Trump für Europa leider zu einem unzuverlässigen
230 Partner geworden. Vor Trump war der vergleichsweise niedrige Entwicklungsstand der europäischen
231 Außen- und Sicherheitspolitik kein so drängendes Problem, weil im Ernstfall auf die transatlantische
232 Partnerschaft bei allen Unterschieden letztlich Verlass war. Gleichzeitig gab es eine gemeinsame
233 globale Agenda zwischen den USA und der EU, nämlich die Stärkung einer regelbasierten und
234 multilateralen Weltordnung. Nun ist aber Trump erkennbar der Überzeugung, dass weder verlässliche
235 Partnerschaften noch der Aufbau einer multilateralen Weltordnung im strategischen Interesse der USA
236 liegen.

237 Deshalb muss die Europäische Union beschleunigt eine eigenständige außen- und
238 sicherheitspolitischer Handlungsfähigkeit erlangen. Glücklicherweise ist diese nun rasch erforderliche
239 größere Selbstständigkeit Europas nicht gegen die transatlantische Partnerschaft gerichtet. Vielmehr
240 dürfte es uns sogar einer der Ära nach Trump erleichtern, diese transatlantische Partnerschaft, der
241 Deutschland und Europa sehr viel verdankt, zu erneuern. Um in diesen Bereichen die
242 Handlungsfähigkeit der Union zu stärken, ist sowohl formell wie informell ein höheres Maß an
243 Kompetenzübertragung auf die europäische Ebene erforderlich samt vermehrten Entscheidungen
244 jenseits der Einstimmigkeit. Dies gilt insbesondere in der klassischen Sicherheits- und Außenpolitik, der
245 Entwicklungspolitik und der Energie- und Klimapolitik. Der europäischen Handelspolitik mit ihrem hohen
246 Grad der Vergemeinschaftung kommt hier eine Vorreiterrolle zu.

247 **Außen- und Sicherheitspolitik**

248 Die Stabilisierung und Weiterentwicklung einer regelbasierten und multilateralen Weltordnung ist im
249 ureigenen Interesse der Europäischen Union. Die Welt braucht ein Europa, das sich einsetzt für die
250 Stärke des Rechts statt das Recht des Stärkeren, und damit Wegbereiter für kooperative Lösungen der
251 globalen Herausforderungen ist. Unabhängig von der politischen Situation in den USA, dies
252 diesbezüglich lange zentraler Akteur waren und es hoffentlich auch wieder werden, sind hierfür
253 belastbare Partnerschaften mit China, Russland, Indien und anderen starken und perspektivisch
254 globalen Akteuren erforderlich. Diese Partnerschaften müssen wir stärken und weiterentwickeln,
255 bilateral in den multilateralen Institutionen. Partnerschaftliche Zusammenarbeit heißt für uns ein
256 vertrauensvolles, aber kein naives Vorgehen. Vielmehr funktionieren solche Partnerschaften nur mit
257 einem klaren Blick sowohl für gemeinsame wie auch für divergierende Interessen, gemeinsame
258 Wertvorstellung wie auch Problembereiche.

259 Gleichzeitig ist eine rasche Europäisierung der Verteidigungspolitik geboten. Dabei geht es nicht um
260 eine Militarisierung der Europäischen Union. Vielmehr geht es darum, eine sehr teure, und national
261 weiterhin stark fragmentierte Beschaffungspolitik und Rüstungsindustrie zu konsolidieren. Der aktuelle
262 Zustand der Ausrüstung der Bundeswehr ist ein gutes Beispiel dafür, wohin die bisherige Politik der
263 nationalen Silos geführt hat. Außerdem ist der Exportdruck kleinteiliger nationaler Rüstungsindustrie
264 besonders groß, da die heimischen Aufträge nicht ausreichen, um die Entwicklungskosten zu
265 refinanzieren. Die Europäisierung sollten wir auch dadurch befördern, dass wir mit unseren
266 europäischen Partner eine Vereinbarung erreichen, die rein nationalen Rüstungsaufgaben nominal auf
267 dem aktuellen Stand einzufrieren. Zusätzliche Mittel sollten es in dem Bereich grundsätzlich nur für
268 gemeinsame europäische Vorhaben zur Verfügung gestellt werden. Außerdem sollten diese
269 europäischen Ausgaben aufgrund ihrer höheren Wirksamkeit mit einem Europafaktor deutlich größer 1
270 in den Berechnungen für die Verteidigungsausgaben verbucht werden. Das von US-Präsident Trump
271 eingeforderte 2-Prozent-Ziel bei den Verteidigungsausgaben lehnen wir auch deshalb ab.

272 **Nachbarschaftspolitik**

273 Gleichzeitig gilt es, die regionale Zusammenarbeit in der Nachbarschaft der Europäischen Union zu
274 stärken. Regionale Wirtschafts-, Entwicklungs-, Migrations- und Sicherheitspartnerschaften in
275 Osteuropa, in Vorderasien, und im Mittelmeerraum werden für die dynamische Entwicklung und die
276 Stabilität unserer Weltregion von zentraler Bedeutung sein. Die heutigen Instrumente der
277 Nachbarschaftspolitik müssen entsprechend weiterentwickelt werden. So müssen Entwicklungspolitik,
278 Sicherheitspolitik, Bildungspolitik, legale Einwanderungspolitik und Flüchtlingspolitik im Sinne einer
279 nachhaltigen Partnerschaft miteinander verzahnt werden. Dabei sollte auch eine noch stärkere
280 Prioritätensetzung für bilaterale Beziehungen mit strategischer Bedeutung auch im Sinne einer
281 demokratischen, freiheitlichen und menschenrechtsorientierten Entwicklung erreicht werden. Hierfür
282 sind entsprechende Vorkehrungen für die nächste EU-Haushaltsperiode zu treffen.

283 Der Partnerschaft mit Russland kommt für die Europäische Union eine besondere Bedeutung zu. Die
284 EU und Russland sind wechselseitig auf eine gute Nachbarschaft angewiesen, um Frieden und
285 Wohlstand in unserer Weltregion zu sichern. Dies dürfen wir auch in einer schweren Krise der
286 Beziehungen, wie sie aufgrund der Destabilisierung der Ostukraine und der Annexion der Krim
287 entstanden ist, nicht vergessen. Ziel muss es bleiben, den Einstieg in den Ausstieg aus den
288 Wirtschaftssanktionen zügig zu erreichen, und zwar Zug um Zug auf Basis von Fortschritten bei der
289 Umsetzung des Minsk-Abkommens mit Blick auf den Friedensprozess in der Ukraine. Parallel muss die
290 Zusammenarbeit auch jenseits der Wirtschaftsbeziehungen zu befördert werden, um einer drohenden
291 Entfremdung der europäischen und russischen Gesellschaften entgegenzuwirken. Hierbei sollten
292 Jugend- und Studierendenaustauschprogramme sowie der Hochschul- und Forschungskooperationen
293 ausgebaut werden.

294 **Entwicklungspolitik**

295 Den Mitgliedstaaten muss es endlich gelingen, ihre nationalen Entwicklungspolitiken auf europäischer
296 Ebene zu bündeln. Dies ist kein einfacher Schritt angesichts der unterschiedlichen
297 Kompetenzrängeleien die es sogar auf nationaler Ebene immer wieder zwischen unterschiedlichen
298 Ressorts gibt. Gleichwohl ist dieser Schritt dringend erforderlich, um die Effektivität unserer
299 Entwicklungshilfe zu erhöhen und die Empfängerländer von der oft kaum mehr lösbaren Aufgabe der
300 „Geberkoordinierung“ zu entlasten. Zusätzlich hätte die Europäisierung den Vorzug, dass damit einige
301 problematische ex-koloniale Verwicklungen in bilateralen Entwicklungshilfebeziehungen aufgelöst
302 werden könnten. Eine zügige Bündelung der Entwicklungspolitik auf europäischer Ebene ist
303 Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklungspartnerschaft mit Afrika. Unser Ziel ist eine
304 Entwicklungspartnerschaft mit Afrika auf Augenhöhe im vollen Bewusstsein unserer gemeinsamen
305 Zukunft und unserer Verantwortung angesichts der kolonialen Vergangenheit.

306 Von Ost- und Südasiens lässt sich lernen, dass das exportgetriebene Wirtschaftswachstum oft einen
307 größeren Anteil an der Entwicklung hat, als die Entwicklungshilfe selbst. Deshalb ist der Ausbau fairer
308 und nachhaltiger Handelsbeziehungen mit unseren afrikanischen Nachbarn, die unter dem Wettbewerb
309 aus Asien in den letzten 20 Jahren etwas gelitten haben, eine hohe Priorität. Dazu müssen
310 insbesondere nicht-tarifäre Handelshemmnisse, Governance- und Infrastrukturprobleme deutlich
311 konsequenter angegangen werden, ohne dabei soziale Aspekte zu vernachlässigen. Im 21. Jahrhundert
312 sollte eine gute Entwicklungspolitik immer auch eine rasche Vertiefung der tatsächlichen
313 Handelsbeziehungen im Blick haben, im Sinne eines fairen Handels, der sich an beiderseitigen
314 Wohlstandsgewinnen, ökologischer Nachhaltigkeit und sozialem Ausgleich messen lassen muss.

315 **Handelspolitik**

316 Für unseren Wohlstand ist ein regelbasierter, offener und fairer Welthandel von zentraler Bedeutung.
317 Die offene Missachtung von Donald Trump und seiner Administration für die Regeln der WTO ist
318 deshalb eine doppelte Gefahr. Einerseits droht unser bilaterale Handelskonflikt mit den USA inzwischen
319 zu einem Handelskrieg zu eskalieren, mit potenziell großem wirtschaftlichen Schaden auf beiden Seiten
320 des Atlantiks und speziell auch für Deutschland. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass die WTO mit
321 ihrem Regelsystem insgesamt dabei nachhaltigen Schaden erleidet. Die Stillhaltevereinbarung
322 zwischen US-Präsident Trump und Kommissionspräsident Juncker verschafft uns nur etwas Aufschub
323 und ist noch keine Lösung. Deshalb kann und muss es gelingen, weltweit neue Allianzen zu schmieden.
324 Sogar in China, das sich bislang auch nicht immer regelkonform verhalten hat, wächst die Einsicht, dass
325 ein Zusammenbruch des Welthandelssystems auch nicht in ihrem Interesse sein kann.

326 Parallel muss der zügige Ausbau unseres Netzes von bilateralen Handelsabkommen gelingen. Dabei
327 geht es nicht um den naiven Glauben an den Segen von entfesselten Handelsströmen. Vielmehr sind

328 solche Abkommen aktuell der vielversprechendste Weg für vertiefte und faire Handelsbeziehungen mit
329 klaren und fortschrittlichen Regeln und eine kluge Antwort auf den Trumpschen Protektionismus. EU-
330 Handelsabkommen müssen weiterhin ambitionierte Bestimmungen zum Umwelt- und
331 Arbeitnehmerschutz beinhalten. Außerdem ist sicherzustellen, dass es zu keiner Gefährdung der
332 kommunalen Daseinsvorsorge kommt und mit dem Investorenschutz keine demokratischen
333 Entscheidungsprozesse durch die Hintertür ausgehebelt werden. Nach langen Verhandlungen konnten
334 mit Kanada im CETA-Abkommen entsprechende Maßstäbe gesetzt werden. Hinter diese darf man in
335 zukünftigen Abkommen nicht zurückfallen.

336 **Energie- und Klimapolitik**

337 Mit dem Pariser Klimaabkommen wurde ein wichtiger Erfolg in einer zentralen Menschheitsfrage erzielt.
338 Aber die eigentliche Arbeit liegt noch vor uns. Europa muss es in einer gemeinsamen Anstrengung
339 gelingen, die eigenen Klimaschutzziele auch wirklich zu erreichen, und dass zu möglichst geringen
340 wirtschaftlichen Kosten. Die betroffene Branchen müssen sich dem Strukturwandel stellen, statt ihn zu
341 vertagen, um ihre Zukunftsfähigkeit zu sichern. Gleichzeitig stehen wir für eine Politik, die den
342 betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitern insbesondere in strukturschwachen Regionen
343 neue Perspektiven eröffnet. Deshalb schlagen wir einen Europäischen Energiewendefonds vor,
344 vergleichbar mit dem bereits bestehenden Europäischen Globalisierungsfonds, durch die
345 Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer europäisch unterstützt werden, die aufgrund der Globalisierung
346 ihren Arbeitsplatz verlieren. Wenn die Energiewende in Deutschland oder anderen nationale
347 Klimaschutzinitiativen nicht endlich sinnvoll europäisiert werden, werden die hohen Systemkosten der
348 nationalen Silolösungen die Einhaltung der Klimaschutzziele bereits mittelfristig ernsthaft gefährden.
349 Auch in technologischen Systemfragen müssen wir deutlich enger europäisch und international
350 zusammenarbeiten, um dank technischem Fortschritt auch dort weiterzukommen, wo die
351 Klimaschutzdiplomatie bislang keine verbindlichen Regelungen erreichen konnte.

352 Gleichzeitig benötigen wir eine konsequente Europäisierung des Strom- und Gasmärkte. Nur so lassen
353 sich die Erfordernisse des Klimaschutzes, der Versorgungssicherheit und der Wirtschaftlichkeit
354 miteinander in Einklang bringen. Beispielsweise ließe sich mit europäischen Netzen und einem
355 europäischen Strommarkt das Problem von Speicherung und Reservekapazitäten für schwankende
356 Erneuerbare grenzüberschreitend deutlich besser und günstiger lösen. Darüber hinaus ließen sich
357 regionale Standortvorteile für erneuerbare Energien, insbesondere bei Sonne, Wind und Wasserkraft
358 viel konsequenter nutzen, was die Kosten der Energiewende deutlich reduzieren würde. Aber auch der
359 aktuelle Streit um Nord Stream 2, ein Infrastrukturprojekt, das mit einem funktionierenden
360 gesamteuropäischen Gasmarkt erkennbar nicht nur im deutsch-russischen, sondern im
361 gesamteuropäischen Interesse wäre, ließe sich so elegant entschärfen.

362 **Disruptive Innovationen und digitale Governance**

363 Europa muss eine der führenden Innovationsregionen der Welt sein und bleiben. Für uns sind
364 wissenschaftliche und technische Innovationen ein ganz wesentlicher Bestandteil der politischen
365 Gestaltung unserer Zukunft. Sie muss zunehmend auf die europäische Ebene gehoben werden, um
366 global eine tragende Rolle übernehmen zu können. Deshalb unterstützen wir das Vorhaben, die EU-
367 Agentur für disruptive Innovationen nach dem Vorbild von DARPA in den USA einzurichten. Auch setzen
368 wir uns für die Verdopplung der Forschungsausgaben im 9. Forschungsrahmenprogramm Horizon
369 Europe im Vergleich zum 8. Forschungsrahmenprogramm auf ein Gesamtbudget von deutlich über 100
370 Milliarden Euro ein. Dies muss gekoppelt werden mit einer stärkeren strategischen Priorisierung und
371 der Zweigleisigkeit von Exzellenz in der Forschung (Labs) und Exzellenz in der innovativen Produktion
372 (Fabs), ganz im Sinne des Lamy-Berichts.

373 Die Zukunft des Internets muss demokratisch gestaltet werden. Es kann nicht sein, dass einige wenige
374 privatwirtschaftliche und gewinnorientierte Digitalplattformen darüber bestimmen, wie die digitalen
375 Räume im Netz auszusehen haben. Die Frage, wie die Digitale Gesellschaft in Zukunft aussehen soll,
376 welche Rechte und Pflichten dort gelten, muss demokratisch mit politischen und zivilgesellschaftlichen
377 Organisationen innerhalb einer multilateralen Global-Governance-Struktur beantwortet werden. Hier
378 kann Europa mit intelligenter Regulierung eine Vorreiterrolle spielen, die dann eine gute Chance hat,
379 die Basis für einen globalen Standard zu werden, wie das Beispiel der Datenschutzgrundverordnung
380 zeigt.

381 Die Demokratisierung der Digitalisierung muss bei uns vor Ort anfangen. Die Menschen in den Städten
382 und Kommunen in Europa müssen Teil der digital-demokratischen Meinungs- und Willensbildung sein.
383 Dafür brauchen wir eine digitale Grundversorgung mit kostenlosen Zugängen zum Netz an öffentlichen
384 Orten, mit einer freien Informationsversorgung im Netz für eine informierte Öffentlichkeit, mit freier

385 Open-Source-Software insbesondere auch für kommunale Anwendungen. Aber zu schaffen ist das nur
386 mit einem europäischen Rahmen. Deshalb fordern wir einen einheitlichen europäischen Standard zur
387 digitalen und informationellen Grundversorgung, eine europäische Softwareinitiative für öffentliche
388 Anwendungen in Verwaltungs- und Bildungseinrichtungen und eine europäische Ausgestaltung des
389 öffentlich-rechtlichen Informationsauftrags im digitalen Zeitalter.

390 Genauso wichtig ist die Zukunftssicherung der privaten Contentanbieter und hier nicht zuletzt der
391 Medien und des unabhängigen Journalismus. Deshalb müssen die hochprofitablen Internetgiganten
392 endlich wirkungsvoll zur Refinanzierung von Content, vom dem sie profitieren, herangezogen werden.
393 Dies muss aber im europäischen Urheberrecht auf eine Art und Weise geschehen, die das Internet als
394 offene und innovative Plattform für Privatpersonen und Start-Ups erhält und nicht etwa die
395 Vormachtstellung der großen Plattformen zementiert.

396 Mit der Digitalisierung geht auch ein kultureller und gesellschaftlicher Wandel einher. Im Idealfall stellt
397 die dezentrale Architektur des Internets so manche überkommene Hierarchie in Frage, stellt im Idealfall
398 Aufklärung und Wissen über Macht und Position und ermöglicht so einen neuen
399 Demokratisierungsschub. Im ungünstigsten Fall hingegen ermöglicht das Internet einen neuen
400 Überwachungsstaat, schürt durch digitale Filterblasen die Entstehung eines anti-aufklärerischen
401 Wutbürgertums und macht die Manipulation von Demokratie möglich. Durch entsprechende
402 europäische Regulierung der großen Internetplattformen und durch Förderung von nicht-kommerziellen
403 Plattformen müssen wir die Freiheit des Internets sichern und die Voraussetzung dafür schaffen, dass
404 sich Bürgerinnen und Bürger mündig und souverän in der digitalen Gesellschaft bewegen und
405 zurechtfinden können.

406 **Handlungsfähigkeit der Europäischen Union verbessern**

407 Ohne eine deutliche Verbesserung der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union wird sich diese
408 ambitionierte Zukunftsagenda nicht umsetzen lassen. Hierfür notwendig ist insbesondere eine
409 ausreichende finanzielle Untersetzung der europäischen Zukunftsaufgaben für die nächsten EU-
410 Haushaltsperiode sowie eine Stärkung der europäischen Demokratie und Öffentlichkeit. Außerdem ist
411 ein Bewusstseinswandel bei den Regierungen der Mitgliedstaaten erforderlich. Auf erstarkende neo-
412 nationalistische Strömungen darf nicht länger mit nationaler Engstirnigkeit und ängstlichen
413 Formelkompromissen reagiert werden, die Europa lähmen. Stattdessen benötigen wir wirkungsvolle
414 europäischen Lösungen, deren Mehrwert sich vermitteln lässt.

415 **Mehrwert Europas und der mehrjährige Finanzrahmen (2021-2027)**

416 Damit der beschriebene Mehrwert Europas im Außenauftritt auch umgesetzt werden kann, ist ein
417 grundlegender Umbau des Europäischen Haushalts erforderlich. Der Kommissionsvorschlag für den
418 mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 zeigt hierfür gute Ansätze auf, indem er Ausgaben für
419 Zukunftsfelder deutlich aufstockt, während Kürzung in historischen gewachsenen Teilen des Haushalts
420 vorgeschlagen werden, wie zum Beispiel der Landwirtschaftsförderung. Aber um die ambitionierten
421 Ziele wirklich zu erreichen, wird man in der Umschichtung der Mittel von historisch gewachsenen
422 Ausgaben hin zu Zukunftsfeldern noch mutiger sein müssen. Darüber hinaus fordern wir eine deutliche
423 Verlagerung von Ausgaben aus den nationalen Haushalten hin zum europäischen Haushalt überall dort,
424 wo eine europäische Verausgabung effektiver wäre.

425 Wo der Nationalstaat an seine Grenzen stößt, spart eine Umschichtung der Mittel von den nationalen
426 Haushalten hin zum Europäischen Haushalt schlicht Geld. Denn es geht hier nicht um zusätzliche Mittel,
427 sondern allein um die Frage, auf welcher Ebene die Mittel wirkungsvoller zum Einsatz kommen können.
428 Anhand von fundierten Studien sollten wir eine genauere Vorstellung davon zu entwickeln, in welchen
429 Bereichen der europäische Mehrwert in diesem Sinne in den kommenden Jahren am größten sind.
430 Entsprechende Studien müssen rasch vorgelegt werden, bevor die Verhandlungen zum mehrjährigen
431 Finanzrahmen finalisiert werden können. Deutschland und Frankreich kommt hier eine Schlüsselrolle
432 zu.

433 **Europäische Demokratie weiterentwickeln**

434 Eine starke Demokratie braucht ein starkes Parlament. Das Europäische Parlament repräsentiert die
435 Bürgerinnen und Bürger der EU direkt und muss deshalb weiter gestärkt werden. Deshalb sollte das
436 Europäische Parlament das Initiativrecht erhalten und mehr Rechte bei der Ernennung und Kontrolle
437 der Europäischen Kommission bekommen. Der Spitzenkandidatenprozess zur Europawahl muss
438 beibehalten und die Rolle von europäischen Parteien nachhaltig gestärkt werden. Kommission und
439 Europaparlament sind Regierung und Parlament Europas. Das muss anhand von Kompetenzen,

440 Verfahren und Personal noch deutlicher werden und für Europas Bürgerinnen und Bürger noch
441 unmittelbarer erfahrbar.

442 Dazu benötigen wir auch die Entwicklung einer echten europäischen Öffentlichkeit. Zu oft debattieren
443 wir europäische Themen aus finnischer, spanischer, deutscher oder sogar bayerischer Perspektive,
444 anstatt europäisch über gemeinsame Probleme zu reden. Das kann und muss sich ändern. Wichtig sind
445 hier zum Beispiel die feste Etablierung des Englischen als Lingua Franca der Union und eine
446 Ausweitung von Erasmus+. Zugleich ist ein neuer Ansatz in der Medienpolitik erforderlich, um die
447 Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit befördern. Insbesondere sollte hierzu eine an den
448 Nutzungsgewohnheiten des digitalen Zeitalters ausgerichtete europäische öffentlich-rechtliche
449 Internetplattform geschaffen werden, die attraktiven europäischen Content zu Verfügung stellt und
450 große europäische Debatten ähnlich konsequent in alle Länder überträgt wie es heut schon mit dem
451 Eurovision Song Contest geschieht.

452 **Thüringen im Herzen Europas**

453 Von einem einigen, starken und weltoffenen Europa profitiert Thüringen im Herzen Deutschlands und
454 Europas ganz besonders. Dank Lagegunst, einer starken Bildungs- und Forschungslandschaft,
455 exzellenter Infrastrukturanbindung, einer guten Fertigungsbasis und einigen hochwerterschöpfenden
456 Spezialisierungsfeldern ist Thüringen in Europa und auch dank Europa gut positioniert. In den letzten 3
457 Jahrzehnten hat Thüringen in einem hohen Maße von europäischen Strukturmitteln profitiert. Die damit
458 beförderte wirtschaftliche Dynamik führt allerdings – zusammen mit dem Brexit – dazu, dass die
459 Strukturmittel in den kommenden Jahren deutlich weniger werden. Deshalb verfolgt die Thüringer
460 Landesregierung eine sinnvolle Doppelstrategie, indem sie versucht, zusammen mit den anderen
461 ostdeutschen Ländern auch angesichts der besonderen Herausforderungen eines zum Teil
462 dramatischen demographischen Wandels zumindest einen Teil der Förderung doch noch in die nächste
463 Förderperiode zu retten. Gleichzeitig stellt sie zusammen mit den Thüringer Akteuren die Weichen, um
464 die europäischen Fördermöglichkeiten jenseits der Strukturfonds noch besser für Thüringen zu nutzen.

465 Die Europäerinnen und Europäer und als Thüringerinnen und Thüringer sind wir im 21. Jahrhundert auf
466 eine starke und handlungsfähige EU angewiesen. Das gilt im Inneren, wo vieles besser organisiert
467 werden und Europa wirtschaftlich stabiler, sozial gerechter und demokratischer werden muss. Und das
468 gilt im Äußeren, wo die EU ihre Verantwortung zur Herbeiführung von kooperativen Lösungen der
469 vielfältigen globalen Herausforderungen wahrnehmen muss. Dabei werden wir uns mit aller
470 Entschiedenheit gegen jene politischen Kräfte wenden, die das europäische Projekt durch
471 Rechtspopulismus oder Nationalegoismus zu zerstören drohen.

472 Die Zeit für umfassende Reformen in Europa ist jetzt. Das wir die SPD auf Landesebene, in der
473 Bundesregierung und im Europaparlament und nicht zuletzt bei der Europawahl im Mai 2019 deutlich
474 machen.

E 2

Antragsteller: KV Jena/OV Jena Mitte-West

1 **Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit in einem** 2 **solidarischen Europa**

3 Wir setzen uns auf allen politischen Ebenen für ein solidarisches und soziales Europa ein. Nach der
4 Wirtschafts- und Finanzunion ist eine gemeinsame, europaweite Sozial- und Arbeitsmarktpolitik
5 überfällig, die eine gerechte Verteilung von Arbeit und Wohlstand zum Ziel hat und als eine
6 gesamteuropäische Aufgabe begreift.

7 Wir wollen, dass sich Menschen überall in Europa zu Recht als wertvoller Teil der europäischen
8 Solidargemeinschaft wahrnehmen. Die Konkurrenz europäischer Länder ging bisher jedoch zulasten
9 der Lohneinkommen und Sozialleistungen. Ein notwendiger Schritt ist die Berufung eines
10 handlungsfähigen „Arbeitsministeriums“ mit dem Hauptziel der Bekämpfung von
11 Massenarbeitslosigkeit. Dazu muss das bestehende Kommissariat für Arbeitsplätze, Wachstum,
12 Investition und Wettbewerbsfähigkeit deutlich ausgebaut und auf lange Sicht ein eigenständiges
13 Kommissariat für Beschäftigung entwickelt werden, das mit hinreichenden Mitteln ausgestattet ist.

14 Zu den Aufgaben und Zielen des Kommissariats zählen neben einer aktiven Arbeitsmarktpolitik unter
15 anderem: Die Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping, Erarbeitung einer EU-Richtlinie für
16 angemessene Arbeitsbedingungen, Harmonisierung von Arbeitsstandards (höhere Standards bleiben
17 bestehen), Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und der Ausbau von Arbeitnehmer*innenrechten.
18 Zusätzlich sollen über den Fonds für strukturschwache Regionen positive Anreize in Form von
19 Zusatzzahlungen für die Einhaltung von Sozialstandards gesetzt werden.

20 Perspektivisch streben wir europäische Mindeststandards für die Sozialversicherungssysteme an, die
21 für jede*n Europäer*in ein würdevolles Leben ermöglichen: Unsere Vision ist die Weiterentwicklung der
22 nationalen Sozialversicherungssysteme in ein gesamteuropäisches System. Ein erster Schritt sollte
23 eine gesamteuropäische Arbeitslosenversicherung sein, die dazu dient, große Erschütterungen des
24 Arbeitsmarkts abzufangen.

25 Eine zweite wichtige Zukunftsperspektive ist die Einführung eines europaweiten Mindestlohnkonzepts.
26 Dieser sollte sich prozentual am medianen nationalen Stundenlohn orientieren und regelmäßig auf die
27 diesbezügliche Angemessenheit überprüft werden. Eine Expert*innenkommission soll die Möglichkeit
28 für einen europäischen Mindestlohn prüfen und stetig evaluieren.

29 Die Mandatsträger*innen der SPD bringen diesen Prozess im Europäischen Parlament voran und
30 kommen ihm von den Parlamenten der Landes- und Bundesebene unterstützend entgegen.

K 1

Antragsteller: Landesvorstand

1 Ein Zuhause in Thüringen haben

2 Die SPD als Garant gleichwertiger Lebensverhältnisse in Land und Stadt

3 Hinter dem Begriff des ländlichen Raums verbirgt sich in Thüringen viel mehr als Dörfer und
4 Landwirtschaft. Zieht man klassische Definitionen heran, können auch Ortsteile der Landeshauptstadt
5 Erfurt als ländlicher Raum gelten, umgekehrt gibt es in vielen Thüringer Dörfern Mittelständler mit
6 mehreren hundert Mitarbeitern, die Weltmarktführer auf ihrem Gebiet sind. Die Aufgabe der Thüringer
7 Sozialdemokratie ist es daher nicht, unterschiedliche politische Angebote für Stadt und Land zu machen,
8 sondern in allen Teilen des Landes gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen. Damit erfüllen wir
9 den Auftrag, der aus dem Grundgesetz und der Thüringer Landesverfassung hervorgeht. Vor allem
10 vertreten wir damit aber unsere Überzeugung, dass unsere Gesellschaft den Maximen der Freiheit,
11 Gleichheit und Solidarität folgen soll.

12 Während andere mit dem Begriff der „lebenswerten Heimat“ versuchen, das mit Populismus zu
13 überspielen was Ihnen an Ideen für unser Land fehlt, haben wir einen Plan: Unsere Kommunen sollen
14 als eigenständige Lebens-, Wirtschafts-, Erholungs- und Naturräume gestärkt werden.

15 Der Schlüssel dazu ist die konsequente Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie ist die
16 Grundlage für alles, was aus einer Kommune ein Zuhause macht: Versorgung, Wohnen, gute Arbeit,
17 kulturelle und soziale Angebote, Bildung, Vereinsleben, Gesundheit, Nachbarschaft, Teilhabe – kurzum:
18 Lebensqualität.

19 Um das zu erreichen, braucht es handlungsfähige und effizient arbeitende Kommunen und Ideen, wie
20 die Zukunft der Gemeinden und Städte gestaltet werden soll. Wir setzen dabei das Konzept der
21 öffentlichen Verantwortung über das Prinzip der Gewinnmaximierung: hohe Qualität, allgemeine
22 flächendeckende Verfügbarkeit, Bezahlbarkeit – für alle Thüringerinnen, Thüringer und die, die es
23 werden möchten. Mit dem vorliegenden Antrag soll unseren kommunalen Mandatsträgern und denen,
24 die es werden wollen, der Rücken gestärkt werden. Im Mai 2019 werden wir uns genauso wie in den
25 diesjährigen Wahlen als gut vernetzte und starke Kommunalpartei behaupten. Die dafür
26 vorgeschlagenen Maßnahmen bilden gleichzeitig eine Hinführung zu unseren Ideen für die
27 Landespolitik, auf die der Leitantrag einen Ausblick gibt.

28 Wohnen

29 Thüringen soll für alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrem Einkommen oder sozialem Status
30 Wohnraum bieten. Er muss aber nicht nur bezahlbar, sondern auch bedarfs- und altersgerecht sein. Die
31 Demografische Entwicklung, der Immobilienbestand und der Trend zum Eigenheim müssen bei einer
32 fortschrittlichen Wohnungspolitik berücksichtigt werden. Wir wollen:

- 33 ▪ Die Stärkung des Sozialen Wohnungsbaus und seine mittelfristige Rückführung in die
34 Verantwortung des Bundes
- 35 ▪ Die gezielte Förderung des Umbaus von Ein- und Zwei-Familienhäusern zu altersgerechten
36 Wohneinheiten
- 37 ▪ Abbau von Hemmnissen bei der Baulandentwicklung und Baulandmobilisierung
- 38 ▪ Stärkung des kommunalen Flächenmanagements durch interkommunale Zusammenarbeit
- 39 ▪ Stärkung des Genossenschaftswesens durch langfristige, günstige Kredite und die
- 40 ▪ Bereitstellung günstiger Grundstücksflächen
- 41 ▪ Vereinfachte Förderung von umweltgerechtem Bauen in Städten und Gemeinden
- 42 ▪ Schnelleren Zugriff auf Brachflächen und Schrottimmobilen für Gemeinden

43 **Mobilität**

44 Wohn- und Arbeitsorte liegen für viele Thüringerinnen und Thüringer nur noch selten in ein und
45 derselben Gemeinde. Ein entscheidender Faktor für die Lebensqualität in Thüringen ist deshalb die
46 Bereitstellung eines integrierten und für alle zugänglichen Mobilitätsangebots. Dazu braucht es:

- 47 ▪ Einführung eines landesweit einheitlichen, elektronischen Nahverkehrstickets
- 48 ▪ Entwicklung eines geschlossenen, nicht-touristischen Radwegenetzes, vorrangiger Bau von
49 Rad(schnell)wegen in urbanen Gebieten
- 50 ▪ Ausweitung der LKW-Maut auf kommunale Straßen und Fernbusse, Einsatz der Einnahmen für
51 kommunale Infrastruktur und ÖPNV
- 52 ▪ Förderung von Elektromobilität, Car-Sharing und On-Demand-Verkehr
- 53 ▪ Generell Tempo 30 vor Kitas, Schulen, Krankenhäusern und Seniorenheimen, darüber hinaus
54 in Entscheidungsverantwortung der Kommunen
- 55 ▪ Flächendeckende Umsetzung eines Azubitickets

56 **Bildung und Familie**

57 Damit sich jung und alt in unseren Städten und Gemeinden wohlfühlen braucht es eine bedarfsgerechte
58 soziale Infrastruktur. Die Abdeckung mit sozialer Infrastruktur insbesondere bei Bildungs-, Sozial- und
59 Kulturangeboten muss dafür genauso gewährleistet sein, wie die Qualität dieser Angebote:

- 60 ▪ Beitragsfreie und garantierte Betreuung für jedes Kind, in jeder Kommune – egal ob in Krippe,
61 Kita, Hort oder Ganztagsbetreuung – solange es die Eltern in Anspruch nehmen wollen
- 62 ▪ Gut ausgebildete und gut bezahlte Erzieherinnen und Erzieher
- 63 ▪ Attraktive Arbeitsplätze und gute Ausstattung von Bildungseinrichtungen zur bestmöglichen
64 Beschulung durch ausreichend Fachkräfte
- 65 ▪ Ermöglichung eines wohnortnahen und verlässlichen Schulangebots, gestaffelt nach Alter der
66 Schülerinnen und Schüler
- 67 ▪ Moderne Ausstattung und Lehrkonzepte unserer Bildungseinrichtungen, insbesondere mit Blick
68 auf die Digitalisierung
- 69 ▪ Förderangebote für alle Schülerinnen und Schüler sowie ein flächendeckendes Angebot an
70 Schulsozialarbeit

71 **Infrastruktur und Versorgung**

72 Flächendeckende Versorgung besteht aus Praxen, Apotheken, Einzelhandel und sozialen und
73 kulturellen Treffpunkten. In vielen Teilen Thüringens gehört dazu aber auch der Weg dorthin. Deswegen
74 braucht es eine Versorgung, die mit der dazu gehörigen Infrastruktur Hand in Hand geht. Für den Erhalt
75 und die Stärkung des Angebots brauchen wir:

- 76 ▪ Beim Thema Straßenausbaubeiträge werden wir einen klugen Kompromiss finden, der Bürger
77 und Kommunen gleichermaßen entlastet, ohne zukünftigen Generationen finanzielle
78 Spielräume zu nehmen
- 79 ▪ Ausbau der Investitionsprogramme im Rahmen der Richtlinie zur Förderung des kommunalen
80 Straßenbaus
- 81 ▪ Rücknahme der LEADER-Kürzung und Ausweitung des Städtebauförderprogramms „Soziale
82 Stadt“
- 83 ▪ Sonderförderprogramme für die Errichtung von Dorf- und Stadtteilläden bzw. sowie die
84 Erleichterung und Erweiterung bisheriger Initiativen
- 85 ▪ Förderung von gut erreichbaren Ärztezentren zur schnellen und zielgerichteten Versorgung,
86 insbesondere mit Facharztleistungen
- 87 ▪ Förderung von mobilen Gesundheitsangeboten, z.B. Apotheken- und Reha-Busse
- 88 ▪ Einführung von mehr Kassensitzen von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten
- 89 ▪ Anbindung von sozioökonomischen Schwerpunkten (Bildungseinrichtungen, Gewerbegebiete,
90 öffentliche Verwaltung, Verkehrsknotenpunkte) an ein landesweites Gigabitnetz bis 2030

- 91 ▪ Rekommunalisierung von Netzinfrastruktur und Einführung bürgerfreundlicher
92 Mieterstrommodelle

93 **Verwaltung und Finanzen**

94 Die gesamte öffentliche Verwaltung in Thüringen muss Dienstleistungen auf hohem Niveau erbringen.
95 Nur so kann Sie Herausforderungen wie den Demographischen Wandel, die Digitalisierung und den
96 immer präsenter werdenden Fachkräftemangel reagieren. Wir wollen unsere kommunale Verwaltung,
97 vor allem also deren Mitarbeiter und Strukturen fit für die Zukunft machen. Dazu braucht es finanzielle
98 Spielräume, aber auch Effizienzgewinne durch Kooperationen oder neue Verwaltungsverfahren. Dafür
99 braucht es:

- 100 ▪ Eine umfassende Unterstützung des Landes bei der Schaffung einheitlicher E-Government-
101 Lösungen
- 102 ▪ Entwicklung von Bürgerservicebüros als Schnittstelle zwischen E-Government-Lösungen und
103 direktem Bürgerkontakt
- 104 ▪ Reformierung der Grundsteuer und Stabilisierung der Gewerbesteuer zur Verstetigung
105 kommunaler Einnahmen
- 106 ▪ Stärkung der Investitionskraft der Kommunen durch Altschuldenabbau und Entlastung von
107 Sozialkosten mithilfe des Bundes
- 108 ▪ Kommunalcheck von Investitionsprogrammen in Bund und Land, damit in den Haushalten
109 eingestellte Investitionsmittel tatsächlich sachgerecht abgerufen werden können

110 **Sicherheit und Feuerwehr**

111 Allen Menschen in Thüringen muss Sicherheit in ihrem Heim und im öffentlichen Räumen garantiert
112 werden können. Für die Durchsetzung des Rechtsstaates müssen Justiz, Verwaltung, Polizei,
113 Feuerwehr und Zivilgesellschaft eng zusammenarbeiten. In den Präventionsstrukturen spielen die
114 Freiwilligen Feuerwehren eine große Rolle. Sie stehen für zehntausende ehrenamtlich Engagierte am
115 Gemeinwohl und der Sicherheit im Land. Um sowohl dieses Engagement, als auch die öffentliche
116 Sicherheit zu stärken, brauchen wir:

- 117 ▪ Die Stärkung der ideellen und finanziellen Würdigung von Feuerwehrangehörigen bei ihren
118 Arbeitgebern und innerhalb der Gemeinden sowie eine Stärkung der Jugendfeuerwehren
- 119 ▪ Eine angemessene Entschädigung für Feuerwehrleute und eine Absicherung von
120 Feuerwehrleuten sowie deren Angehörigen bei Krankheit oder Todesfällen
- 121 ▪ Eine angemessene Ausstattung der Landesfeuerweherschule, insbesondere um ausreichend
122 Lehrgangsplätze zur Verfügung stellen zu können

123 **Kommunalpartei SPD**

124 Im Erneuerungsprozess der Bundespartei nimmt die Stärkung von Kommunalpolitik eine zentrale Rolle
125 ein. In Thüringen gibt es zahlreiche Genossinnen und Genossen, die Landratsämtern und Rathäusern
126 vorstehen oder kommunale Mandate übernehmen. Deswegen muss auch die Erneuerung der SPD
127 Thüringen mit der Stärkung von sozial gerechter Kommunalpolitik einher gehen.

128 Wir fordern:

- 129 ▪ Die Landespartei und die SGK sollen ein gemeinsames Projekt, zur Stärkung der
130 kommunalpolitischen Präsenz in Regionen und Stadtteilen mit fehlender Organisationskraft,
131 starten
- 132 ▪ Die SGK muss wieder eine zentrale Rolle bei der inhaltlichen Ausgestaltung
133 kommunalpolitischer Forderungen in unserem Landesverband einnehmen
- 134 ▪ Der Kommunalpolitische Kongress soll mindestens einmal im Jahr tagen und sowohl Vorträge
135 und Möglichkeiten zum Austausch enthalten, als auch Formate zur Einbringung von Ideen und
136 Handlungsvorschlägen kommunaler Mandatsträger ermöglichen
- 137 ▪ Partnerschaften zwischen Mitgliederstarken und Mitgliederschwachen Kreisverbänden sollen
138 dem Austausch und Strukturaufbau befördern

1 **Ländlicher Raum - Nicht Aussterben lassen!**

2 Thüringen ist ein ländlich geprägtes Bundesland. Dörfer, Gemeinden und Kleinstädte dominieren,
3 größere Städte sind die Ausnahme. Diese Struktur bringt besondere Herausforderungen für die
4 Versorgung der Bevölkerung und für die Gesellschaft allgemein mit sich. Denn entgegen des urbanen
5 Raums lassen sich gute, ausfüllende Lebensbedingungen für alle Menschen in ländlichen Gebieten nur
6 schwerlich ohne Komplikationen ermöglichen. Natürlich gibt es auch hier Dörfer und Kleinstädte, die
7 lebensfähig sind und bleiben, aber der Regelfall wird nach derzeitigem Stand anders aussehen:
8 Abwanderung, alternde Bevölkerungen und damit verbunden, ein teils dramatischer
9 Bevölkerungsrückgang.

10 Es gilt daher, gleichwertige Lebensverhältnisse auf dem Land bzw. im ländlichen Raum und um nichts
11 weniger als das sukzessive Aussterben ganzer Landstriche zu verhindern. Nur wenn wir es schaffen
12 vor Ort Strukturen zu etablieren, die auch für Familien und junge Menschen attraktiv sind, wird der
13 ländliche Raum als Lebens-, Wohn-, Arbeits- und Wirkstätte nicht mehr in Frage gestellt.

14 Dabei kommt oft das subjektive Gefühl des Abgehängt-Seins zur Sprache, das zumindest in einigen
15 Regionen auch objektiv durch Fakten belegt werden kann. Wir dürfen es jedoch nicht zulassen, dass
16 dieses teilweise berechnete Denken zur Maxime in der gesellschaftlichen Ausrichtung wird. Abgehängt-
17 Sein lässt sich ändern - mit Engagement und mit Investitionen. Die gesellschaftliche Solidarität und der
18 gesellschaftliche Frieden, über die verschiedenen Milieus und die Generationen hinweg können sich
19 nur ausbreiten, wenn alle Menschen davon ausgehen können, dass ihnen zumindest ähnliche Chancen
20 gegeben werden, in ihren persönlichen Gegebenheiten einen gewissen gemeinschaftlichen Standard
21 zu erreichen.

22 Dieser Standard drückt sich explizit nicht darin aus, dass Mindesteinheiten oder Untergrenzen
23 eingehalten werden, sondern dass sich die Situationen für die Menschen vor Ort verbessern. Wir wollen,
24 dass Chancengleichheit herrscht, egal wo die Menschen herkommen und egal wo sie hinwollen.

25 Die Tatsache, dass es Menschen gibt, die im ländlichen Raum zuhause sind und sich zuhause fühlen,
26 mit anderen Worten, dass sie dort leben wollen, muss unsere Aufgabe sein, die Lebensbedingungen
27 vor Ort herzustellen, dass ein gutes Leben auch möglich ist. Trotz aller Hindernisse und struktureller
28 Schwierigkeiten bietet der ländliche Raum auch Entwicklungschancen. So findet sich gerade hier Raum
29 zur Selbstverwirklichung und zur Umsetzung individueller Lebensentwürfe, entfernt vom Schneller-
30 Höher-Weiter des urbanen Raumes.

31 Wir fordern, dass das Land Thüringen in Zusammenarbeit mit den Landkreisen und Kommunen vor Ort
32 den ländlich geprägten Raum strukturell fördert. Dazu gehören zu allererst zwei Stellschrauben:
33 Zunächst die Ausfinanzierung der Kommunen durch einen überarbeiteten kommunalen
34 Finanzausgleich und höhere Mittelzuweisungen von Bund und Land. Und als zweiten Überpunkt die
35 Aufgabe der Unterscheidung zwischen freiwilligen Leistungen und Pflichtaufgaben für die kommunale
36 Hand. Nur wenn wir hier strukturelle Änderungen erreichen, verkommt die kommunale Selbstverwaltung
37 nicht zu einer Worthülse. Die nachfolgenden wichtigen Themenbereiche sind nicht abschließend,
38 deckend aber einen großen Teil unserer Forderungen gegen das Aussterben des ländlichen Raumes
39 ab.

40 **Anbindung und Mobilität verbessern**

41 Für viele Menschen verdeutlicht die fehlende Mobilität und der damit verbundene verwehrt Zugang zu
42 wichtigen und teils lebensnotwendigen Einrichtungen symbolisch das Gefühl des Abgehängt-Seins. Um
43 die Situation der Menschen im ländlichen Raum zu verbessern und die Attraktivität des nicht
44 urbanisierten Raums zu stärken, müssen neue Konzepte der Mobilität zum Einsatz kommen. Es darf
45 nicht sein, dass der Bus nur noch einmal alle zwei Tage ins Dorf kommt und der Bahnhof schon seit
46 zwei Jahrzehnten abgekoppelt bleibt.

47 Es kann sich nicht darauf verlassen werden, dass jede*r ein Auto zur Verfügung hat. Gerade
48 Jugendliche und junge Menschen können sich oftmals den Individualverkehr nicht leisten. Gleiches trifft

49 auch auf ältere Menschen zu, die zudem altersbedingt nicht mehr in der Lage dazu sind, ein eigenes
50 Auto zu unterhalten.

51 Wir fordern:

- 52 ▪ den vollumfänglichen Ausbau des ÖPNV. Jeder Ort – sei er auch noch so klein – muss zweimal
53 am Tag (auch am Wochenende) regulär angefahren werden, so dass es die Möglichkeit gibt, in
54 die nächstgrößere Stadt zu gelangen und wieder zurück. Zudem sollen Rufbus-Angebote die
55 außerplanmäßige Nachfrage bedienen.
- 56 ▪ den kostenlosen ÖPNV. Kurzfristig müssen aber überall Lösungen geschaffen werden, die
57 wirtschaftlich Schwachen, Kindern, Jugendlichen und Älteren Ermäßigungen zugestehen.
- 58 ▪ die Anbindung auch kleinerer Ortschaften an den Zugverkehr, damit nicht ganze Regionen vom
59 Schienenverkehr abgekoppelt werden. Um in der Abwägung der Schnelligkeit und der
60 Anbindungsquantität beide Aspekte abzudecken, wäre eine Lösungsmöglichkeit, abwechselnd
61 schnelle Verbindungen und Verbindungen mit vielen Haltepunkten anzubieten.
- 62 ▪ die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Mitfahr-Initiativen. Mitfahrgelegenheiten von
63 Nachbar*innen etc. auf dem Land gibt es ebenso wie in den Städten. Gerade hier zeigen sich
64 Gelegenheiten zur nicht-kommerziellen Nutzung der Bevölkerung fern ab des ÖPNV.
- 65 ▪ die nahtlose Verzahnung der unterschiedlichen Mobilitätsangebote hinsichtlich Taktung und
66 Bezahlung.
- 67 ▪ Nahversorgung mit Lebensmitteln, Mittel des täglichen Gebrauchs und Geld

68 Die Dorfkonzums gehören der Vergangenheit an, der letzte Bäcker hat vor ein paar Jahren geschlossen
69 und der nächste Supermarkt ist genau wie die nächste Sparkasse ein paar Kilometer entfernt. Vor Ort
70 gibt es meist keine Möglichkeiten mehr schnell etwas einkaufen zu gehen. Die Sicherung der
71 Nahversorgung stößt hier an ihre betriebswirtschaftlichen Grenzen.

72 Hier muss angesetzt werden. Der Einzelhandel sollte bei innovativen Projekten zur Versorgung des
73 peripheren Raumes unterstützt werden. Mittel des täglichen Gebrauchs, insbesondere Lebensmittel und
74 Geld müssen für alle Menschen wohnungsnah zu besorgen sein. Die Kommunen müssen dabei
75 insbesondere den Ordnungsrahmen festlegen, der es öffentlichem und privatem Engagement
76 ermöglicht, im ländlichen Raum aktiv zu werden.

77 Wir fordern:

- 78 ▪ Nahversorgungsmöglichkeiten für alle Menschen wohnungsnah durch eine vernetzte Struktur
79 aus privaten und kommunal-gestützten Angeboten.
- 80 ▪ dass in allen Ortschaften Geldautomaten aufgestellt werden.
- 81 ▪ die Unterstützung von Kooperationslösungen durch verschiedene Einzelhandelsmärkte. Seien
82 es stationäre Verkaufsstände an bestimmten Wochentagen oder fahrende Händler, die ein
83 eingeschränktes Sortiment veräußern.
- 84 ▪ die Professionalisierung von Vermarktungsinitiativen aus der Region, da gerade
85 Direktvermarkter eine größere Zielgruppe ansprechen und Wirtschaftlichkeit auch in kleinen
86 Orten generieren.

87 **Digitalisierung und Mobilfunk**

88 Ein weiterer Punkt, in dem der ländliche Raum gegenüber den urbanen Gebieten zurückfällt, ist die
89 Digitalisierung. Gerade Menschen, die nicht in der Stadt wohnen, leiden unter der Abkopplung vom
90 Internet. Entweder gibt es gar keine Verbindung oder die Verbindungen sind so schwach, dass man
91 damit nichts wirkungsvoll anfangen kann. Für den Mobilfunk gilt das in gleicher Weise.

92 Diesen Zustand müssen wir hinter uns lassen. Gleichwertige Lebensverhältnisse bedeuten gerade auch
93 im 21. Jahrhundert, dass die Menschen überall telefonieren und ins Internet gehen können. Der Ausbau
94 muss schleunigst vorangetrieben werden.

95 Wir fordern:

- 96 ▪ den konsequenten Ausbau der Breitbandinfrastruktur mit Glasfaserkabeln und den Verzicht der
97 Vectoring-Technologie. Alle Haushalte sollen in kürzester Zeit mit 100-Prozent
98 Kostenübernahme durch Land und Bund angeschlossen werden. Der favorisierte Ansatz sollte
99 FTTH sein.

- 100 ▪ den konsequenten Ausbau der Mobilfunknetze. Die Funklöcher, gerade in wenig besiedelten
101 Gebieten müssen verschwinden, Telefonie und Mobile Daten müssen überall in adäquater
102 Qualität verfügbar sein.
- 103 ▪ öffentliche WLAN-Hotspots an zentralen Plätzen in allen Gemeinden sowie in
104 Dorfgemeinschaftszentren, die durch Land und Bund finanziert werden.

105 **Ärzt*innen- und Pflegeversorgung**

106 Ein Problem, das vor allen Dingen in der nahen Zukunft und unaufhaltsam herannaht, ist die
107 gesundheitliche Versorgung. Der ländliche Raum hat es in seiner Struktur besonders schwer, mit
108 ausreichend Ärzt*innen abgedeckt zu werden.

109 Wenn wir den Kollaps des Gesundheitssystems verhindern wollen, muss enorm in die Pflege investiert
110 werden. Es braucht modernere Strukturen und Methoden in der medizinischen Arbeit sowie ein neues
111 Verständnis von Pflegearbeit im 21. Jahrhundert.

112 Wir fordern:

- 113 ▪ die Ermöglichung von Kooperationen und Zusammenarbeit allen geeigneten Formen sowie die
114 Einrichtung von kommunalen Praxen und Zweigpraxen.
- 115 ▪ die sinnvolle Weiterentwicklung und schrittweise Anwendung von E-Health-Lösungen.
- 116 ▪ eine stärker interdisziplinär und professionsübergreifende Ausrichtung der
117 Gesundheitsversorgung.
- 118 ▪ Unterstützung für angehende Landärzt*innen.
- 119 ▪ höhere Löhne in der Pflege. Qualifiziertes Personal muss entsprechend der Bedeutung dieser
120 Arbeit entlohnt werden.

121 **Wohnungspolitik**

122 Wenn man an Wohnungspolitik denkt, kommt sofort der angespannte Wohnungsmarkt in den
123 Ballungsgebieten in den Sinn. Im ländlichen Raum ist die Situation anders gelagert – hier gibt es Raum
124 und Leerstand. Allerdings ist mancher Leerstand in derart marodem Zustand, dass es sich um
125 Schrottimmobilien handelt. Diese müssen häufig enteignet und dann kostspielig durch Kommunen
126 abgerissen werden. Vielfach ist die Bausubstanz in die Jahre gekommen und hält weder Ansprüche für
127 altersgerechtes Wohnen noch moderne Energiestandards.

128 Wir wollen eine Wohnungspolitik, die den Anforderungen unserer Zeit gerecht wird. Per se ist der
129 ländliche Raum als Wohnort attraktiv, allerdings sorgen viele Begleitumstände und Bedingungen vor
130 Ort dafür, dass wenige Menschen den Schritt aus den urbanen Räumen gehen. Hier brauchen wir
131 Instrumente, die wirtschaftlich schwache Menschen und Familien unterstützen.

132 Wir fordern:

- 133 ▪ Finanzmittel, die den Abriss oder Rückbau von Schrottimmobilien sowie
134 Gemeindeumbaumaßnahmen in finanzschwachen Kommunen übernehmen.
- 135 ▪ Zugriffsmöglichkeiten auf Schrottimmobilien in Kommunen nach spätestens fünf Jahren.
- 136 ▪ ein Flächenmanagement, dass Grunderwerb zu sozial erschwinglichen Preisen ermöglicht.
- 137 ▪ Unterstützung zur Sanierung und Modernisierung alter Bausubstanzen, gerade in Gemeinden
138 und Dörfern.
- 139 ▪ Initiativen für Wohnungsbaugenossenschaften in ländlichen Regionen.

140 **Verwaltung und Bürger*innenbeteiligung**

141 Ein weiteres Problem liegt häufig in den Verwaltungsabläufen. Menschen müssen immer noch zu häufig
142 in Ämter und Rathäuser, um ihre Angelegenheiten zu regeln. Dabei gäbe es längst die Möglichkeiten
143 für weniger umständliche Verfahren. Vor dem Hintergrund der gescheiterten Gebietsreform in Thüringen
144 muss überlegt werden, wie man die interkommunale Zusammenarbeit ausbaut, ohne die Wege für die
145 Menschen zu weit werden zu lassen. Welche Aufgaben können in gemeinsamen Einrichtungen
146 mehrerer Kommunen zusammenlaufen und welche Möglichkeiten gibt es, als digitaler Dienstleister
147 aufzutreten. Andererseits muss es Möglichkeiten für insbesondere ältere Menschen geben, sprich
148 mobile Verwaltungseinheiten. Auch die Bürger*innenbeteiligung entspricht nicht dem demokratischen

149 Idealzustand, vielfach besitzen Ortsteilräte oder Gemeinderäte zu geringe Kompetenzen und
150 Entscheidungen, die die Bewohner*innen vor Ort betreffen, werden über ihre Köpfe getroffen.

151 Wir wollen einen Verwaltungsapparat, der effizient die Anliegen der Menschen abarbeitet. Hier müssen
152 digitale Lösungen forciert werden, um größere Strukturen zu ermöglichen. Letztlich wird es schwieriger
153 geeignetes Fachpersonal zu finden, das in Verwaltungen kleinerer Kommunen arbeitet, daher werden
154 wir über eine Wiederaufnahme einer Kommunalverwaltungsreform nicht herumkommen. Außerdem
155 wollen wir eine stärkere Bürger*innenbeteiligung, die mehr ausmacht als bloße
156 Anhörungskompetenzen.

157 Wir fordern:

- 158 ▪ einen neuen Anlauf für eine Kommunalverwaltungsreform mit dem Schwerpunkt der
159 interkommunalen Zusammenarbeit.
- 160 ▪ die Digitalisierung der Verwaltung und den entsprechenden Umbau der Strukturen.
- 161 ▪ Stipendien für Verwaltungsfachleute (insbesondere IT-Fachkräfte), die in den ländlichen Raum
162 gehen.
- 163 ▪ den Ausbau der Bürger*innenbeteiligung vor Ort, wie die Bildung von Ortsteilräten.
- 164 ▪ größere Einflussmöglichkeiten und eigene Finanztöpfe für Ortsteilräte und ähnliche untere
165 kommunale Wahlgremien.

166 **Kindertagesstätten und Schulen**

167 Das Credo „kurze Beine – kurze Wege“ steht im ländlichen Raum seit einiger Zeit zur Debatte. Die
168 Kinder-Zahlen sind zurückgegangen und der demographische Wandel sorgt dafür, dass die Auslastung
169 auch künftig nicht besser sein wird. Vielfach gibt es Überlegungen zu Schulschließungen oder der
170 Stilllegung von anderen Sozialeinrichtungen wie Kindertagesstätten. Das kann nicht der richtige Weg
171 sein, um den ländlichen Raum weiterzuentwickeln.

172 Wir wollen alle Schulen und Kindertageseinrichtungen auf dem ländlichen Raum erhalten. Diese
173 Strukturen sind häufig die Basis für Jugendarbeit in Vereinen oder überhaupt die Grundlage einer
174 lebendigen Kultur in einem kleinen Ort. Außerdem brauchen wir Anreize, um Referendar*innen und
175 junge Lehrer*innen in den ländlichen Raum zu holen.

176 Wir fordern:

- 177 ▪ die Weiterführung aller Schulen sowie Ausnahmeregelungen für Schulen, die die Mindestzahlen
178 nicht erreichen. Alternativ kann auf das Sprengel-Schulen-Modell zurückgegriffen werden.
- 179 ▪ dass es keine Schließung von Sozial- oder Bildungseinrichtungen wie
180 Kindertageseinrichtungen gibt.
- 181 ▪ Stipendien für angehende Lehrer*innen, die in den ländlichen Raum gehen.

182 **Ehrenamt**

183 Das Ehrenamt war und ist gesellschaftlich von entscheidender Bedeutung. Gerade im ländlichen Raum
184 läuft nichts ohne die Strukturen des Sportklubs, der freiwilligen Feuerwehr oder des Kirmesvereins. Die
185 Menschen, die sich um ihr Gemeindeleben engagieren und dafür viel Zeit und Energie investieren,
186 müssen unterstützt werden. Gerade in kleineren Kommunen fehlt es an finanziellen Mitteln, um diese
187 Strukturen aufrechtzuerhalten und das essentielle Dorfgemeinschaftsgefühl zu stärken.

188 An diesem Punkt muss angesetzt werden, die vielen Ehrenamtler*innen müssen Unterstützung und
189 Würdigung erfahren. Die Kommunen, Ortsteile und unteren Strukturen sollten Möglichkeiten zur
190 Stärkung von Kultur und Sport vor Ort in die Hand gegeben werden.

191 Wir fordern:

- 192 ▪ dass jedes Kommunalgremium für seine Ortschaft ein auskömmliches finanzielles Budget
193 erhält, mit dem kulturelle und ehrenamtliche Aktivitäten bezuschusst werden sollen.
- 194 ▪ dass Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden, in denen ehrenamtliches Engagement
195 Platz zur freien Entfaltung hat.
- 196 ▪ dass das Ehrenamt eine höhere gesellschaftliche Würdigung erfährt und aktive Menschen in
197 ihrer Ausübung unterstützt und nicht eingeschränkt werden.

K 3

Antragsteller: OV Erfurt Süd

1 **Thüringer Masterplan für Schulsanierungen**

- 2 Wir fordern die Thüringer SPD-Landtagsfraktion und die sich in Regierungsverantwortung befindenden
3 SPD Kabinettsmitglieder auf, sich für einen grundlegenden Thüringer Masterplan für Schulsanierungen
4 einzusetzen. Dieser sollte es insbesondere finanziell den Städten und Gemeinden ermöglichen, sich
5 der großen Herausforderung des bestehenden Sanierungsstaus von Schulgebäuden entgegen stellen
6 zu können. Neben einer auskömmlichen finanziellen Ausstattung des Masterplans sollten insbesondere
7 die Hürden für Beantragung von Fördermitteln gesenkt als auch die schnellere Bearbeitung im
8 Beantragungsverfahren beachtet werden.

Antragsbegründung:

Die Kommunen sind aufgrund ihrer bisherigen finanziellen Ausstattung bezüglich notwendiger Sanierungsmaßnahmen von Schulen häufig nicht in der Lage dieses Investitionsvolumen in einem angemessenen Zeitraum und vollumfänglich allein bewältigen zu können. Es ist daher vor dem Hintergrund, dass ohne eine ausreichende Struktur die Bildung unserer Kinder nicht optimal gewährleistet werden kann ein ureigenstes Interesse der Thüringer Sozialdemokratie diese Hürden und Hemmnisse schnellstmöglich abzubauen.

B 1

Antragsteller: AfB Thüringen

1 **Gerechte Entlohnung in unseren Kitas**

- 2 Es muss endlich Schluss sein mit Niedriglöhnen in unseren Kindertageseinrichtungen! Gute Arbeit gibt
- 3 es für uns nur mit gerechten Löhnen. Wir fordern eine tarifgebundene, an den TVÖD angelehnte,
- 4 Entlohnung für Erzieher*innen in allen Thüringer Kindertagesstätten und die Festlegung der
- 5 tarifgerechten Entlohnung als Vergabekriterium. Dieses Ziel ist von den Kommunen sowie freien
- 6 Trägern bis zum Jahre 2022 zu erreichen. Als SPD Thüringen unterstützen wir die Erzieher*innen und
- 7 Gewerkschaften bei ihrem Kampf mit unseren politischen Mitteln.

Antragsbegründung:

Die Erzieher*innen leisten in unseren Kindertageseinrichtungen eine verantwortungsvolle Arbeit, die wir nicht genug wertschätzen können. Für viele Erzieher*innen ist ihr Beruf auch Berufung und sie engagieren sich über das erforderliche Maß hinaus für die ihnen anvertrauten Kinder. Dabei ist ihre Tätigkeit herausfordernd, z.B. durch den verbesserungswürdigen Personalschlüssel oder die Lautstärken, die zwangsläufig bei Spass und Spiel, Erleben und Erforschen, Bewegung und Entdecken in einer Kita entstehen. Die Wertschätzung dafür zeigt sich auch in den Löhnen, welche die Erzieher*innen erhalten. Es ist für uns nicht länger hinnehmbar, dass für die gleiche Tätigkeit in Größenordnungen verschiedene Löhne gezahlt werden. Unsere Erfahrungen zeigen, dass Tarifverträge ein erster Schritt zu mehr Lohngerechtigkeit sind.

Vor dem Hintergrund des Fachkräftegebotes und dem tatsächlichen Fachkräftemangel sehen wir die gegenwärtige Entwicklung mit Sorge. Für Erzieher*innen ist die Vergütung wie für jede*n Arbeitnehmer*in ein wichtiges Entscheidungskriterium. Es besteht die Gefahr, dass dort, wo schlecht bezahlt wird, die Qualität der Arbeit mit unseren Kindern auf Dauer nicht gewährleistet werden kann. Daher ist hier ein Umdenken dringend erforderlich!

B 2

Antragsteller: AfB Thüringen

1 **„Gute-Kita-Gesetz“ sinnvoll umsetzen**

2 Für die Umsetzung des Bundesgesetzes hat die Bundesministerin Dr. Franziska Giffey
3 länderspezifische Vereinbarungen in Aussicht gestellt. Wir fordern, dass es in Thüringen noch in dieser
4 Legislaturperiode einen Thüringer Dialog mit allen Beteiligten, wie Eltern, Erzieher*innen,
5 Trägervertretern und Gewerkschaften gibt. In einem Werkstattprozess soll gemeinsam erörtert werden,
6 wie Möglichkeiten aus dem Gute-Kita-Gesetz zum Wohle unserer Kinder am Besten umgesetzt werden
7 sollen.

8 Ein wichtiges Handlungsfeld sehen wir in qualitativen Verbesserungen der Betreuungs- und
9 Bildungsarbeit in den Kindertageseinrichtungen. Hierzu gehören für uns als zentrale Elemente die
10 Fachkraft – Kind – Relation sowie der Personalschlüssen zum Einsatz der Fachkräfte

Antragsbegründung:

Mit dem „Gute -Kita – Gesetz“ des Bundes werden die Bundesländer bis zum Jahr 2022 durch die Bereitstellung von finanziellen Mitteln bei der Verbesserung der Kita – Qualität unterstützt. Möglich sind Maßnahmen in zehn Handlungsfeldern, beispielsweise zur Schaffung eines bedarfsgerechten Angebotes, eines guten Fachkraft – Kind – Schlüssels oder auch zur Entlastung der Eltern bei den Gebühren. Wir treffen diese wegweisende Entscheidung im Interesse unserer Kinder in den Einrichtungen nicht ohne die Beteiligten bei dieser Entscheidung mitzunehmen. Auch bei großer Wertschätzung der positiven Entwicklung in den vergangenen Jahren bleibt weiter deutlich, dass Thüringen bundesweit unter den Schlusslichtern beim Fachkraft – Kind – Schlüssel zu finden ist. Aber qualitative Verbesserungen werden nicht allein durch bessere Fachkraft-Kind-Relationen erzielt. Wieviel Zeit Erzieherinnen und Erzieher für Kinder, die Vor- und Nachbereitung von Angeboten, Elterngespräche usw. haben bestimmt sich durch den Personalschlüssel. Für nachhaltige Qualitätsverbesserungen darf dieser nicht vernachlässigt werden.

B 3

Antragsteller: AfB Thüringen

1 **Thüringer Gemeinschaftsschule stärken**

2 Im Koalitionsvertrag ist ein „weiterer flächendeckender Ausbau“ der Thüringer Gemeinschaftsschule
3 festgelegt. Als Ziel sollten bis 2019 insgesamt 100 Gemeinschaftsschulen in Thüringen eingerichtet
4 werden. Von diesem Ziel sind wir weit entfernt und fordern einen konsequenten Ausbau der Thüringer
5 Gemeinschaftsschule. Wir fordern eine gründliche Evaluierung, denn die Entwicklung der TGS
6 hemmende Faktoren, wie beispielsweise die Personalausstattung über die Startphase hinaus oder die
7 bisher nicht erfolgte Verankerung in der Lehrer*innenausbildung sowie zu lange Zulassungsverfahren
8 müssen endlich beseitigt oder neu geregelt werden. Das muss noch in dieser Legislatur ermöglicht
9 werden.

10 Jedoch stehen wir auch für „Qualität vor Quantität“ und fordern eine kontinuierliche externe Begleitung
11 der Schulen bei der Konzeptentwicklung.

Antragsbegründung:

Das TMBJS hat 2015 öffentlich eine Zielmarke von 100 TGS bis 2019 verkündet. Mit Schuljahresbeginn 2018/19 gibt es 68 Gemeinschaftsschulen in Thüringen. 46 davon sind unter Christoph Matschie als Kultusminister auf den Weg gebracht worden. Das LINKE-geführte Bildungsministerium hat seit Beginn der Legislaturperiode gerade einmal 22 TGS realisiert.

Die Thüringer Gemeinschaftsschule ist ein Herzstück unserer sozialdemokratischen Bildungspolitik. Nach wie vor sehen wir im längeren gemeinsamen Lernen sowie durch individuelle Förderung bessere Chancen für das Erreichen eines höchstmöglichen Schulabschlusses.

B 4

Antragsteller: Jusos Thüringen

12 **Reiche Eltern für alle oder endlich echte Lernmittelfreiheit** 13 **in Thüringen**

14 Eine der grundlegenden Forderungen der SPD ist gebührenfreie Bildung. Bildung darf nicht vom
15 Geldbeutel der Eltern abhängen, sondern muss allen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft
16 offenstehen. Zu einer gebührenfreien Bildung gehört nicht nur der gebührenfreie Zugang zu
17 Bildungseinrichtungen, sondern aber auch der kostenlose Zugang zu Lernmitteln. Deshalb fordern wir
18 echte Lernmittelfreiheit in allen Thüringer Schulen!

19 Dafür sind folgende Maßnahmen umzusetzen:

- 20 ▪ Änderung des §44 ThürSchulG zu „An den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen
21 besteht Lernmittelfreiheit.“
- 22 ▪ Anpassung der Durchführungsbestimmungen zur Lernmittelbeschaffung durch deutliche
23 Anhebung der Pro-Kopf-Beiträge im Schuletat sowie eine entsprechende Berücksichtigung
24 dieser Mehrausgaben im Landeshaushalt.
- 25 ▪ Gleiches gilt für die Einführung eines personengebundenen Etats zur Anfertigung von Kopien
26 zur Verwendung im Unterricht.
- 27 ▪ Festlegung einer Preisobergrenze für alle Unterrichtsmaterialien.

Antragsbegründung:

Die bestehenden Benachteiligungen und Hürden im Bildungssystem gilt es weiterhin konsequent abzubauen. Wir fordern Chancengleichheit! Das bedeutet für uns nicht bloß die Möglichkeit der Teilnahme, sondern wahrhaftig gleiche Chancen der Entfaltung. Dazu gehört für uns die Forderung nach Gebührenfreiheit in den Schulen!

Wenn wir uns gegen Bildungsgebühren einsetzen, bedeutet das für uns zum Beispiel eine kostenlose Kita, die Abschaffung von Studiengebühren und kostenlose Weiterbildung. Für diese Forderungen gilt es weiterhin einzutreten. Aber auch dort, wo wir vermeintlich schon einen kostenlosen Bildungszugang erreicht haben, heißt das keinesfalls, dass die Bildungsteilhabe dort gebührenfrei ist. Eine wirkliche Teilhabe erfordert nämlich auch, dass die Lernenden Lernmittel wie etwa Bücher oder Taschenrechner zur Verfügung haben. Und diese Lernmittel werden in vielen Bereichen eben nicht durch die Schule gestellt, sondern müssen von den Lernenden selbst gekauft werden. Diese Frage entscheidet nicht unerheblich darüber, welche Schulform das Kind besucht. Lieber Mittlere Reife nach zehn Jahren oder noch zwei Jahre länger jeden Cent dreimal umdrehen, damit das Abitur doch finanziert werden kann? Bildung darf keine Frage des Geldbeutels sein, deshalb müssen wir dies auch bei den Lernmittel konsequent umsetzen!

B 5

Antragsteller: AfB Thüringen

1 **Lehrer*innen in die Schulen!**

- 2 Um im Wettbewerb um künftige Lehrer*innen zu bestehen, müssen neben den seit kurzem möglichen
- 3 unterjährigen Einstellungen auch die Einstellungsmodalitäten des Ministeriums für Lehrer*innen
- 4 weiterhin überarbeitet und Abläufe verbessert werden. Zusätzlich sollte geprüft werden, ob und wie weit
- 5 Abordnungen von Lehrer*innen in nachgeordnete, nicht-schulische Einrichtungen des
- 6 Bildungsministeriums erforderlich sind. Dazu ist ein Stellenplan für dringend erforderliche Aufgaben und
- 7 die nachgeordneten Einrichtungen des TMBJS zu schaffen.

Antragsbegründung:

Schnelle und transparente sowie fortlaufende Einstellungsverfahren sind ein wichtiges Element zur Gewinnung von Lehrer*innen. Sie geben nicht nur Lehrer*innen frühzeitig Perspektiven, sondern helfen den Schulen bei der kurz- und mittelfristigen Unterrichtsplanung. Häufig liegen die Hemmnisse für zeitnahe Einstellungen auch im fehlenden Personal in den Schulämtern.

Gerade in den Geschäftsbereichen des Thillm und der staatlichen Schulämter, aber auch im Bildungsministerium selbst, sollte kritisch evaluiert werden, inwieweit hier anfallende Aufgaben durch Personen mit ähnlichen erziehungswissenschaftlichen Qualifikationen erledigt werden können, damit Lehrer*innen vorrangig den Schulen zur Verfügung stehen.

In Thüringen fehlt ein Stellenplan für dringend benötigte Pflichtaufgaben wie Ausbildung von Lehramtsanwärter*innen durch Fachleiter, Koordinator*innen an den Schulämtern ohne die es keine Wettbewerbe, Schwimmunterricht, Gemeinsamen Unterricht, Sonderpädagogische Begutachtung u.a. mehr geben würde.

B 6

Antragsteller: AfB Thüringen

1 **Einstellung von zusätzlichen Lehrer*innen sowie Initiierung** 2 **eines Dialogprozesses zur Verbesserung der** 3 **Arbeitssituation an Thüringer Schulen”**

4 Wir fordern über die regelmäßige Einstellung hinaus unbefristet zusätzliche Lehrer*innen an unseren
5 Schulen z.B. für Langzeiterkrankte oder Lehrer*innen in Elternzeit. Dies ist ein dringend notwendiger
6 Schritt zur Verbesserung der Arbeitssituation der Lehrer*innen an unseren Schulen. Daneben ist für die
7 Gewährleistung des Bildungsauftrages und damit die Durchführung des Unterrichts an den Thüringer
8 Schulen ein Dialogprozess zu initiieren mit dem Ziel, Möglichkeiten und Maßnahmen zur Verbesserung
9 der Arbeitssituation der Lehrkräfte zu identifizieren und nachfolgend umzusetzen.

Begründung:

Thüringen gehört statistisch zu den Bundesländern mit den besten Lehrer-Schüler-Relationen. Die Realität an Thüringer Schulen ist aber geprägt durch Ausfall, planmäßige Kürzungen der Stundentafel, vereinzelt fehlender Unterricht in bestimmten MINT-Fächern, Kürzungen von Personalzuweisungen an Schulen für Differenzierung, pädagogische und sonderpädagogische Förderung usw. Ein wichtiger Grund hierfür sind u.a. mehr als 900 langzeiterkrankte Lehrer*innen, die nicht an den Schulen eingesetzt werden können. Auch ist es heute kaum noch möglich, befristete Vertretungsstellen, z.B. auch für Lehrer*innen in Elternzeit, zu besetzen. Wenn man alle Effekte, die Unterrichtsleistung von Lehrer*innen aus den Schulen abziehen (wie etwa Abordnungen), mit berücksichtigt, bedeutet dies einen Bedarf von zusätzlich ca. 1.500 Lehrer*innen. Hier müssen wir im Interesse der Schülerinnen und Schüler aber auch der „verbliebenen“ Lehrer*innen handeln.

Wie in vielen anderen Berufen auch, hat sich die Arbeit der Lehrer*innen in den vergangenen Jahren zunehmend verdichtet. Nicht nur die Verdichtung, auch andere Anforderungen, wie z.B. die Taktung durch den Stundenplan, vielfältige Dokumentationen, verwaltende Aufgaben usw. neben der eigentlichen Unterrichtstätigkeit wirken sich langfristig negativ auf den Gesundheitszustand der Lehrkräfte aus. Erschwerend kommt hier beispielsweise hinzu, dass Lehrkräfte im Gegensatz zu anderen Arbeitnehmer*innen keinen festen Arbeitsbeginn- und -ende haben. Ihre Tätigkeit ist stark fragmentiert und findet zu unterschiedlichen Zeitpunkten - auch abends und an Wochenenden statt. Im Interesse der Gesunderhaltung unserer Lehrkräfte müssen auch die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte auf den Prüfstand.

Begonnen wurde dieser Prozess im Dialog „Zukunft Schule“ im vergangenen Jahr. Wir müssen nun aber wahrnehmen, dass die anfängliche Hoffnung der Lehrer*innen auf Beteiligung stark schwindet, da keine wesentlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitssituation an den Schulen auf den Weg gebracht wurde. Dazu gehört nach wie vor eine ausreichende Personaldecke sowie im Bereich der Schulleitungen notwendige Entlastungen durch Schulmanager.

B 7

Antragsteller: AfA Thüringen

1 **Berufsausbildung stärken**

- 2 Für gleiche Bildungschancen stehen heißt, dass wieder eine Gleichwertigkeit von akademischer und
3 beruflicher Ausbildung hergestellt wird. Die Arbeitswelt in den nächsten Jahren wird sich auf eine
4 prozessorientierte Arbeitsorganisation, flache Hierarchien in den Unternehmen und hin zu mehr
5 Gestaltungskompetenz der Mitarbeiter entwickeln. Engagement und Verantwortungsbewusstsein und
6 ein höheres Qualitätsbewusstsein ist für die zukünftigen Facharbeiter, Angestellten, Meister und
7 Techniker wichtig. Die Struktur des Beschäftigungssystems der Zukunft, braucht zu 2/3 kompetente
8 Facharbeiter und Angestellte. Der Anteil der benötigten Master- und Bachelorabschlüsse wird sich im
9 Jahr 2025 nur auf 20% der verfügbaren Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland entwickeln. Um
10 dieser Entwicklung gerecht zu werden, brauchen wir ein neues und einheitliches Berufsbildungsgesetz.
- 11 Die Schulgeld-, Lernmittel- und Studiengebührenfreiheit bis zum Abschluss der Ausbildung für alle
12 gesetzlich geregelten Ausbildungsgänge muss im BBiG verankert sein.
- 13 Das reformierte und ausgebaut BBiG muss auch die Rechte von Aus- und Weiterbildungsangeboten
14 für alle Beschäftigten sichern.
- 15 Der Geltungsbereich des BBiG muss auf alle Ausbildungsberufe erweitert werden (z. B. die
16 Gesundheits- und Pflegeberufe, Erzieher-Innenberufe)
- 17 Fahrkostenübernahme und Übernahme von Übernachtungskosten für Auszubildende und alle anderen
18 im Zusammenhang mit der Ausbildung entstehenden Kosten müssen vom Ausbildungsbetrieb bzw. vom
19 Ausbildungsträger getragen werden
- 20 Weiterbeschäftigung nach der Ausbildung, Planbarkeit und eine sichere Perspektive sind gerade für
21 junge Menschen besonders wichtig – dazu gehören gesetzlich festgelegt Ankündigungsfristen von
22 mindestens 3 Monaten bei einer nicht Weiterbeschäftigung.
- 23 Wir setzen uns für eine gesetzlich festgelegte Mindestausbildungsvergütung ein, die sich am Bafög-
24 Höchstsatz orientiert.
- 25 Die Qualität des dualen Ausbildungssystems muss kontrolliert und stetig verbessert werden. Es ist nicht
26 akzeptabel, dass junge Menschen in der Ausbildung als billige Arbeitskräfte ausgebeutet werden.
- 27 Der Ausweitung der modularen Weiter- und Fortbildung, die unternehmensunabhängig genutzt werden
28 kann.
- 29 Bundeseinheitliche Regelungen der beruflichen Weiterbildung mit entsprechenden Freistellungs- und
30 Rechtsansprüchen und Finanzierungsmechanismen die es ermöglichen das alle Beschäftigte diese
31 Angebote wahrnehmen können.
- 32 Angehende Meister und andere Fachkräfte müssen spürbar mehr staatliche Fortbildungsförderung
33 bekommen dazu gehören die Erhöhung des Meister-Bafög und der Zuschüsse zum Unterhalt.

B 8

Antragsteller: Jusos Thüringen

- 1 **Stiftungshochschulen sind keine Alternativen!**
- 2 Die SPD Thüringen spricht sich gegen die Einrichtung von Stiftungshochschulen in jeglicher Form aus.

Antragsbegründung:

Leider gibt es an unseren Hochschulen noch immer prekäre Beschäftigungsverhältnisse, marode Gebäude und eine unzureichende Ausstattung. Wir sehen uns deshalb in der Verantwortung, mit Engagement und Weitsicht nach Lösungen zu suchen, welche die Qualität von Forschung und Lehre verbessern, gute Arbeit fördern und die Mitbestimmungsrechte aller Statusgruppen innerhalb der Hochschulen ausbauen.

Finanzierung der Hochschulen

Die Umwandlung öffentlicher Hochschulen in Stiftungshochschulen ist ein Modell, welches oft in Debatten der Hochschulfinanzierung auftaucht. Die Hochschule kann als Stiftungsuniversität theoretisch unbegrenzt Eigenkapital generieren und sowohl Spenden als auch Zinserträge zur Mitfinanzierung der Hochschule benutzen. Sie bleibt dabei allerdings immer noch eine Anstalt öffentlichen Rechts. Auch wenn das Konzept der Stiftungsuniversität auf den ersten Blick attraktiv erscheinen mag, so ändert es nichts an den elementaren Finanzierungsproblemen der Hochschulen. Die Generierung von Eigenkapital ist zum einen nur eine kurzfristige Finanzierungsmaßnahme, zum anderen stellen die Gelder keine regelmäßige und konstante Einnahmequelle dar. Um das Qualitätsniveau der Thüringer Hochschulen jedoch weiterhin halten zu können und es im besten Fall auszubauen, bedarf es allerdings einer langfristigen und kontinuierlichen Finanzierung. Nur so können die Hochschulen langfristige und belastbare Finanzplanungen entwerfen, um beispielsweise mehr unbefristete Beschäftigungsverhältnisse zu ermöglichen und den Ansprüchen an faire Arbeitsbedingungen und eine hohe Forschungs- und Lehrqualität gerecht zu werden.

Abgesehen von der generellen Verfehlung des derzeitigen Hochschul-Finanzierungskonzepts mangelt es in einer eher wirtschafts- und finanzschwachen Region wie Thüringen (im Vergleich zu einigen alten Bundesländern, in denen es bereits viele Stiftungshochschulen gibt) an strukturellen Grundlagen, um eine privat organisierte Förderung neben der staatlichen Finanzierung aufzubauen.

2019 wird der Solidarpakt II aufgekündigt und auch der Hochschulpakt 2020 wird 2023 auslaufen. Die Angst vor existenzbedrohenden, finanziellen Einbußen ab den 2020ern steigt deshalb bereits schon jetzt in den Präsidien der Thüringer Hochschulen merklich an. Das Modell der Stiftungsuniversität kann den Verlust der langfristigen Förderungsmittel nicht kompensieren. Nur durch einen unbefristeten Hochschulfinanzierungsvertrag zwischen Bund und Ländern kann die Zukunft und die Qualität der Hochschulen gesichert werden.

Probleme der Demokratisierung von Hochschulen im Zuge der Einrichtung von Stiftungshochschulen

Der Gesetzesentwurf des neuen Thüringer Hochschulgesetzes (ThürHG) sieht bereits einige Verbesserungen im Sinne der Mitbestimmung der verschiedenen Statusgruppen an der Hochschule vor. Nicht nur Studierende, sondern auch wissenschaftliche und technische Angestellte erlangen über die paritätische Besetzung der Gremien und die Stärkung der Befugnisse des Senats die Chance, sich stärker an den politischen Willensbildungsprozessen an der Hochschule zu beteiligen. Die Einrichtung einer Stiftungshochschule würde dieser Stärkung der demokratischen Strukturen entgegenwirken.

Die Entscheidungsstrukturen in einer Stiftungshochschule sind nämlich auf den Stiftungsrat ausgerichtet. Damit bekommen einige wenige, demokratisch aber nicht legitimierte Personen eine sehr hohe Verfügungsgewalt über die Geschicke der Hochschule. Der Senat würde einige seiner Kompetenzen verlieren und die Beteiligung einiger Statusgruppen würde geradezu überflüssig. Insbesondere die Studierenden, sowie der wissenschaftliche und technische Mittelbau würden an Wissen und Einfluss bei wichtigen Entscheidungen verlieren. Auch ergeben sich Zweifel bezüglich der Transparenz der zukünftigen Entscheidungsprozesse, da die Gewaltenteilung der verschiedenen Hochschulgremien auf den Stiftungsrat abnehmen würde. Die Zusammensetzung des Stiftungsrates der Hochschule in Göttingen zeigt, wie gefährdet das aktuelle und geplante Maß an Mitbestimmung ist.

Im Rahmen der Diskussionen um die Novelle des ThürHG, als auch bei den Diskussionen um die Stiftungsuniversitäten, konnten wir wiederholt eine Ablehnung Präsidiums der Friedrich-Schiller-Universität (FSU) Jena gegenüber der Einführung der paritätischen Besetzung des Senats feststellen. Dieses konkrete Beispiel der Debatte in Jena zeigt massiven Unwillen von Seiten der Hochschulleitung, sich demokratischeren Hochschulen zu öffnen und die Privilegien der Professor*innen in die verstaubte Mottenkiste des 20. Jahrhunderts zu verbannen. Die Einrichtung der Stiftungsuni ist ein Manöver des Präsidiums der Friedrich-Schiller-Universität Jena, um seinen Willen entgegen jeglichem Widerspruch durchzusetzen.

Hochschulautonomie, Verwaltung und Arbeitnehmer*innenrechte im Kontext von Stiftungsuniversitäten

Im Kontext der Freiheit von Lehre und Forschung kämpft die SPD Thüringen für eine möglichst unabhängige, aber dennoch offene und vernetzte Hochschullandschaft. Wir bewerten das Argument der Hochschulen nach mehr Autonomie im Diskurs um die Stiftungshochschulen als überaus kritisch, da sich auch die Frage stellt, zu wessen Gunsten sich die Hochschulen vom Land loslösen wollen. Im Falle der Hochschulleitung der FSU ist das erklärte Ziel ein Autonomiegewinn zu Gunsten des Präsidiums und des Stiftungsrats. Dies lehnen wir konsequent ab! Anstatt mit dem Gesetz- und Geldgeber eine ordentliche Kommunikation zu pflegen und neue Ideen zu diskutieren, lässt man nichts unversucht, um sich von der Aufsicht der Landesregierungen zu lösen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist auch die im Zuge der Umwandlung von Hochschulen in Stiftungshochschulen zu erwartende Übertragung der Bau- und Dienstherreneigenschaften auf die Hochschulen. Die Übertragung der Bauherreneigenschaften könnte für die Hochschulen und die betroffenen Städte tatsächlich positive Aspekte mit sich bringen. Allerdings würde dies die Hochschulen auch mit einem deutlich höheren personellen und administrativen Aufwand und damit unkalkulierbaren zusätzlichen Kosten konfrontieren.

Eine Stiftungshochschule kann aus dem Anspruch heraus, weitestgehend autonom zu planen, zu bauen, etc., Vertreter*innen der einzelnen (Status-) Gruppen der Hochschule von ihren Bauvorhaben ausschließen und somit die demokratisch legitimierten Akteur*innen umgehen. Zudem ist die eigenverantwortliche Gebäudeverwaltung und das zumindest teilweise Übergeben der Liegenschaften auch ein Risiko, da die Stiftungshochschule somit auch für die Instandhaltung der oft auch baufälligen Gebäude zuständig wäre. Die Dienstherreneigenschaften auf die Hochschulen zu übertragen bedeutet darüber hinaus einen Einflussverlust für die zuständigen Ministerien und die Landesregierungen.

Durch die Einführung der Stiftungsuniversitäten erschweren sich auch die Bedingungen für die Arbeitnehmer*innenrechte an Hochschulen. So wird ein Veto-Recht gegenüber umstrittenen Berufungen, sowie die mögliche Einführung eines „Rahmenkodex für gute Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen“ (dessen Entwicklung gerade von der GEW gefordert wird) an einer Stiftungsuniversität nicht mehr möglich sein, da sich die Hochschulen sonst in ihrer erweiterten Autonomie empfindlich gestört sehen könnten. Denn auch falls es möglich sein wird, zusätzliche Geldmittel für die Universität einzuwerben, bleibt doch höchst fraglich, ob diese auch für die Verbesserung der Beschäftigungsverhältnisse an der Hochschule genutzt werden. Bis heute zeigt beispielsweise die FSU kein Interesse daran, prekäre Arbeit in Eigeninitiative abzubauen, was sich besonders in der hohen Anzahl an Klagen gegen die FSU äußert. Es kann deshalb davon ausgegangen werden, dass die Hochschulen dem verstärkten Aufkommen von prekärer Beschäftigung Tür und Tor öffnen. Grund dafür ist die veränderte Rechtsform der Hochschule, da sie als Stiftung des öffentlichen Rechts, nicht mehr zwangsläufig an den Tarifvertrag der Länder (TV-L) gebunden ist.

Schlussfolgerung

Das Modell der Stiftungsuniversitäten kann nicht zur erhofften effizienten und langfristigen Finanzierung der Hochschulen beitragen. Sie trägt nicht zum Ausbau von Demokratie und Transparenz an den Hochschulen bei, sondern wirkt diesem sogar entgegen. Sie schmälert die Kontrolle der Länder und begünstigt prekäre Arbeitsverhältnisse.

Eine Hochschulpolitik, die versucht Demokratie und Arbeitnehmer*innenrechte abzubauen wird von uns nicht mitgetragen! Wir sprechen uns daher gegen die Einführung von Stiftungsuniversitäten in Thüringen und gegen jede Form von Privatisierungstendenzen an Hochschulen aus!

Es braucht einen langfristigen Finanzierungsvertrag zwischen Bund und Ländern sowie die Demokratisierung von Hochschulen durch einen paritätisch besetzten Senat. Nur so können wir der Idee von demokratischen, transparenten und offenen Hochschule gerecht werden.

Wir wollen uns für Regelungen einsetzen, welche die Einrichtung von Stiftungshochschulen reguliert und entgegenwirken. Die Möglichkeiten, sich den gewollten politischen Anpassungen des ThürHG zu

entziehen müssen beschränkt werden! Das bedeutet vor allem, dass weder die Demokratisierung der Hochschulen noch gute unbefristete Arbeitsverhältnisse unterlaufen werden dürfen!

S 1

Antragsteller: OV Gera Ost

1 **Zeit- und Leiharbeit einschränken**

2 Die SPD-Landtagsfraktion stimmt sich mit ihren Koalitionspartnern ab, um über den Bundesrat die
3 Anwendung von Zeitarbeit und Leiharbeit wieder zur Ausnahme bei der Beschäftigung werden zu
4 lassen. Dazu müssen Beschäftigte in diesen Branchen für die besondere Flexibilität mindestens 10%
5 mehr Lohn bzw. Gehalt erhalten als die Stammarbeitnehmerschaft. In der Regel nach sechs Monaten
6 Einsatz in einem Betrieb, ist die Arbeitnehmerin / der Arbeitnehmer vom eingesetzten Betrieb als
7 unbefristet einzustellen, mit allen Rechten und Pflichten. Die Höchsteinsatzzeit in einem Betrieb darf
8 nur im Ausnahmefall um weitere sechs Monate verlängert werden.

Antragsbegründung:

Durch Leiharbeit sollten kurzfristige Auftragsspitzen oder Arbeitnehmerausfälle kompensiert werden. In den letzten Jahren wurde die Arbeitnehmerüberlassung auch missbräuchlich angewandt. Arbeitgeber zeigten in der Vergangenheit Kreativität bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen, leider nicht immer zum Nutzen für die Arbeitnehmer/innen. Die SPD hat mit mehreren Gesetzgebungsverfahren die Situation der Arbeitnehmer/innen bereits verbessert. Bei Umsetzung des vorliegenden Antrags wird Leiharbeit finanziell unattraktiv und daher auf das eigentlich notwendige Maß begrenzt. Die geforderten Mittel sind geeignet, den Missbrauch in der Branche zu beenden.

G 1

Antragsteller: ASG Thüringen

1 **Buchbare Kurzzeitpflegeplätze zur Entlastung pflegender** 2 **Angehöriger**

3 Der SPD-Landesparteitag fordert, dass vollstationäre Pflegeheime gesetzlich dazu verpflichtet werden,
4 buchbare Kurzzeitpflegeplätze in gewisser Anzahl vorzuhalten.

5 Konkret wird gefordert, dass 2,5 Prozent der Betten in jedem Pflegeheim ausschließlich als
6 Kurzzeitpflegeplätze belegt werden dürfen, die von pflegenden Angehörigen gebucht werden können,
7 auch weit im Voraus. Bei der Ermittlung der Bettenanzahl für die Kurzzeitpflege wird kaufmännisch
8 gerundet: Bei einem Heim mit 99 Betten wären das zwei Betten für die Kurzzeitpflege, bei einem Heim
9 mit 100 Betten wäre es drei Betten für die Kurzzeitpflege. Die gesetzliche Regelung sollte nach drei
10 Jahren evaluiert und die Quote gegebenenfalls angepasst werden.

Antragsbegründung:

Die meisten pflegebedürftigen Menschen wollen zu Hause gepflegt werden. Ferner ist die häusliche Pflege – ob durch pflegende Angehörige oder einen ambulanten Pflegedienst, oder eine Kombination der beiden – volkswirtschaftlich am sinnvollsten. Gleichzeitig verlangt die häusliche Pflege sehr viel von den pflegenden Angehörigen ab, besonders wenn diese selber alt sind, oder berufstätig sind, oder Kinder erziehen. Daher hat der Gesetzgeber im Rahmen der Pflegeversicherung eine Reihe von Entlastungsleistungen vorgesehen. In diesem Antrag geht es um die Entlastungsleistung der Kurzzeitpflege.

Wer berufstätig ist, arbeitet vierzig Stunden die Woche und hat mindestens 24 Tage Urlaubsanspruch im Jahr. Wer einen pflegebedürftigen Angehörigen pflegt, hat auch in der Nacht Rufbereitschaft und eigentlich nie Urlaub. Die Entlastungsleistung Kurzzeitpflege ist dafür da, dass solche Menschen – in aller Regel sind es Frauen – doch gelegentlich einen Urlaub nehmen können.

Aber ein richtiger Urlaub will geplant werden. Wenn man aber in März bei den Pflegeheimen anruft, ob ein Kurzzeitpflegeplatz für September verfügbar sei, dann wird man abgewiesen: Denn die Zusage, zu einem künftigen Termin einen Kurzzeitpflegeplatz bereit zu halten, bedeutet automatisch etwas Leerstand für das Pflegeheim, obwohl jedes leere Bett einen finanziellen Verlust darstellt. Pflegeheime wollen daher – wenn überhaupt – Kurzzeitpflege nur sofort anbieten, sofern ein Bett gerade frei ist: das heißt, sie wollen nur eingestreute Kurzzeitpflegeplätze anbieten. Für die Heime ist die eingestreute Kurzzeitpflege sogar ein attraktives Instrument zur Akquise der rentableren Dauerbewohner, denn die spontane Kurzzeitpflege aus akutem Anlass entwickelt sich häufig zu einem langfristigen Aufenthalt. Daher ist zur echten Entlastung der pflegenden Angehörigen so wichtig, dass die Kurzzeitpflege im Voraus zu buchen sein muss.

Antragsteller: ASG Thüringen

1 **Tarifbindung von Pflegeeinrichtungen**

2 Unbefristete und tarifliche gebundene Arbeitsplätze müssen bei Pflegeeinrichtungen zur Regel werden.
3 Lohndumping muss entschieden gemeinsam entgegengesetzt werden.

4 Die Thüringer SPD Landtagsfraktion wie auch die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung
5 werden aufgefordert, sich intensiv für eine thüringenweite Schaffung von geeigneten
6 Rahmenbedingungen zur Förderung der Tariftreue im Pflegebereich einzusetzen. Der Vorrang für
7 private und frei gemeinnützigen Einrichtungen gemäß Paragraph 11 Abs. 2 des XI. Sozialgesetzbuches,
8 die ohne Tarifvertrag sind, ist auszuschließen. Einrichtungen mit gültigem Tarifvertrag muss Vorrang
9 gewährt werden.

10 Außerdem ist zur Verbesserung und Sicherstellung der pflegerischen Versorgung es von öffentlichem
11 Interesse, das Instrument der Allgemeinverbindlichkeitserklärung (AVE) von Pflege-Tarifverträgen zu
12 verbessern. Hierzu muss die Landesregierung sich für eine Reform des Paragraphen 5
13 Tarifvertragsgesetz einsetzen. Um die Durchsetzung der AVE zu erleichtern, sollten gemeinsam von
14 den zuständigen Tarifparteien der betroffenen Branche in den Tarifausschuss eingebrachte Anträge
15 dort nur mit Mehrheit abgelehnt werden können.

Antragsbegründung:

Die Sicherstellung einer flächendeckenden pflegerischen Versorgung gehört zur Daseinsvorsorge. In den nächsten Jahren wird die Zahl der Pflegebedürftigen in Thüringen stark ansteigen. Es werden daher dringend tariflich abgesicherte Arbeits- und Einkommensbedingungen gebraucht, um die Tätigkeit im Pflegeberuf attraktiver werden zu lassen. Diese Aufgabe können die Tarifpartner nur dann leisten, wenn die notwendigen Rahmenbedingungen vorhanden sind. Bereits in der Vergangenheit hat sich die SPD erfolgreich für einen Pflegemindestlohn eingesetzt und die Finanzierung von Gehältern bis zur Höhe der tarifvertraglichen Vergütungen generell ermöglicht. Bislang bestehen aber in der Altenpflege noch immer mehr als 20 % Unterschied in der Bezahlung zwischen tarifgebundenen Einrichtungen und solchen ohne Tarifvertrag. Die genannten Instrumente stellen eine weitere Grundlage dar, um die Tarifbindung zu verbessern.

G 3

Antragsteller: ASG Thüringen

1 **Vollkasko Pflege-Bürgerversicherung**

2 Alle Menschen in Thüringen brauchen einen gleichen Zugang zu Pflegedienstleistungen, in hoher
3 Qualität. Aus Sicht der Thüringer SPD ist es daher notwendig, eine solidarische Finanzierung im Bereich
4 der Pflege in Form einer (Vollkasko) Pflege-Bürgerversicherung einzuführen.

5 Durch eine Pflege-Bürgerversicherung wird die Grundlage geschaffen, Pflegeleistungen nachhaltig zu
6 finanzieren und ein Vollkaskosystem im Sinne einer guten Pflegeversorgung unserer Bevölkerung zu
7 schaffen.

8 Deshalb fordern wir die Einführung einer Pflege-Bürgerversicherung auf Bundesebene. Die Thüringer
9 SPD Landtagsfraktion als auch die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung werden
10 deshalb aufgefordert, sich intensiv für eine Bundesratsinitiative zur Einführung der Bürgerversicherung
11 im Pflegeversicherungsbereich einzusetzen.

Antragsbegründung:

Die identischen Leistungen der privaten und der gesetzlichen Pflegeversicherung legen ein vereinheitlichtes System nahe. Damit die Verbesserung bei den Pflegebedürftigen und Pflegenden ankommen, müssen die Finanzierungsgrundlagen ausreichen, um die erforderlichen Fachkräfte zu beschäftigen und die steigende Zuzahlung der Versicherten wieder zu reduzieren. Es ist erforderlich, dass die Leistung im Rahmen des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs einem Pflegebedürftigen unabhängig vom jeweiligen Einkommen zur Verfügung stehen kann. Pflegebedürftige und deren Angehörige müssen in der Lage sein, die neuen Betreuungsleistungen vollumfänglich in Anspruch nehmen zu können. Dies gilt vor allem auch für die Versorgung zu Hause.

Deshalb setzt sich die SPD Thüringen für eine dringend notwendige Weiterentwicklung der Pflegekostenversicherung zu einer solidarischen Pflegevollversicherung ein. Durch eine Pflegevollversicherung wird wie im System der Krankenversicherung gewährleistet, daß alle im Pflegeversicherungsgesetz aufgeführten Leistungen unabhängig vom Einkommen jedem Pflegebedürftigen zur Verfügung stehen (Sachleistungsprinzip).

In Kombination mit der Bürgerversicherung können die dafür erforderlichen Einnahmen gesichert werden. Geldleistungen müssen jährlich dynamisiert werden.

G 4

Antragsteller: OV Gera Ost

1 **Arzneimittelpreise stärker regulieren und Versandhandel** 2 **erlauben**

3 Der SPD-Landesverband wirbt bei der SPD-Bundestagsfraktion für eine stärkere staatliche
4 Regulierung, Kontrolle und Deckelung der Arzneimittelpreise. Ebenso möge sich die SPD-
5 Bundestagsfraktion gegen ein Verbot des Versandhandels mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln
6 aussprechen.

Antragsbegründung:

Wir wollen ein Gesundheitswesen, in dem alle Menschen Zugang zu allen Leistungen haben, die medizinisch geboten sind. Eine Voraussetzung dafür ist, dass alle Patientinnen und Patienten zu fairen Preisen mit Arzneimitteln versorgt werden können. Gerade in der Gesetzlichen Krankenversicherung führende die stark steigenden Ausgaben für Medikamente zu einer höheren Beitragsbelastung für die Versicherten. Laut dem von der Barmer GEK in Auftrag gegebenen „Arzneimittelreport 2017“ sind zum Beispiel die Ausgaben für „neuartige“ Krebsmedikamente besonders stark gestiegen. Aktuell dürfen Pharmafirmen im ersten Verkaufsjahr einer neuen Arznei praktisch Mondpreise verlangen, weil erst danach die mit den Krankenkassen ausgehandelten Preise gelten. Das darf nicht so bleiben. Möglich wäre stattdessen eine Regelung, bei der die Kassen im Nachhinein auch rückwirkend nur einen fair ausgehandelten Preis erstatten müssen.

Der Versandhandel mit verschreibungspflichtigen Medikamenten ist nach EU-Recht grundsätzlich möglich. Wir sehen darin eine wichtige Ergänzung zur Apothekenlandschaft in Deutschland, um gerade für wenig mobile oder im ländlichen Raum lebende Menschen eine günstige Versorgung sicherzustellen.

RJ 1

Antragsteller: OV Gera Ost

1 **Verbandsklagerecht für Gewerkschaften**

- 2 Die Thüringer SPD setzt sich für ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften zur Einhaltung von
- 3 Mindestarbeitsbedingungen ein. Die Landtagsfraktion der SPD stimmt sich mit ihren Koalitionspartnern
- 4 über entsprechende Bundesratsinitiativen ab.

Antragsbegründung:

Wir wollen die Durchsetzung der Arbeitnehmerrechte stärken. Deshalb wollen wir ein Verbandsklagerecht der Gewerkschaften für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einführen, das natürlich auch mit einem umfassenden Auskunftsrecht der Gewerkschaften verbunden sein muss. Wir wissen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einem Beschäftigungsverhältnis nur selten ihre Rechte einklagen und nur selten wagen, sich gegen ihre Arbeitgeber durchzusetzen. Dafür sollten die Arbeitnehmervertretungen, also die Gewerkschaften, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Durchsetzung unterstützen können.

RJ 2

Antragsteller: ASF Thüringen

1 Reißverschluss bei Wahlen

2 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für folgende Reform des Landeswahlgesetzes
3 einzusetzen:

4 1. Zulässigkeit einer Wahlliste ist nur unter der Voraussetzung gegeben, dass diese
5 geschlechterparitätisch zusammengesetzt ist.

6 2. Alternierende Aufstellung von Frauen und Männern – der so genannte „Reißverschluss“ –
7 auf der gesamten Wahlliste.

8 3. In Ausnahmefällen können auch die den Frauen vorbehaltenen Listenplätze mit Männern
9 besetzt werden, falls sich nicht genügend Kandidatinnen zur Wahl stellen. Die den Männern
10 vorbehaltenen Listenplätze können in Ausnahmefällen mit Frauen besetzt werden, falls sich
11 nicht genügend Kandidaten zur Wahl stellen. Das Geschlecht, das unter den Mitgliedern
12 einer Partei in der Minderheit ist, muss mindestens entsprechend seinem zahlenmäßigen
13 Verhältnis auf der Liste vertreten sein.

Begründung:

Der Thüringer Landtag ist keineswegs geschlechterparitätisch zusammengesetzt. Auch wenn die SPD eine paritätische Zusammensetzung bei ihren letzten Listenwahlen vorgenommen hat, entlässt uns das nicht aus der Pflicht, die Förderung einer geschlechterparitätischen Zusammensetzung aller Parlamente voranzutreiben.

Vor allem das Erstarken von Parteien, die freiwillig keine Quotierung ihrer Wahllisten vornehmen (FDP und AfD), führt zu einer signifikanten Verringerung des Frauenanteils in den Parlamenten (Höchstsand Bundestag 2013 – 2017: 36,5 %, Bundestag 2017: 31 %).

Ein von der SPD-Landtagsfraktion beauftragtes Gutachten zur Verfassungskonformität einer Geschlechterquotierung bei der Aufstellung von Wahllisten stellt folgendes fest:

„Zwar ist eine proportionale und repräsentative Vertretung aller Interessen in den Parlamenten vom Grundgesetz nicht verpflichtend vorgeschrieben, weil Art. 38 Abs. 1 GG die Abgeordneten als Vertreter des ganzen Volkes begreift. Dennoch ist der Gesetzgeber in der näheren Ausgestaltung des Wahlrechts frei und kann unter Beachtung der Vorschriften des Grundgesetzes und der Landesverfassung, d. h. insbesondere der Wahlrechtsgrundsätze unterschiedliche Wahlsysteme etablieren. Durch geschlechterquotierte Wahllisten sind die passive Wahlrechtsgleichheit und -freiheit der Wahlbewerber nach Art. 38 Abs. 1 S. 1 GG und die Parteienfreiheit aus Art. 21 Abs. 1 GG beeinträchtigt. Diese Beeinträchtigung kann verfassungsrechtlich jedoch durch das Vorliegen eines gewichtigen, durch die Verfassung legitimierten Grundes gerechtfertigt werden. Diesen Anforderungen entspricht das Fördergebot aus Art. 3 Abs. 2 S. 2 GG. Es normiert die Pflicht des Gesetzgebers, eine faktische Gleichstellung der Geschlechter anzustreben. Sein Gewicht erlangt das Gebot aus der Nähe zum allgemeinen Persönlichkeitsrecht und damit zu Art. 1 Abs. 1 GG sowie durch die Gesetzgebungsgeschichte. Es wurde eingeführt, um weiter bestehende und hartnäckige Ungleichheiten aufzuheben. Zweifel darüber, ob eine gesetzlich verpflichtende Quotierung das mildeste Mittel zur Förderung darstellt, können insbesondere durch einen Blick auf die Zusammensetzung des Parlaments ausgeräumt werden.“

Antragsteller: KV Jena

1 **Alternative Wohnformen in Thüringen ermöglichen**

2 Der Parteitag möge beschließen:

3 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung werden aufgefordert, sich für einen
4 rechtlichen Rahmen einzusetzen, welcher auch in Thüringen alternative Wohnprojekte wie das zeitliche
5 befristete Wohnen in Bau- oder Wohnwagen auf so genannten Wagenplätzen ermöglicht. Dies kann
6 sowohl innerhalb der Thüringer Bauordnung oder in Anlehnung an das "Hamburger Wohnwagengesetz"
7 auch außerhalb der ThürBO erfolgen.

Antragsbegründung:

Getrieben einerseits durch steigende Wohnkosten im urbanen Raum und andererseits durch den Wunsch nach naturbelassenen Wohnen ohne zusätzliche Versiegelung von Flächen etablieren sich in den Umgebung von immer mehr europäischen Städten so genannte Wagenplätze. Auf diesen leben junge und ältere Menschen in Form von Wohngemeinschaften in ehemaligen Bauwägen oder LKWs. Viele dieser Wägen sind liebevoll aus- und umgebaut. Die Plätze haben in der Regel ein gemeinwirtschaftliches Grundverständnis. Oft gibt es geteilte Küchen-, und Badewägen und die Bewohnerinnen verwalten ihren Platz als eingetragener Verein selbst.

So gibt es allein in Leipzig über ein Dutzend Wagenplätze. Einige haben Miet- oder Pachtverträge, andere haben ihr Gelände gemeinschaftlich gekauft. Baurechtlich befinden sich Wagenplätze oft gezwungenermaßen in einer Grauzone, da Baurecht und Stadtplanung bislang das Wagenwohnen nicht im Blick haben.

WVI 2

Antragsteller: KV Jena

1 Einführung einer Fehlbelegungsabgabe

- 2 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung werden aufgefordert, sich für die Einführung
- 3 einer Fehlbelegungsabgabe für mietpreisgebundene Wohnungen nach hessischem Vorbild
- 4 einzusetzen.

Antragsbegründung:

Die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum entwickelt sich vor allem in den Thüringer Städten zu der drängendsten sozialen Frage der Gegenwart. Wie keine zweite Partei bekennen wir uns zu sozialem Wohnungsbau. Mietpreisgebundener Wohnraum hilft dabei, einer sozialen Trennung in Ortsteilen und Quartieren entgegenzuwirken und das Mietniveau zu stabilisieren.

Auch wenn die Bedeutung des sozialen Wohnungsbaus in Wissenschaft und Politik im Allgemeinen anerkannt wird, so wird jedoch auch regelmäßig die geringe Zielgenauigkeit dieses Instrumentes bemängelt.

Durch das oftmals verkürzt wiedergegebene Ergebnis der Studie des Wissenschaftlichen Beirates beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie zur „Sozialen Wohnungspolitik“ vom 17. Juli 2018 hat dieses Problem auch erstmals eine breite Öffentlichkeit gefunden.

Das Bundesland Hessen ist gegenwärtig das einzige Bundesland, in welchem eine Fehlbelegungsabgabe durch die Kommunen - sozial gestaffelt - seit dem 1. Juli 2016 wieder erhoben wird. Hessen kann diesbezüglich als Vorbild gelten, um durch die zielgenauer eingesetzten Mittel mehr sozialen Wohnungsbau zu ermöglichen.

DIG 1

Antragsteller: Jusos Thüringen

1 Digitalisierung in der Arbeit

2 Die Digitalisierung ist keine starre Entwicklung, auf die wir warten und uns vorbereiten. Sie ist eine
3 Entwicklung, die bereits da ist und sich stetig verändert. Neue Maschinen und neue Software machen
4 uns vermeintlich das Leben schwer, dabei sollen sie Prozesse vereinfachen, Arbeit sicherer machen
5 und uns unterstützen. Die Digitalisierung muss sozial gestaltet werden und sich an der
6 Lebenswirklichkeit der Menschen orientieren. Gerade im Bereich der Arbeit, drückt die kapitalistisch
7 geprägte Digitalisierung den Beschäftigten ihren Stempel auf, dabei kann eine moderne Gesellschaft
8 mit einer sozialorientierten digitalen Wandel dafür sorgen, dass die Menschen mehr Zeit für sich und
9 Ihre Familie haben, sich Arbeitsbedingungen verbessern und traditionelle Berufsgruppen wieder
10 attraktiver für kommende Auszubildende werden. Dafür müssen die Jusos und die SPD eine neue
11 Entwicklung hin zur sozialen Digitalisierung fordern.

12 A: Die SPD Thüringen fordert, dass allen Arbeitnehmer*innen ein Recht der Nichterreichbarkeit zu
13 Teil wird. Dabei spielt es keine Rolle, ob die oder der Mitarbeiter*in von zu Hause, von unterwegs
14 oder am Betriebsort arbeitet. Jeder Mensch und jeder arbeitende Mensch braucht eine freie Zeit,
15 die klar von der Arbeitszeit abgekoppelt ist.

16 B: Die SPD Thüringen fordert klare Arbeitszeit-, Vergütungs-, Ruhezeit- und
17 Versicherungsregelungen zur Förderung und Schaffung flexibler Arbeitszeiten und -orte.

18 C: Die SPD Thüringen fordert eine Arbeitszeitverkürzung auch und vor allem an den Stellen, an der
19 ein Betrieb oder Unternehmen durch Digitalisierungsmaßnahmen den Raum dafür schaffen kann
20 oder schon geschaffen hat.

21 D: Die SPD Thüringen fordert mehr Ausbau der digitalen Infrastruktur in Stadt und Land.

22 E: Die SPD Thüringen fordert eine Erweiterung der Lehrpläne während der Ausbildung in
23 Berufsschulen und Berufsbegleitende Schulen sowie in Allgemeinbildenden Schulen zum Umgang
24 mit Computer-Hard- und Software, einfacher Programmierung und Unterricht zur Reflektion mit
25 Medien.

26 F: Die SPD Thüringen fordert ausreichende Fördermittel für kostenlose Weiterbildungsmöglichkeiten
27 im Bereich Digitalisierung für alle Arbeitnehmer*innen.

28 G: Wir müssen auch denen eine Chance in der sich veränderten Arbeitswelt schaffen, die sich bisher
29 in prekären Verhältnissen befinden. Für Langzeitarbeitslose, junge Menschen mit geringer
30 Schulbildung oder fehlendem Abschluss, müssen Maßnahmen ergriffen werden, um sie durch die
31 Chancen der Digitalisierung in faire und sozialverträgliche Arbeitsverhältnisse bringen zu können.

32 H: Die SPD Thüringen fordert die Einsetzung eines effektiven und eigenständigen
33 Beschäftigtendatenschutzgesetzes.

34 I: Die SPD Thüringen fordert klare arbeitsrechtliche Regelungen bei Beschäftigungsverhältnissen mit
35 Crowd-Working-Plattformen. Bei jegliche Firmen in Deutschland – mit oder ohne Sitz im Ausland
36 – muss deutsches Arbeitsrecht angewandt werden. Ausgeweitet auf Europa heißt das, dass es
37 auch einen EU-Rahmen zu Crowd-Working geschaffen werden muss. Mindestlohn, Arbeitszeiten,
38 Sozial- und Rentenversicherungen und Besteuerung dürfen weder ausgehöhlt noch umgangen
39 werden.

Antragsbegründung:

Wenn wir von einer neuen modernen Arbeitswelt sprechen, dürfen wir nicht nur an Software-Updates
und neue Rechner auf den Arbeitsplätzen denken. Ebenso wichtig wie die Ausstattung sind neue
Arbeitsmodelle, neue Flexibilität aber auch neue Arbeitsrechtliche Herausforderungen für
Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen.

Zu A: So stellt sich beispielsweise die Möglichkeiten von Home-Office auf, die es ermöglicht,
unabhängig vom Betriebsort zu arbeiten. Das bringt den Vorteil, dass ein/e Tischlermeister*in nicht

immer extra zur Werkstatt zurückfahren muss, um Aufträge zu bearbeiten, sondern das effektiv von unterwegs erledigen kann. Oder ein alleinerziehender Elternteil, der gern bei seinem erkälteten Kind zu Hause bleiben möchte, dabei aber keinen Urlaubstag verlieren möchte. Zudem können Arbeitnehmer*innen ihre Arbeitszeit flexibler einteilen und so ihr Arbeitsleben an ihr Privatleben anpassen, statt ihr Privatleben an ihre Arbeit auszurichten. Dabei ist es aber wichtig, dass ein Arbeitgeber sich nicht die Freiheit herausnimmt, davon auszugehen, dass ein/e Mitarbeiter*in ständig überall erreichbar ist. Daher müssen sich Arbeitnehmer*in und Arbeitgeber*in über feste Ruhezeiten einigen. Es ist unabdingbar, dass sich Arbeitnehmer*innen auf ein Recht der Nichterreichbarkeit berufen können, die es ihnen erlaubt weder per Telefon noch Online in Arbeitsfragen erreichbar sein zu können. Es muss bei allen Arbeitsmodellen immer auch ein Schutz des Privatlebens gewährleistet werden, für die Zeit mit der Familie, für die Pflege von Angehörigen und/oder die Zeit für sich selbst. Das private Leben hat immer die höhere Priorität als das Arbeitsleben der Menschen.

Zu B: Um solche neuen Arbeitsmodelle zu fördern, erfordert es auch verschiedene neue Regelungsmodelle zur Arbeitszeit, Vergütung, zu Ruhezeiten und Versicherungen. Das sorgt für den Abbau von Unsicherheiten und beflügelt die Schaffung von neuen flexiblen Arbeitsmodellen, zum Nutzen der Arbeitnehmer*innen.

Zu C: Neue Möglichkeiten der Digitalisierung in der Arbeit verbessert in vielen Betrieben und Unternehmen die Effektivität ihrer Prozesse und vereinfacht langwierige und aufwendige Aufgaben im Arbeitsalltag, die vorher die Arbeitszeit bestimmt haben. Statt die Arbeitszeit jedoch anzupassen, werden Mitarbeiter*innen oft mit mehr Arbeit belastet oder mit sinnlosen Aufgaben beauftragt, um auf Ihre 8 oder 9 Stunden Arbeitszeit zu kommen. Die Vorstellung in der modernen Arbeit, auch eine 40 Stunden Woche zu etablieren, ist veraltet und bildet oft nicht mehr die Arbeitsrealität ab. Bei gleichbleibender oder sogar höherer Produktivität ist es daher nur logisch, die Arbeitszeit der Arbeitnehmer*innen, bei gleichbleibendem Lohnausgleich, zu verkürzen und ihnen somit ein Stück mehr ihres Privatlebens zuzusprechen. Aus Sicht eines Unternehmens gibt es keine Produktivitätseinbußen, da erstens Mitarbeiter*innen eher motiviert bei geringer Arbeitszeit bei der Arbeit sind, als bei der bisherigen 40 Stunden Woche. Das zeigen verschiedene Versuche in skandinavischen Ländern wie Dänemark Schweden oder Finnland an solchen Unternehmen, die ihre Arbeitszeiten auf 35 oder 30 Wochenstunden reduzierten. Die Mitarbeiter*innen fühlten sich gesünder und zufriedener und waren im Schnitt auch produktiver. Viele Experten halten solche Modelle für nötig und Zielführend, da sich Mitarbeiter*innen motivierter und engagierter bei der Arbeit fühlen und auch es zu weniger Krankschreibungen führen kann. Oft scheitern diese Modelle an der Finanzierung, daher ist es neben einer staatlichen Förderung auch zu bedenken, dass Zweitens sich erhebliche Ersparnisse durch kürzere Aufenthalte an den Betriebsorten, ermöglichen können. Mitarbeiter*innen verbrauchen beispielsweise weniger Strom, da das sinnlose Absitzen der Zeit im Büro, wegfällt. Hat ein Unternehmen durch die Umstellung seiner Aufgaben ins Digitale so seine Prozesse vereinfacht, dass ein/e Arbeitnehmer*in keine 40 Wochenstunden bei gleichem Arbeitsergebnis – ohne Mehrbelastung – benötigt, so muss eine Arbeitszeitverkürzung, bei gleichbleibender Vergütung und Aufstiegschancen, möglich sein.

Zu D: Grundlage für eine moderne und digitale Arbeitswelt ist und bleibt der Ausbau der digitalen Infrastruktur in Stadt und Land. Sie sorgt erstens mit öffentlichen WLAN für einen ständig kostenfreien Zugang zum Netz, egal wo man sich befindet, zweitens mit dem Breitbandausbau von Glasfaserkabeln für eine schnelle und übertragungsreiche digitale Verbindung der Betriebe, Unternehmen und Arbeitnehmer*innen an den Betriebsorten oder zu Hause und drittens mit dem Ausbau von Funkübertragungsmasten für störungsfreie Kommunikation im Arbeitsalltag.

Zu E: In einer sich veränderten und verändernden Arbeitswelt müssen nicht nur die technischen Gegebenheiten modernisiert, sondern auch die Arbeitnehmer*innen in allen Berufsfelder fit gemacht werden. Die Menschen die frisch aus der Ausbildung kommen sind oft nicht ausreichend auf die Digitalisierung im Arbeitsmarkt oder direkt im Betrieb vorbereitet. Da fallen oft kleinere Sachen, wie das einfache Programmieren der Maschine, der Umgang mit technischen Geräten oder digitale Organisationssystem schwer. Solche Fähigkeiten sind in Zeiten der Automatisierung, heute wie auch morgen notwendig und bilden die Grundlage für Weiterbildungen im Job in den nächsten Arbeitsjahren. Ob es der Ofen in der Backstube oder Hilfsgeräte in der Pflege sind, ein Grundstock an Fertigkeiten, Verständnis und bewusster Umgang sollten auch in der Ausbildung an Berufsschulen und berufsbegleitenden Schulen mitgegeben werden. Wollen den Menschen nicht nur das Werkzeug, sondern auch die Betriebsanleitung und Fähigkeit im Umgang mit neuer Technologie mitgeben.

Zu F: Diese Technologien entwickeln sich fortlaufend weiter, daher ist es essentiell, dass auch im Beruf Weiterbildungsmöglichkeiten kostenfrei zu Verfügung stehen. Dabei muss gesichert sein, dass Arbeitnehmer*innen auch zeitlich diese an den nötigen Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen können.

Daher müssen Kommunen, Betriebe und Unternehmen unterstützen und unterstützt werden, die zeitlichen Rahmen und die Finanzierung dafür bereitzustellen. So können Arbeitnehmer*innen unabhängig ihres sozialen Hintergrunds oder Alters im Beruf, trotz neuer technologischer Innovationen, bestehen.

Zu G: Die Realität zeigt aber, dass es auch einen kleinen - aber nicht zu vergessenen Teil - an jungen Menschen gibt, die nur eine geringe Schulbildung genossen haben oder gar keinen Abschluss haben. Diese Menschen können wir nicht vergessen und wir müssen Maßnahmen vereinbaren, dass diese, auch in Zeiten der Digitalisierung, in faire und sozialverträgliche Arbeitsverhältnisse kommen können. Oft landen junge Menschen in solche Situationen in prekären Arbeitsverhältnissen, wie in den riesigen Arbeitshallen bei Amazon und Co. und vollrichten monotone, oft auch sinnlose Arbeitstätigkeiten für geringe Gehälter. Die Möglichkeiten an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen können einen Ausgleich schaffen und zu Aufstiegschancen führen und diese Menschen vor der Wegrationalisierung des digitalen Kapitalismus, zumindest zum Teil bewahren. Eine soziale Digitalisierung baut prekäre Arbeitsverhältnisse ab und gibt auch Menschen ohne Ausbildung die Werkzeuge und Fertigkeiten an die Hand, um auf dem Arbeitsmarkt zu bestehen.

Zu H: Schon im letzten Wahlkampf forderte die SPD ein Beschäftigtendatenschutzgesetz für den besseren Schutz personenbezogener Daten von Arbeitnehmer*innen und Beschäftigten. Daraus wurde leider im Koalitionsvertrag nichts. Stattdessen gibt es neue Regelungen des Beschäftigtendatenschutz im Bundesdatenschutzgesetz, die es weiterhin Arbeitgeber*innen ermöglicht ohne Einwilligung des/der Arbeitnehmer*in personenbezogene Daten zu sammeln. Nach Artikel 9 Absatz 2 lit. b DSGVO gilt das auch für besondere Kategorien personenbezogener Daten, wie Gesundheitsdaten. Hier muss ein eigenständiges Beschäftigtendatenschutzgesetz her und den Schutz der Privatsphäre von Beschäftigten stärken und eine bessere Grundlage im Klagefall für Arbeitnehmer*innen bieten.

DIG 2

Antragsteller: Jusos Thüringen

1 **Unterstützung der europäischen Internet-Charta**

2 (Vorgestellt im Rahmen der re:publica am 9. Mai 2017)

3 Tim Berners-Lee entwickelten 1989 an der Forschungseinrichtung die Grundlage des World Wide Web
4 (WWW). Zwei Jahre später machte er den Entwurf eines Hypertext-Dienstes öffentlich und weltweit
5 verfügbar. Das war die Geburtsstunde des Internets, das wir heute kennen und tagtäglich benutzen.
6 Seit dieser Zeit hat sich das weltweite Netz und die damit verbundenen Geräte enorm weiterentwickelt
7 und sind untrennbar mit unserem gesellschaftlichen und sozialen Leben verbunden. Gerade in Zeiten
8 von Smartphones, Tablets und modernen Notebooks können wir immer und überall online sein. Es ist
9 Teil unserer Kultur unserer Arbeitswelt, unserer politischen Willensbildung und unserer sozialen
10 Interaktion.

11 Diese Entwicklungen der Digitalisierung führt zur Veränderung unserer Existenz und stellt Grundrechte
12 und demokratische Grundprinzipien vor neue Herausforderungen und Risiken. Im digitalen Zeitalter ist
13 eine zivilgesellschaftliche Debatte entstanden, die sich immer weiter fortsetzt und der wir als SPD
14 Thüringen aktiv mitdiskutieren. In dieser Debatte geht nicht weniger darum, den Zugang zum Internet
15 als Grundbedürfnis anzuerkennen und gerade die Gestaltung unserer digitalen Welt als europäische
16 Aufgabe zu sehen. Europa muss es gelingen, vereint Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität im 21.
17 Jahrhundert zu erhalten.

18 Daher unterstützen und positioniert sich die SPD Thüringen für die Bemühungen und das Streben nach
19 einer europäischen Internet-Charta, die in Anerkennung der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte,
20 der europäischen Menschenrechtskonvention, der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und
21 der Grundrechts- und Datenschutzstandards der Europäischen Union und Ihrer Mitgliedstaaten, fest
22 entschlossen sind,

23 - Grundrechts- und Demokratieprinzipien im Netz durch das Recht zu schützen, - staatliche, sowie
24 private Akteure im Netz grundrechtlich zu verpflichten

25 - das digitale Netz nicht als Quelle der Angst verkommen zu lassen und es als Instrument eines guten
26 Lebens in unserer globalisierten Welt zu nutzen. Damit wird ein Fundament einer rechtstaatlichen
27 Ordnung in einer digitalisierten Welt geschaffen.

28 Die Internet-Charta bieten die beste Chance, das Internet als gleichberechtigten Gesellschaftsraum
29 anzuerkennen und jeden den Zugang zu ermöglichen. Wir sind überzeugt davon und fordern, dass alle
30 Menschen sich mit gleichermaßen ausgestatteten Rechten und Pflichten im Netz bewegen können.
31 Eine analoge Sozialdemokratie muss ebenso auch eine digitale Sozialdemokratie sein. Freiheit,
32 Gerechtigkeit und Solidarität muss alle Bereiche unserer Gesellschaft durchdringen und für jeden
33 erreichbar sein. Diese Chance bietet uns das digitale Netz mehr denn je. Für ein Recht auf freien Zugang
34 zum Internet.

1 **Mehr Mobilität. Für ein echtes Azubi-Ticket!**

2 Der Zugang zu Mobilität bedeutet für uns Selbstbestimmung. Wir wollen, dass die Menschen
3 unabhängig von ihrem Geldbeutel an den kulturellen, sozialen und Bildungseinrichtungen in Thüringen
4 teilhaben können. Insbesondere jungen Menschen fehlt es aber an finanziellen Mitteln.

5 Als SPD haben wir deshalb im Regierungsprogramm 2014 - 2019 das Azubi-Ticket gefordert und
6 anschließend im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag festschreiben können. Die Gewerkschaften, deren
7 Jugenden und viele Jugendverbände befürworten ebenfalls ausdrücklich die Einführung eines Azubi-
8 Tickets für den Thüringer ÖPNV für Oberstufenschüler*innen, Freiwilligendienstleistende und
9 Auszubildende.

10 Nun hat das Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (TMIL) ein Azubi-Ticket
11 vorgelegt, das den Bereich des VMT sowie den Schienenverkehr bis auf die Vogtlandbahn einschließt.
12 Zudem konnten sich viele, aber nicht alle Landkreise und kreisfreien Städte erfolgreich mit dem
13 Ministerium einigen. Dieses Ticket gilt dabei nur für Auszubildende. Das Ticket kostet 50 Euro pro
14 Monat. Einen Beitrag der letztlich profitierenden Unternehmen fehlt; das Ticket wird nur durch das Land
15 und die Auszubildenden finanziert.

16 Gründe für die abgespeckte Version sind laut Ministerium die Fragmentierung der Verkehrsverbünde in
17 Thüringen, die Weigerung der Unternehmen Anteile zu übernehmen und unkalkulierbare Risiken
18 bezüglich der Einnahmeeinbußen von Verkehrsunternehmen sein. Mit Blick auf scheinbar plötzliche
19 Bereitschaft von einigen Landkreisen, das Azubi-Ticket nun doch anbieten zu wollen, lässt Zweifel an
20 der Darstellung des Infrastrukturministeriums aufkommen.

21 Das Ticket hilft vor allem Auszubildenden, die im Bereich des VMT leben und arbeiten. Azubis, die
22 außerhalb der A4-Achse leben, gehen weitgehend leer aus.

23 Dabei sind es vor allem junge Menschen auf dem Land, die auf eine bezahlbare Mobilität angewiesen
24 sind. Insbesondere Ostthüringen hat durch das Fehlen der Vogtlandbahn-Strecken im Ticket einen
25 weiteren Nachteil zu verbuchen.

26 Die vermeintliche Hilflosigkeit des TMIL darf aber nicht Anlass sein, den Kopf in den Sand zu stecken.
27 Wir brauchen einen starken politischen Druck auf Unternehmen. Sie sind auch Profiteur*innen des
28 Azubi-Tickets und müssen somit ihren Anteil dazu beitragen. Wer den vermeintlichen Fachkräftemangel
29 anprangert, darf die Hände nicht einfach in den Schoß legen.

30 Allein vor dem Hintergrund der niedrigen Ausbildungsvergütungen in Thüringen sind 50 Euro monatlich
31 zudem ein viel zu hoher Preis für das Azubi-Ticket. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, dass sich die
32 Preise am Semesterticket der Studierenden orientieren.

33 Oberstufenschüler*innen und Freiwilligendienstleistende haben ebenfalls einen Anspruch auf
34 flächendeckende, bezahlbare Mobilität! Denn wer den jungen Menschen in Thüringen, den Freistaat als
35 Perspektive zum Leben anbieten will, muss es diesen auch ermöglichen, Thüringen kennen zu lernen.

36 Wir als SPD Thüringen kämpfen an ihrer Seite für ihre Zukunft!

J 2

Antragsteller: Jusos Thüringen

1 **Wirksame Maßnahme des Kinder- und Jugendschutzes**

2 Wir fordern ein generelles Tempolimit auf Straßen und Verkehrsflächen, die sich in räumlicher Nähe
3 von Einrichtungen, die ihrer Art nach oder tatsächlich vorwiegend von Kindern und Jugendlichen
4 aufgesucht/benutzt werden, befinden. Die Tempo-30-Zone soll für ein Umfeld von 100 Metern ab der
5 äußeren Begrenzung der genannten Anlagen/Flächen/Einrichtungen gelten. Die Thüringer SPD setzt
6 sich für eine entsprechende Änderung der StVO ein und fordert die SPD-Mitglieder in der
7 Landesregierung auf, eine Bundesratsinitiative dazu auf den Weg zu bringen. Die SPD-Vertreter*innen
8 in den Kommunen werden aufgefordert sich vor Ort für die Einrichtung des Tempolimits einzusetzen.

Antragsbegründung:

Statt einer elenden Debatte um die "Vor-" und Nachteile eines Alkoholverbots zum Schutz von Kindern und Jugendlichen fordern wir lieber effektive und umsetzbare Maßnahmen. Laut Bericht des Bundesamtes für Statistik von 2016 sind Unfälle, bei den Kinder zu Schaden kommen immer noch sehr hoch, ca 33 %. Besonders deshalb, weil sie zu Fuß unterwegs sind. Gerade deshalb sollte Kinder in der Nähe von Einrichtungen, in denen Sie ja fast ausschließlich zu Fuß unterwegs sind, besonderen Schutz erfahren. Die strikte Einhaltung dieser verkehrsberuhigten Zonen muss von den Städten streng überwacht werden.

1 Kinder schützen und stärken!

1. Kinderrechte sind im Grundgesetz zu verankern

Die SPD Thüringen fordert, die Prinzipien der Rechte von Kindern und Jugendlichen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres gemäß der UN-Kinderrechtskonvention im Grundgesetz (GG) zu verankern.

Ebenso wie alle anderen Menschen auch sind Kinder Träger von Rechten; Wesen mit eigener Menschenwürde und einem eigenen Recht auf Entfaltung ihrer Persönlichkeit, wie es vom Bundesverfassungsgericht auch schon mehrfach festgestellt wurde.

Im Grundgesetz jedoch sind Kinder lediglich als Bezugspunkt des Elternrechts, also als Objekte elterlicher Verantwortung, in Artikel 6 Absatz 2 und 3 GG erwähnt. Es gilt deshalb klarzustellen, dass

Kinderrechte sind in vielen Gesetzen geregelt. SPD wollen wir, dass sie zusammen mit den wesentlichen System- und Werteentscheidungen ausdrücklich im Grundgesetz formuliert werden. Denn die Regelungen im Grundgesetz werden von Gesetzgeber, Verwaltung und Gerichten regelmäßig herangezogen. Die Grundrechte im GG sind die Basis unseres Rechtssystems. Kinderrechte müssen Verbindlichkeit erhalten, zu greifbaren Instrumenten in jeder Lebenssituation werden und gleichrangig neben anderen Grundrechten stehen. Damit wären Kinderrechte einklagbar. Kinder würden mit abnehmender Bedürftigkeit und wachsender Einsichtsfähigkeit an allen sie betreffenden Entscheidungen beteiligt werden. Jedes Kind hätte Anspruch auf Gehör und Berücksichtigung seiner Meinung. Die SPD Thüringen unterstützt aus den genannten Gründen den Vorschlag der SPD-Bundestagsfraktion, Artikel 6 GG um einen neuen Absatz zu ergänzen, der die Bestimmungen enthält:

„Jedes Kind hat ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und den besonderen Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Seine Meinung ist entsprechend seinem Alter und seiner Entwicklung in angemessene Weise zu berücksichtigen. Die staatliche Gemeinschaft achtet, schützt und fördert die Rechte des Kindes und trägt Sorge für kindergerechte Lebensbedingungen.“ Zudem ist die Gleichstellung von ehelichen und nichtehelichen Kindern gesetzlich zu verankern.

Mit der Verankerung der Kinderrechte im GG werden die Rechte und die Interessen von Kindern gegenüber dem Staat gestärkt. Auch die Rechte der Eltern erfahren eine Aufwertung, denn sie sind es, die die Interessen ihrer Kinder im Alltag vertreten und deren Rechte wirksam durchsetzen.

Der Vorrang des Kindeswohls verdeutlicht die Verantwortung von Staat und Eltern, sich bei der Wahrnehmung ihrer Rechte und Pflichten gegenüber Kindern an Kinderrechten zu orientieren. Dies bezieht sich auf Entscheidungen von Behörden, z.B. bei der Planung von Wohnvierteln, beim Straßenbau oder der Ausgestaltung des Lehrplans sowie Entscheidungen der Eltern für eine bestimmte Betreuungsform oder Schulbildung. Der Staat wird in die Pflicht genommen, Verantwortung zu tragen für kindergerechte Lebensverhältnisse und gleiche Entwicklungschancen.

Das Bekenntnis von einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Deutschen Bundestag und Bundesrat für Kinderrechte im Grundgesetz wäre ein deutliches Signal, dass alle diese Aufgabe sehr ernst nehmen und die Lebenswirklichkeit von Kindern weiter verbessern wollen.

2. Einrichtung von Ombudsstellen zur Beratung von Kindern und deren Familien bei jedem örtlichen öffentlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe.

Die SPD Thüringen fordert die Einrichtung von Ombudsstellen bei jedem örtlichen öffentlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe im Einvernehmen mit dem jeweiligen Jugendhilfeausschuss. Die Ombudsstellen sollen regelmäßige Sprechstunden in Anlaufstellen der Wohnsitzgemeinden (z.B. Kinderbüros, Kinder- u. Jugendzentren) gewährleisten und sich für die Wahrnehmung und Umsetzung der Interessen der Kinder einsetzen.

Bei der erforderlichen Novellierung des SGB VIII ist dieses Angebot als Pflichtleistung zu verankern.

46 **3. Einberufung einer/eines unabhängigen Kinderrechtsbeauftragten des Bundes**

47 Zur besseren Koordinierung der Anlaufstellen und Vertretung beim Bund fordert die SPD Thüringen, die
48 Ernennung einer/eines unabhängigen Kinderrechtsbeauftragten auf Bundesebene.

49 a) Die/Der Kinderrechtsbeauftragte erhält die Kernaufgaben und Befugnisse,

- 50 ▪ aktiv darauf hinzuwirken, dass sich Bundestag und Bundesregierung bei allen
51 Gesetzesvorhaben und Entscheidungen, die Kinder und Jugendliche betreffen, von der
52 UN-Kinderrechtskonvention und den Stellungnahmen des UN-Kinderrechtsausschusses
53 leiten lassen;
- 54 ▪ auf die Verletzung oder mangelnde Beachtung der Kinderrechte durch staatliche Behörden
55 aufmerksam zu machen und auf Abhilfe zu drängen;
- 56 ▪ durch Öffentlichkeitsarbeit und Initiativen zur Kinderrechtsbildung die gesellschaftliche
57 Einstellung gegenüber Kindern zu verbessern und ein Umfeld zu fördern, dass die
58 Verwirklichung der Kinderrechte begünstigt;
- 59 ▪ den Stimmen und Sichtweisen der Kinder Gehör zu verschaffen, die Teilhabe von Kindern
60 in der Gesellschaft zu fördern und gleiche Beteiligungsmöglichkeiten für benachteiligte
61 Gruppen von Kindern anzustreben;
- 62 ▪ in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte sowie anderen
63 wissenschaftlichen Einrichtungen sicherzustellen, dass Daten über die Lage der Kinder
64 erhoben und publiziert werden;
- 65 ▪ den Deutschen Bundestag und die Öffentlichkeit jährlich über die eigenen Aktivitäten und
66 Ergebnisse zu informieren.

67 b) Die/Der Kinderrechtsbeauftragte erhält die Befugnisse:

- 68 ▪ der Akteneinsicht, sowie weitere Einsichts- und Anhörungsrechte, um von den staatlichen
69 Behörden sämtliche für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Informationen
70 einholen zu können.
- 71 ▪ Ein Amtshilferecht, um Beschwerden von Kindern gegenüber Bundesbehörden,
72 Bundesgerichten und dem UN-Kinderrechtsausschuss bzw. dem Europäischen
73 Gerichtshof für Menschenrechte rechtlich vertreten zu können.

74 c) Für die Erfüllung ihrer/seiner Aufgaben, erhält die/der Kinderrechtsbeauftragte in einer
75 spezifischen Haushaltsstelle des Bundes bedarfsgerecht Mittel.

76 d) In Abstimmung mit den Ländern und Kommunen ist deren Zusammenarbeit mit der/ dem
77 Kinderrechtsbeauftragten des Bundes zu definieren.

78 **4. Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit in den Kommunen und auf Landesebene**

79 Für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf allen gesellschaftlichen Ebenen, sind die
80 gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen. Die dafür nötigen Strukturen, z. B. in der Kinder- und
81 Jugendhilfe, im Bildungssystem oder im öffentlichen Freizeitbereich sind bereitzustellen sowie der
82 Zugang für Kinder und Jugendliche zu sichern.

83 Die Landes- und Kommunalfinanzen sind derart zu gestalten, dass die Aufgaben von Ländern und
84 Kommunen zur Unterstützung und Stärkung der Beteiligung, der Selbstorganisation von und der
85 Angebote für Kinder und Jugendliche, bedarfsgerecht verlässlich und langfristig als Pflichtleistungen
86 der Kommunen und des Landes gewährleistet werden.

87 Die SPD Thüringen fordert deshalb, einen bedarfsgerechten Anteil in Höhe von mindestens 10 % aller
88 im Rahmen des SGB VIII eingesetzten Finanzmittel für die zuvor genannten Zwecke - im jetzigen
89 Rechtsrahmen des SGB VIII insbesondere die §§ 11, 12 - festzuschreiben.

Antragsbegründung:

Mit der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention vor mehr als 25 Jahren hat sich die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, wesentliche Standards zum Schutz, zur Förderung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahre einzuhalten.

Kinder sind die Zukunft und müssen geschützt werden. Leider müssen wir heute feststellen, dass es nicht zur vollständigen Umsetzung der UN-Kinderrechtskommission in Deutschland gekommen ist.

Kinderärzte, Sachverständige in Umgangsstreitigkeiten, Jugendämter, Kinderschutzorganisationen und Anwälte berichten von konkreten Fällen, in denen Kinderrechte nicht oberste Priorität hatten. Zudem konstatieren wir immer noch ungleich verteilte Bildungschancen und Kinderarmut in Deutschland. Auch müssen Kinder mit Behinderungen immer wieder dafür kämpfen, dass ihnen die zustehende Bildung und Beteiligung zuteilwird. Kinder mit Migrationsgeschichte in der Familie und Kinder aus armen Familien unterliegen nicht selten bewussten oder unbewussten strukturellen Ausgrenzungsprozessen. Flüchtlingskindern bleiben ihre elementaren Rechte auf voll umfängliche Gesundheitsversorgung, Schutz und Bildung noch an vielen Stellen verwehrt. Schilder mit der Aufschrift „Kinderwagen-Verbot“ oder „kinderfreie Zone“ sind keine Seltenheit und es kommt vor, dass Eltern mit lebhaften Kindern aus Restaurants geworfen werden. Im Alltag sind „Kinderrechte haben“ und „Kinderrechte durchsetzen“ zwei Paar Schuhe. Leider ist es immer noch so, dass Kindern und Jugendlichen Rechte vorenthalten und sie nicht als Träger eigenständiger Rechte wahrgenommen werden.

Auch das Deutsche Kinderhilfswerk kritisiert, dass Kinderrechte in Deutschland trotz UN-Kinderrechtskonvention immer noch ein Schattendasein fristen. Die Kinderhilfsorganisation Terre des Hommes appellierte zum diesjährigen Ratifizierungsjubiläum der UN-Kinderrechtskonvention, dass Kinderrechte den Verbindlichen Charakter von Grundrechten bekommen müssen – sie dürften nicht länger Gegenstand allgemeiner Erklärungen sein. Das Deutsche Institut für Menschenrechte konstatierte, dass es derzeit in Deutschland lediglich in rund 100 Kommunen Kinderbeauftragte oder Kinderbüros gebe, die Aufgaben einer Anlaufstelle übernehmen. Angesichts von 11.000 Kommunen sei die Zahl stark ausbaufähig. Die Einrichtung von Ombudsstellen würde hier Abhilfe leisten.

Das sind nur einige Szenarien, die zeigen, dass Kinderrechte wie sie die UN-Kinderrechts-Charta vorgibt, nicht vollumfassend in Deutschland umgesetzt sind. Deshalb ist ein gesamtgesellschaftliches Umsteuern nötig. Kinder und Jugendliche spielten bis heute im Grundgesetz nur eine Nebenrolle. Sie müssen aber zu Hauptpersonen werden.

Kinderrechte im Grundgesetz würden helfen, die Rechte von Kindern auch tatsächlich zur Geltung zu bringen.

Ziel muss es sein, die Ursachen für die hohe Zahl der Kinder, die in Armut aufwachsen, zu reduzieren. Besonders kritisch zu sehen sind die in den Hartz-IV-Gesetzen vorgeschriebenen Sanktionen, in deren Folge Kinder nicht selten unterhalb des Existenzminimums leben müssen.

Kinder- und Jugendeinrichtungen sind bedarfsgerecht mit angemessenen finanziellen und personellen Mitteln auszustatten, denn das ist die Voraussetzung dafür, dass die Familien mit sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten sowie Familien mit Migrationshintergrund die Hilfe erhalten, die sie benötigen. Auch ist die Bekämpfung von Diskriminierung, vor allem gegen Kinder mit Behinderung oder Migrationshintergrund und minderjährige Geflüchtete dringend notwendig.

Eine Festschreibung der Kinderrechte im GG würde nicht nur den Schutz vor wiederholten Misshandlungen stärken, die Verankerung würde auch helfen, Beschwerden z. B. wegen Kinderlärm abzuwehren oder die Sicherheit im Straßenverkehr durch Zebrastreifen, Ampeln und Tempolimits erhöhen. Neben der Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz ist es erforderlich, eine zentrale mit angemessenen finanziellen Mitteln und hinreichenden Befugnissen ausgestattete Institution zur Koordinierung und Steuerung der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention einzusetzen. Dies geschieht durch einen/eine unabhängige Bundesbeauftragte zur Umsetzung der Kinderrechte.

Die unabhängige Institution kann die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention auf Bundes-, Landes-, und kommunaler Ebene unterstützen und ermächtigt sein, Beschwerden über eine Verletzung von Kinderrechten entgegenzunehmen und behandeln.

Mit der Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz können wir dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche endlich den Stellenwert in unserer Gesellschaft bekommen, der ihnen zusteht.

MIG 1

Antragsteller: ASG Thüringen/ KV Erfurt

1 Refugio e.V. fördern

- 2 Wir fordern die SPD-Parlamentarier auf, im Freistaat Thüringen, im Bundestag und auf EU-Ebene sich
- 3 für die Bereitstellung von geeigneten und ausreichenden Fördermitteln für die Fortsetzung der
- 4 psychotherapeutischen Angebote des Refugio e.V. einzusetzen. Eine Weiter-Förderung von Refugio in
- 5 der Traumabehandlung von Geflüchteten ist aus unserer Sicht nötig.

Antragsbegründung:

Refugio ist ein psychosoziales Zentrum für traumatisierte Flüchtlinge in Thüringen mit Sitz in Erfurt.

Viele Flüchtlinge - insbesondere Kinder, Jugendliche, Heranwachsende und Frauen - sind durch Krieg und Verfolgung schwer traumatisiert. In Thüringen hilft ihnen Refugio mit Traumatherapie und sozialer Beratung.

Wegen der derzeit unzulänglichen Fördersituation ist der Bestand des Vereins und seine sozial integrierende Arbeit gefährdet. Es gibt weniger Fördergeld durch die EU und das Land Thüringen, das Therapien in Zukunft nicht mehr fördern will.

Das Sozialministerium hat dazu mitgeteilt: " Soweit bei Angeboten von Refugio eine Leistungsverpflichtung dritter Kostenträger vorliegt, war und ist eine freiwillige Landesförderung haushaltsrechtlich ausgeschlossen. Dieser Ausschluss bezieht sich auf die originär therapeutischen Angebote; alle übrigen psychosozialen Beratungs- und Unterstützungsangebote sind durch das Gesundheitsministerium förderfähig und werden auch gefördert."

Aus unserer Sicht scheitert die psychotherapeutische Traumabehandlung von Geflüchteten trotz hoher Motivation der Thüringer Psychotherapeuten schon aufgrund praktischer Schwierigkeiten (Sprachbarriere, fehlender interkultureller Hintergrund, hoher bürokratischer Aufwand). Außerdem bestehen bereits für alle ambulanten Patienten lange Wartezeiten auf Therapieplätze (in Thüringen ca. 6 Monate). Es gibt wenig Therapeuten mit einer Spezialisierung auf Traumatherapie und bei den meist komplexen Problemlagen ist die bisherige kultursensible Arbeit von Refugio im Psychotherapiebereich nicht ersetzbar oder aufzufangen.

Refugio hat spezialisiertes Wissen im Umgang mit Traumafolgestörungen. Der Verein hat Routine in der Arbeit mit Dolmetscher*innen und ein multiprofessionelles Team aus Psychotherapeut*innen und Sozialarbeiter*innen, die ein optimiertes Management entwickeln können.

Zur Zeit stehen bei Refugio 350 Menschen auf der Warteliste. Etwas über 400 Menschen werden pro Jahr behandelt, davon fast 150 Langzeitfälle. In der Vergangenheit konnte der Verein vielen Flüchtlingen über Monate und Jahre hinweg schnell und effektiv Hilfe leisten und sie integrieren.

Die Therapie von psychisch kranken Geflüchteten, unabhängig vom Aufenthaltsstatus, ist aus unserer Sicht dringend und notwendig. Denn Traumatisierungen mit psychischen Beschwerden behindern maßgeblich die Integration (allein durch mangelndes Erlernen der Deutschen Sprache, fehlende Arbeitsfähigkeit, Kontaktängsten etc.).

MIG 2

1 Antragsteller: Jusos Thüringen

2 **Durch eine Berufsqualifikationsprüfung schnellere** 3 **Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt** 4 **ermöglichen**

5 Um Geflüchteten die Möglichkeit zu geben sich schneller in den Arbeitsmarkt zu integrieren, setzt sich
6 die SPD Thüringen für folgendes ein:

7 Beim Nachweis einer im Heimatland abgeschlossenen Berufsausbildung, welche aber nicht in
8 Deutschland anerkannt ist, sollten Geflüchtete die Möglichkeit haben, zunächst eine
9 Berufsqualitätsprüfung zu machen, damit dann entschieden werden kann ob eine komplett neue
10 Ausbildung in diesem Beruf in Deutschland von Nöten ist. Ist angesichts der erfolgreichen
11 Berufsqualitätsprüfung keine neue Berufsausbildung nötig, sollte je nach vorhandenen Fähigkeiten des
12 Geflüchteten eine Qualifikationsphase von einem halben bis ganzen Jahr eingeführt werden, in welche
13 die*der Geflüchtete eingearbeitet wird und die Chance hat berufsspezifisches Wissen und Fähigkeiten
14 zu erlernen, wodurch sein Berufsabschluss anerkannt werden kann.

15 Es ist für Geflüchtete, den Staat und die Gesellschaft sehr wichtig, dass eine gelungene Integration
16 stattfindet. Zur Integration gehört auch eben diese in den Arbeitsmarkt. Durch eine Integration in den
17 Arbeitsmarkt kann die*der Geflüchtete ihr*sein eigenes Geld verdienen und unabhängiger leben.
18 Zusätzlich wird die soziale Stellung der*des Geflüchteten besser und es entsteht über die Arbeit der
19 Kontakt zu Kollegen*innen. Außerdem kann die*der Geflüchtete ihre*seine sprachlichen Fähigkeiten
20 (welche nach dem gesetzlich vorgeschriebenen Integrationskurs mindestens auf B1 Niveau sind)
21 verbessern. Nicht zu vernachlässigen ist außerdem die menschliche und seelische Bedeutung für
22 eine*n Geflüchtete*n, eine Arbeit zu finden und sich auch darüber in einem fremden Land zu integrieren.

23 Für den Staat ist es wichtig, dass genügend Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt sind. Da aktuell in einigen
24 Branchen ein Mangel an Fachkräften herrscht, könnte dieser durch Geflüchtete und andere Zuwanderer
25 ausgeglichen werden. Zusätzlich werden soziale Konflikte im Staat vermieden, wenn Geflüchtete besser
26 integriert werden. Aktuell müssen Geflüchtete und Migrant*innen mit einer im Ausland abgeschlossenen
27 Berufsausbildung diese nachweisen. Wird der Berufsnachweis in Deutschland anerkannt, darf die*der
28 Geflüchtete in Deutschland arbeiten, sofern weitere Bedingungen dazu erfüllt sind (z.B. Arbeits- und
29 Aufenthaltserlaubnis, Absolvieren eines Integrationskurses). Berufsabschlüsse aus einigen Ländern wie
30 beispielsweise Syrien werden in Deutschland allerdings nicht anerkannt. Da allein im Zeitraum von
31 Januar bis April 2017 22,2% der Erstasylanträge von Menschen aus Syrien und der Arabischen
32 Republik (Quelle: BAMF) gestellt wurden, ist es wichtig diese

33 Integrationshürde zu überwinden. Wird der Berufsabschluss in Deutschland nicht anerkannt, so muss
34 die*der Geflüchtete noch einmal eine komplett neue Ausbildung machen, um in diesem Beruf arbeiten
35 zu dürfen. Damit grenzen wir bislang Integrationswillige aus. Daher ist eine Beschleunigung der
36 Integration in den Arbeitsmarkt wichtig. Die oben genannten Maßnahmen sollen zu einer solchen
37 Beschleunigung führen. So kann durch die Qualitätsprüfung festgestellt werden, ob eine erneute
38 Berufsausbildung überhaupt nötig ist. Für eine solche Prüfung müssten von den entsprechenden
39 Berufskammern Standards festgelegt werden. Ist keine neue Berufsausbildung nötig, so greift eine
40 Kompromisslösung. Geflüchtete haben die Möglichkeit, durch die Prüfung in ihren

41 Fähigkeiten beurteilt zu werden, um dann je nach Beurteilung eine Qualifikationszeit von einem halben
42 bis einem ganzen Jahr zu durchlaufen. Diese Zeit ist geeignet, um die Geflüchteten in den Beruf
43 einzuarbeiten und ihnen die Gelegenheit zu geben, sich die Fähigkeiten anzueignen, welche nach
44 deutschen Standards vorausgesetzt sind. So erreichen Geflüchtete in verkürzter Zeit die
45 Ausbildungsstandards, welche in Deutschland erforderlich sind und der Berufsabschluss kann
46 anerkannt werden.

47 Im Ergebnis würden diese Maßnahmen die Geflüchteten also effektiver und schneller in den
48 Arbeitsmarkt integrieren. Trotzdem wird durch Qualifikationsphase garantiert, dass die in Deutschland
49 festgelegten Standards eingehalten werden.

D 1

Antragsteller: Jusos Thüringen

1 **Demokratie erlernen und erleben - Partizipationsgesetz für** 2 **Thüringen**

3 Die SPD Thüringen fordert die Einführung eines Partizipationsgesetzes. Demokratie lebt vom
4 Mitmachen. Für Kinder- und Jugendliche, die alleine aufgrund ihres Alters sowohl aktiv als auch passiv
5 von der politischen Partizipation ausgeschlossen sind, sind wir mit der Landesstrategie Mitbestimmung
6 auf einem guten Weg und auch die formalen Hürden für die Bürger*innenbeteiligung wurden bereits
7 gesenkt.

8 Und dennoch benötigen wir weitere Maßnahmen, um bestehende Strukturen wie etwa Kinder- und
9 Jugendbeiräte zu unterstützen, weitere ins Leben zu rufen und Bürger*innenbeteiligung effektiv zu
10 fördern. Dazu bedarf es einer konkreten Festlegung von Rechten und Pflichten von
11 Entscheidungsträger*innen in der Kommunalordnung über das aktuelle Maß hinaus sowie einer
12 Verpflichtung zur Beteiligung von Bürger*innen, hierbei sollten die Rechte als Mindestmaß dienen.

13 Wichtig ist darüber hinaus ein Partizipationsmanagement, welches sowohl Verwaltung als auch den
14 jeweiligen Räten und Kreistagen, aber genauso Beiräten und engagierten Bürger*innen die notwendige
15 Beratung und Unterstützung zukommen lässt, um Beteiligung vor Ort zu ermöglichen und fachlich zu
16 unterstützen. Denn damit alle mitmachen können, müssen auch allen die Möglichkeiten gegeben
17 werden.

18 Begründung: Die Wahlbeteiligung ist seit Jahren übersichtlich, für Kommunalwahlen finden sich nur
19 schwer Kandidat*innen und bei einer Stadtratssitzung sind Besucher*innen ohne parteipolitischen
20 Hintergrund so selten wie Regen in der Sahara. Das liegt häufig daran, dass die
21 Beteiligungsmöglichkeiten abseits von Wahlen überschaubar bis nicht vorhanden sind. Einige treibt das
22 zur Mitarbeit in Parteien und Wähler*innenvereinigungen an, aber die meisten nach einer Weile nicht
23 mal mehr am Sonntag in die Wahlkabine.

24 Dabei sind die Möglichkeiten vielfältig: Bürger*innenhaushalt, Fragestunden, Informations- und
25 Diskussionsveranstaltungen bis hin zu Bürger*innenbefragungen und -entscheiden. In vielen
26 Kommunen haben auch verschiedenste Beiräte Einzug gehalten. Woran liegt es also, dass Beiräte
27 häufig zahnlose Tiger sind, die ihre Mitglieder häufig frustriert zurücklassen oder bei
28 Bürger*innenversammlungen mehr Mandatsträger*innen als Bürger*innen anwesend sind?

29 Ganz oft an fehlenden Rechten, oder einem nicht an den Bürger*innen orientierten Vorgehen der
30 Verwaltung. Es muss also klar geregelt werden, welche Rechte Beiräten einzuräumen sind, damit diese
31 nicht bloß schmückendes Beiwerk sind und es bedarf der Unterstützung von Beteiligungsprozessen
32 durch Fachleute, damit bei Bürger*innenversammlungen Diskussionen vorher und nicht nur
33 Informationen im Nachhinein möglich sind. Dafür brauchen wir einen engeren gesetzlichen Rahmen,
34 der Kommunen in die Pflicht nimmt und Bürger*innen Rechte einräumt und Personen, die diese
35 Beteiligung unabhängig von politischen Interessen steuern und unterstützen.

D 2

Antragsteller: Jusos Thüringen

1 **Gegen jeden Antisemitismus!**

2 „Die Forderung, daß Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung. Sie geht so sehr
3 jeglicher anderen voran, daß ich weder glaube, sie begründen zu müssen noch zu sollen.“ - T. W.
4 Adorno

5 Die SPD Thüringen stellt sich entschieden gegen jeden Antisemitismus. Wir wollen Stimme erheben,
6 gegen all jene, die den Holocaust relativieren oder gar leugnen. Für uns war, ist und bleibt „Nie wieder“
7 Staatsräson. Das Existenzrecht Israels ist für uns nicht verhandelbar. Wir verurteilen zudem den
8 weitverbreiteten antizionistischen Antisemitismus, der verschleiert als eine vermeintliche Israelkritik
9 auftritt, aufs Schärfste.

10 Wir wollen deshalb einen intensiven Kontakt zwischen der Thüringer Landesregierung, Parlament und
11 dem Staat Israel sowie zwischen den Zivilgesellschaften fördern. Als SPD Thüringen wollen wir
12 weiterhin eng mit der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen zusammenarbeiten.

13 Der Thüringenmonitor 2017 zeigt erneut, wie weit verbreitet der Antisemitismus in Thüringen ist. Neben
14 der steigenden Zustimmung zu primären Antisemitismus, hat vor allem der sekundäre Antisemitismus,
15 der einen Schlusstrich ziehen und Erinnerungspolitik, Aufarbeitung und Aussöhnung untergraben will,
16 bedenklich Zustimmungswerte von 29% erfahren. Wir erachten diese Ergebnisse als alarmierend.

17 Wir fordern die Landesregierung auf, auch in Zukunft ausreichend Mittel für die
18 Antisemitismusforschung zur Verfügung stellen. Als SPD Thüringen wollen wir gesellschaftliche
19 Initiativen, Verbände und Vereine, die gegen Antisemitismus kämpfen, unterstützen. Im eigenen
20 Bildungsprogramm wollen wir uns diesem Thema gesondert widmen.

21 Wir wollen Flagge zeigen. Deshalb setzen wir uns gegen die antisemitische BDS ("Boycott,
22 Desinvestitionen und Sanktionen für Palästina")-Kampagne ein. Eine Beteiligung an der BDS-
23 Kampagne oder Formate (Veranstaltungen, Ausstellungen, Demonstrationen, usw.), an der die BDS-
24 Bewegung beteiligt ist, sind mit der SPD nicht vereinbar. Wo die SPD in Bündnissen vertreten ist, setzen
25 wir uns gegen jegliche Form der Kooperation mit Vereinigungen, welche BDS-Kampagne unterstützen
26 ein. Weiterhin werden wir unsere Anstrengungen zur Aufklärung über die Hintergründe und Motive
27 dieser Kampagne verstärken.

28 Wir sind uns unserer Verantwortung aus der Geschichte bewusst. Darum stehen wir als Partei ein, für
29 die deutsch-israelische Freundschaft, eine mahnende Erinnerungspolitik, die Aufarbeitung von altem
30 wie neuem Antisemitismus und den Schutz der jüdischen Bevölkerung.

GS 1

1 Antragsteller: AG SPDqueer Thüringen

2 **Bekanntnis zum Landesprogramm für Akzeptanz und** 3 **Vielfalt**

4 Die SPD Thüringen bekennt sich zum Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt, welches am 30.
5 Januar 2018 im Thüringer Landtag beschlossen wurde. Die SPD Thüringen befürwortet die in dem
6 Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt geschilderten Maßnahmen für eine lebendigere und
7 offenere Gesellschaft. Die in dem Programm aufgeführten Maßnahmen sind wichtig und sollen in der
8 weiteren Arbeit der SPD Thüringen und weiterer Koalitionsparteien auf Landes- und Kommunalebene
9 bestmöglich umgesetzt und fortgeschrieben werden.

10 Das Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt ist der erste Schritt von Maßnahmen, um die
11 Akzeptanz für vielfältige Lebensweisen und Rollenbildern in unserer Gesellschaft in allen Landesteilen
12 zu schaffen. Daher ist es wichtig, dieses für die kommenden Jahre zu sichern.

13 Die SPD Thüringen möge beschließen, für kommende Koalitionsverhandlungen das Fortführen des
14 Landesprogramms für Akzeptanz und Vielfalt (2018) als Bedingung für eine Zusammenarbeit in einer
15 Regierungsbeteiligung zu stellen. Dieses Landesprogramm soll in das Regierungsprogramm für die
16 Landtagswahl 2019 als Forderung aufgenommen werden. Ein Koalitionsvertrag darf nicht ohne das
17 Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt (2018) beschlossen werden.

PO 1

Antragsteller: OV Erfurt Altstadt

1 **SPD Thüringen erneuern – konkrete Schritte einleiten**

2 Nach den Erfahrungen der letzten Bundestagswahl und der Landtagswahl in Bayern müssen wir offen
3 und breit über unsere grundsätzliche politische Ausrichtung zu diskutieren: Für wen machen wir Politik?
4 Wessen Interessen wollen wir vertreten? Und wie vertreten wir unser politisches Handeln glaubwürdig
5 gegenüber unseren Wählerinnen und Wählern?

6 Viele fordern jetzt, die SPD Thüringen solle sich neu aufstellen, jünger, weiblicher, bunter und das
7 gemeinsam – mit allen Genossinnen und Genossen und allen Freundinnen und Freunden der Partei.
8 Denn der Stolz dieser Partei baut auf ihrer breiten Struktur als Volkspartei und auf ihrer
9 Diskussionskultur. Unsere Vorstellung von Sozialdemokratie bedeutet Schmelztiegel gesellschaftlicher
10 Debatten zu sein. Hier bei uns muss der politische Ort sein an dem die Studentin mit dem Bauer, der
11 Hausmeister mit der Beamtin und der Lehrer mit der Polizistin streitet. Wir müssen wieder Partei für die
12 Vielen ergreifen, dem Aufstiegsversprechen für Alle wieder Geltung verschaffen und die Lebensleistung
13 eines und einer Jeden anerkennen.

14 Diese inhaltliche Debatte muss Grundlage für die langfristige Neuaufstellung unserer Partei sein. Dazu
15 müssen wir jetzt diesen Diskurs parteiöffentlich, mit befreundeten Initiativen, Vereinen und Verbänden
16 sowie den Wählerinnen und Wählern führen. So können wir authentisch Impulse in den bundesweiten
17 Veränderungsprozess unserer Partei einbringen. Der Landesvorstand soll dazu einen
18 Diskussionsprozess initiieren, bei dem insbesondere in folgenden Themenbereichen die
19 Positionierungen der Thüringer SPD weg von neoliberalen Denkmustern weiterentwickelt wird:

- 20 ▪ Soziale Sicherheit: Grundsicherung und die solidarische Gesellschaft von Morgen
- 21 ▪ Gute Arbeit und faire Wirtschaft
- 22 ▪ Steuern und Umverteilung
- 23 ▪ Zuwanderung: Migration und Integration
- 24 ▪ Friedens- und Außenpolitik
- 25 ▪ Netzpolitik und Chancen der Digitalisierung
- 26 ▪ Globalisierung und fairer Welthandel mit Bekämpfung von Fluchtursachen

27 Im Gegensatz zur inhaltliche Ausrichtung der SPD, die wir nur als Ganzes und unter dem Schirm der
28 Bundes-SPD zu einem Ergebnis führen können, sind organisatorische Neuerungen auch unabhängig
29 von der Bundespartei hier in Thüringen nötig. Denn die Wahlniederlagen der vergangenen Zeit haben
30 auch organisatorische Gründe. Der immer wieder getätigte Ruf danach, dass die SPD jünger, weiblicher
31 und bunter werden muss, ist dabei ein Symptom dafür, dass die SPD in den Führungszirkeln der
32 verschiedenen Ebenen zu oft eine geschlossene Gemeinschaft ist. Denn trotz dessen, dass die SPD in
33 den letzten Jahren zum überwiegenden Teil junge Menschen unter 30 als Neumitglieder gewinnen
34 konnte, ist dies nicht in den Entscheidungsgremien sichtbar. Die Gremienbesetzung findet zwar immer
35 durch ordnungsgemäße demokratische Wahlen statt, aber allzu oft finden sich lediglich so viele
36 Kandidatinnen und Kandidaten, wie es zu vergebende Plätze gibt. Je höher die Ebene, desto
37 unwahrscheinlicher sind Gegenkandidaturen für Parteipositionen. Bei hauptamtlichen Ämtern und
38 Mandaten ist die Situation ähnlich. Der SPD sind der innerparteiliche Wettbewerb und die
39 demokratische Auswahl abhandengekommen. Die Niederlage in der politischen Auseinandersetzung
40 wird gescheut, auch weil Posten und Positionen oft schon in Absprachen vor den eigentlichen
41 Wahlgängen entschieden werden.

42 Deshalb muss der Landesvorstand im Rahmen der aktuellen Diskussion zur Strukturänderung der
43 Landespartei auf Grundlage des Diskussionspapiers des Landesvorstands folgende vom 5. März 2016
44 insbesondere folgende Vorschläge zur Profilschärfung, Öffnung und Erneuerung der Partei prüfen:

- 45 ▪ Pflicht zu Mitgliederversammlungen bei Nominierung zu hauptamtlichen Ämtern und Mandaten
- 46 ▪ Konzept und Prozessbeschreibung zur Personalentwicklung, die die vielen Potentiale unserer
47 Mitgliedschaft ausschöpft und Quereinsteigern Beteiligungsmöglichkeiten bietet

- 48 ▪ Die Einführung des Amtes einer Generalsekretärin der Thüringer SPD zur inhaltlichen und
49 öffentlichen Profilschärfung
- 50 Darüber hinaus sollen Vorschläge des Zwischenberichts der AG strukturelle Erneuerung umgesetzt
51 werden:
- 52 ▪ Maßnahmen für diskussionsfreudige und lebendige Landesparteitage, u.a.
- 53 ○ Abstimmung direkt über Anträge und nicht über Voten der Antragskommission
- 54 ○ Fokus der Antragskommission auf formale, redaktionelle Antragsprüfung und
55 Beschlusslagenrecherche
- 56 ○ Punktesystem zur Entscheidung über die Reihenfolge der Behandlung der
57 Themenblöcke durch Delegierte
- 58 ○ Zusammensetzung des Präsidiums aus 2 Mitgliedern des geschäftsführenden
59 Landesvorstandes, dem/der Kreisvorsitzenden des gastgebenden Kreisverbandes
60 sowie zwei Präsidiumsmitgliedern auf Vorschlag des gastgebenden Kreisverbandes
- 61 ▪ Beteiligung von Mitgliedern an Gremiensitzungen durch neue Medien
- 62 ▪ Abschaffung des Delegiertenprinzips unterhalb von Landesparteitagen
- 63 ▪ Einführung von Mitgliederentscheiden zu Sachfragen und insbesondere zur Aufstellung von
64 Landtagswahlprogrammen

PO 2

Antragsteller: ASF Thüringen

1 Mehr Gleichstellung in der SPD

2 Auf allen Ebenen und bei sämtlichen Aktivitäten der SPD soll sichergestellt sein, dass

- 3 ▪ alle Ämter, Gremien und Mandate paritätisch besetzt werden,
- 4 ▪ der Reißverschluss bei Listenwahlen auf allen Ebenen eingehalten und in der Wahlordnung für
5 sämtliche Gliederungen der Partei verpflichtend festgelegt und kontrolliert wird,
- 6 ▪ Sanktionen geschaffen werden für den Fall, dass Quotenregelungen nicht eingehalten werden,
- 7 ▪ der ASF-Vorstand der nächst höheren Ebene das Recht erhält, gegen satzungswidrige Wahlen,
8 Nominierungen usw. die Schiedskommission anzurufen,
- 9 ▪ die gleiche Repräsentanz der Geschlechter bei Veranstaltungen und in der öffentlichen
10 Darstellung gewährleistet ist und darüber berichtet wird,
- 11 ▪ Parteiveranstaltungen, bei denen nicht nachgewiesen werden kann, dass sich um einen
12 Podiumsanteil von mindestens 40 % Frauen bemüht wurde, nicht finanziert bzw. durchgeführt
13 werden,
- 14 ▪ alle zukünftigen Veröffentlichungen, die nicht sprachlich gegendert sind, vor dem Versandt
15 überarbeitet werden,
- 16 ▪ die Debattenkultur aufgebrochen wird durch konsequente Moderation und durch Redebeiträge
17 nach dem Reißverschlussprinzip,
- 18 ▪ die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt auch innerhalb der SPD verbessert wird,
19 beispielsweise durch Termine und Sitzungen zu familienfreundlichen Zeiten, mit verbindlichem
20 Beginn und Ende sowie falls erforderlich begleitenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten,
- 21 ▪ Partnerschaftlichkeit auch innerhalb der SPD gelebt wird und durch die Möglichkeit paritätisch
22 besetzter Doppelspitzen Führungspositionen auch in der SPD geteilt werden können,
- 23 ▪ durch mehr Projektarbeit auch denjenigen Mitgliedern die Übernahme von Verantwortung in der
24 Partei ermöglicht wird, die sich neben Beruf und Ehrenamt um die Erziehung von Kindern oder
25 die Pflege von Angehörigen kümmern.

Antragsbegründung:

Die SPD ist seit ihren Anfängen auch die Partei der Gleichstellung: Wir haben zu Beginn des 20. Jahrhunderts das Frauenwahlrecht erkämpft. Die Sozialdemokratin Elisabeth Selbert hat zusammen mit der SPD den Artikel 3 Grundgesetz erkämpft. Wir haben in der sozialliberalen Koalition das Familienrecht modernisiert. Wir haben den Schutz von Frauen vor Gewalt verbessert. Wir haben zu Beginn dieses Jahrhunderts das Elterngeld und den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung eingeführt. Wir haben in der vergangenen Wahlperiode mit dem ElterngeldPlus und der Reform des Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetzes wichtige Schritte in Richtung Familienarbeitszeit und damit für mehr Partnerschaftlichkeit durchgesetzt. Wir haben die Quote in den Führungspositionen in der Wirtschaft durchgesetzt und wir haben den Mutterschutz verbessert und einen Einstieg in mehr Lohngerechtigkeit gemacht. Doch was wir programmatisch fordern, müssen wir auch innerhalb der Partei leben. Nur so können wir auch glaubwürdig sein. Bisher werden wir immer noch als männliche Partei wahrgenommen. Den politischen Inhalten muss nun auch das Bild der SPD als moderne und vielfältige Partei folgen! Die gesamte SPD-Parteiführung muss konsequent für die Gleichstellung von Frauen und Männern eintreten. Einerseits muss sie gleichstellungspolitische Themen vorantreiben und überzeugend nach außen vertreten. Andererseits müssen alle Verantwortlichen – Haupt- wie Ehrenamtliche – auf allen Ebenen der SPD dafür sorgen, dass wir auch in der Partei leben, was wir für Wirtschaft und Gesellschaft zu Recht einfordern. Nur so können wir Glaubwürdigkeit zurückgewinnen. Dazu gehört auch, dass die Quote bei der Besetzung von Parteigremien, bei Delegiertenwahlen und Listenaufstellungen eingehalten wird und Wahlen, die den Vorgaben nicht entsprechen, nicht akzeptiert werden. Jede

Parteebene muss ihre jeweilige Verantwortung für die innerparteiliche Gleichstellung wahrnehmen und die jeweils darüberliegende Parteebene muss überprüfen, dass dies auch geschieht. Ein Aufweichen gleichstellungspolitischer Errungenschaften wie der Quote oder dem Reißverschluss darf die Parteispitze nicht zulassen! Um die Parteiarbeit für junge Frauen und Männer wieder attraktiver zu machen, müssen die Parteistrukturen verändert werden. Wir brauchen eine bessere Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Ehrenamt. Dazu müssen wir weg von der immer noch vorherrschenden Sitzungs- und Dauerpräsenz-Kultur: Sie verhindert, dass Frauen – aber mittlerweile auch immer mehr junge Männer – Verantwortung in der SPD übernehmen, denn sie wollen neben dem Ehrenamt auch Zeit für Beruf und Familie. Wir können es uns nicht erlauben, auf diese Bevölkerungsgruppe zu verzichten!

PO 3

1 Antragsteller: Jusos Thüringen

2 **Barrieren einreißen! Auch bei der SPD Thüringen**

3 Die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am Leben in der Gesellschaft ist ein Grundanspruch der
4 SPD. Diesem Anspruch genügen wir in unserem Landesverband jedoch nicht. Deswegen fordern wir
5 von uns selbst: Seid inklusiv!

6 Die Ursachen für die Diskriminierung von Menschen mit Behinderung oder chronischen und seltenen
7 Erkrankungen sind in der Gesellschaft zu verorten, in der Wechselwirkung zwischen dem Menschen mit
8 Behinderung und Barrieren in Umwelt und Einstellungen. Bei der Kategorie Behinderung handelt es
9 sich um eine gesellschaftliche Konstruktion, die einem ständigen Wandel unterliegt. Diese Konstruktion
10 führt jedoch zu ständiger Diskriminierung. Wir wollen aber nach neuen Lösungen suchen, behindernde
11 Barrieren erkennen und beseitigen, um eine Teilhabe für alle zu ermöglichen.

12 Die Aktion Mensch definiert Inklusion als das Gegenteil von Ausgrenzung. Auch wir wollen, dass sich
13 jede*r in der Gesellschaft und in unserem Verband willkommen fühlt. Wir wollen uns für das Recht auf
14 Selbstbestimmung und die Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderung oder chronischen und
15 seltenen Erkrankungen einsetzen. Als einen ersten Schritt dazu sehen wir Ausweitung der
16 Barrierefreiheit in unserem Verband, um es allen zu ermöglichen sich bei uns zu engagieren, ohne an
17 Grenzen zu stoßen. Barrierefrei ist dabei etwas, wenn es ohne besondere Erschwernis und
18 grundsätzlich ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar ist.

19 Deswegen fordern wir:

- 20 ▪ den Druck von Wahlprogrammen und Parteitagebschlüssen in Braille-Schrift ("Blindenschrift")
21 und einfacher Sprache.
- 22 ▪ das Angebot von Wahlprogrammen und Parteitagebschlüssen als Audio-Dateien und
23 barrierefreien PDF- und RTF-Dateien.
- 24 ▪ Dolmetscher*innen für deutsche Gebärdensprache und Schriftmittlung auf grundsätzlich allen
25 SPD-Landesparteitagen, sowie DGS-Dolmetscher*innen auf allen weiteren
26 Verbandsveranstaltungen, falls diese angefragt werden.
- 27 ▪ die Anschaffung von Rampen in allen nicht-barrierefreien Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros.
- 28 ▪ barrierefreie Tagungsorte, die mit Rampen und/oder Aufzügen sowie ausreichend breiten Türen
29 ausgestattet sind. Falls diese nicht verfügbar sein sollten, muss auf deren Fehlen ausdrücklich
30 hingewiesen werden. Außerdem ist darauf zu achten, dass die Veranstaltungsorte auch mit
31 dem ÖPNV barrierefrei zu erreichen sind und ausreichend Parkplätze zur Verfügung stehen.
- 32 ▪ das Verwenden von höhenverstellbaren Redner*innenpulten.
- 33 ▪ die Überarbeitung der Website SPD Thüringen nach den Richtlinien des BITV/WCAG.
- 34 ▪ die Schaffung von Ruhebereichen und -räumen bei Veranstaltungen.
- 35 ▪ das Angebot eines Live-Streams und Chats bei Parteitageben.

36 Weiterhin wollen wir in unserer täglichen Verbandsarbeit auf die Bedürfnisse aller achten,
37 beispielsweise durch ausreichend Visualisierungen, Pausen, Sitzmöglichkeiten, niedrigschwellige
38 Methoden und das Verwenden von Universal Design. Weiterhin muss darauf geachtet werden, bei
39 Veranstaltungen den Teilnehmenden so viele Informationen wie nur möglich vorab zuzuschicken, damit
40 diese sich ausreichend vorbereiten können und den kompletten Ablauf nachvollziehen können. Wir
41 möchten außerdem die Möglichkeit bieten, einen individuellen Bedarf bei der Veranstaltungsanmeldung
42 anzugeben. Weiterhin wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Rechtsansprüche von Menschen mit
43 Behinderung ausgeweitet werden, bspw. für ein Recht auf DGS-Dolmetscher*innen beim politischen
44 Engagement. Gleichberechtigte Teilhabe ist facettenreich und individuell verschieden, sodass wir uns
45 weiterhin mit Betroffenen und Expert*innen austauschen werden, um unser Konzept eines inklusiven
46 Verbandes umsetzen zu können.

Herausgeberin:

SPD Thüringen

Juri-Gagarin-Ring 158, 99084 Erfurt

Telefon: +49 361 22844-0

E-Mail: thueringen@spd.de

Internet: www.spd-thueringen.de

Version: 181105